

✓ 1965 - August
SOCIÉTÉ HISTORIQUE POLONAISE
à l'ÉTRANGER



TEKI HISTORYCZNE

CAHIERS d'HISTOIRE—HISTORICAL PAPERS
HISTORISCHE SAMMELHEFTE

Volume XIV

Présenté au XIIe Congrès International
des Sciences Historiques à Vienne

L O N D R E S , 1965

Prix £1.0.0.

8'P4427

Echantillon

SOCIÉTÉ HISTORIQUE POLONAISE
à l'ÉTRANGER



TEKI HISTORYCZNE

CAHIERS d'HISTOIRE—HISTORICAL PAPERS
HISTORISCHE SAMMELHEFTE

Volume XIV

Présenté au XII^e Congrès International
des Sciences Historiques à Vienne

L O N D R E S , 1965

COMITÉ ÉDITORIAL

Président: Général M. Kukiel.

Secrétaire gén.: Mme R. Oppman.

Membres: M. C. Chowaniec, Mme M. Danilewicz, Prof. O. Halecki,
Prof. L. Koczy, Prof. Msgr. W. Meysztowicz, Prof. T. Sulimirski.

Rédaction et Administration:

20, Princes Gate, London, S.W. 7.

En dépôt à la Librairie de l'Association d'Anciens
Combattants Polonais: 20, Queen's Gate Terrace, London, S.W. 7.

Printed by Gryf Printers (H.C.) Ltd — 171, Battersea Church Road,
London, S.W.11.



TABLE DES MATIÈRES

	<i>Page</i>	
<i>Oskar Halecki</i> : Österreich und Polen: Zwei Millennien	7	—
<i>Leon Koczy</i> : Die Krisis der Universität	71	—
<i>Adam Sawczyński</i> : Das XVII Jahrhundert in der Polnischen Geschichte und Geschichtsschreibung	97	
<i>Marian Kukiel</i> : Sondages autrichiens au sujet du rétablis- sment de la Pologne en 1854	107	—
<i>Tytus Komarnicki</i> : La place du droit dans la communauté internationale — Point de rencontre entre les sciences historiques et juridiques	117	
<i>Oskar Halecki</i> : Monde slave, Europe orientale, Europe centrale	133	—

AUTEURS

- Oskar Halecki*, Docteur-ès-lettres de l'Université de Cracovie 1915.
Il y commença son enseignement en 1915 et la continua à
Varsovie, de 1918 à 1939, ensuite aux États Unis, depuis 1940.
— N. York.
- Leon Koczy*, Docteur-ès-lettre, l'Université de Poznań, Prof. à
l'Université Polonaise à l'Étranger. — Glasgow.
- Tytus Komarnicki*, Docteur-en-Droit ès sciences politiques et
économiques de l'Université de Paris, ancien Ministre plénipo-
tentiaire, Prof. à l'Université Polonaise à l'Étranger. — Londres.
- Marian Kukiel*, Docteur-ès-lettres de l'Université de Léopol, Prof. à
l'Université Polonaise à l'Étranger, Général de div. (n.a.) —
Londres.
- Adam Sawczyński*, Colonel, ancien directeur de l'École d'application
d'Artillerie, Vice President de la Commission polonaise
d'histoire militaire. — Londres.

CLARISSIMIS IN STUDIO HISTORIAE
SOCIIS AUSTRIACIS

quibus, libertate Patriae ante decennium restituta,
sub umbra turris Sancti Stephani renovatae
gaudere licet sescentennio almae matris Rudolphinae
eiusdem ecclesiae cathedrali coevae —
necnon millenio Austriae proximo futuro,
nos, exules Poloni,
quibus similes memoriae sanctissimae in remotis
mundi partibus praeservandae sunt,
haec modesta tantorum conventionis historicae
Vindobonensis laborum supplementa
damus, donamus, dedicamus

Oskar Halecki

ÖSTERREICH UND POLEN: ZWEI MILLENNIEN

Widmung

Die Geschichte der österreichisch-polnischen Beziehungen ist merkwürdigerweise ein bisher recht vernachlässigtes Forschungsgebiet. Gewöhnlich werden diese jahrhundertelangen Beziehungen als untergeordneter Bruchteil der deutsch-polnischen oder als Funktion und Belastung der russisch-polnischen und russisch-österreichischen behandelt. Einzelstudien über wichtige Wendepunkte im Verhältnis Österreichs zu Polen fehlen öfters ganz oder sind längst veraltet und niemand hat sich noch an eine Gesamtdarstellung herangewagt. Und doch ist dies eine Aufgabe, die objektiv zu lösen und zu deuten dankbarer wäre, als die häufig, aber meist mit zweifelhaften Ergebnissen versuchte zusammenfassende Schilderung der Beziehungen Polens zu Deutschland oder Russland.

Aus verschiedenen Gründen scheint heute die Gelegenheit gekommen, dieser Sachlage abzuhelfen. Polen hat vor kurzem die Feier seines Millennium begonnen, die nächstes Jahr ihren unbestreitbaren Höhepunkt finden wird. Aber schon zehn Jahre nach der entscheidenden Christianisierung Polens wurden die Babenberger mit der Ostmark belehnt und bald darauf erscheint der Name „*Ostarichi*“ ungefähr gleichzeitig mit dem der „*Polonia*“. Ein zweites Millennium, das österreichische,¹⁾ wird also gewiss binnen kurzem gefeiert werden und der naheliegende Vergleich zwischen den tausendjährigen Schicksalen beider Staaten und Völker wird die Erkenntnis fördern, dass sie in den beiden Hälften jenes Grenzraumes des Abendlandes, den man etwas künstlich als Ostmitteleuropa oder gar als Zwischen-europa bezeichnet, ähnliche Rollen gespielt haben. Dass daher ihre gegenseitigen Beziehungen, wie immer sie sich entwickelt haben mögen, für Gesamteuropa von Wichtigkeit waren, wird ebenfalls klarer werden.

Im Zusammenhange damit kann es kaum als blosser Zufall erscheinen, dass nach vierhundert Jahren beinahe gleichzeitig die erste polnische und die erste österreichische Universität gegründet wurden, zwei Vorposten abendländischer Kultur, deren dauernde Bedeutung voriges Jahr anlässlich des sechshundertjährigen Jubiläums der Universität Krakau und heuer anlässlich einer ebensolchen Feier der Universität Wien gewürdigt worden ist. Und ebenso wie das erstere mit der Erinnerung an den damaligen Kongress in der Hauptstadt Polens zusammenhängt, ist es natürlich, dass die letztere mit dem Gedenken an den weit bekannteren Wiener Kongress vor hundertfünfzig Jahren verbunden wird. Dies soll auf einem anderen, nicht politischen, sondern wissenschaftlichen Kongresse geschehen, zu dem die Historiker der ganzen Welt nach Wien berufen worden sind. Man hat dabei kaum daran gedacht, dass schon dreihundert Jahre vor dem Kongress, der nach den napoleonischen Kriegen ganz Europa neugestalten wollte, ein anderer Wiener Kongress eine Entspannung im östlichen Mitteleuropa anzubahnen versuchte, für die eine österreichisch-polnische Annäherung entscheidend war. Dass aber auch die Entscheidungen von 1815 für Österreich und Polen, wenn auch in verschiedenem Sinne, folgeschwer und für ihre gegenseitigen Beziehungen bedeutsam waren, ist wohl unzweifelhaft.

Aus allen diesen Gründen war die Versuchung naheliegend, die folgenden Erwägungen, die ebendiese Beziehungen zum Gegenstande haben, der althehrwürdigen Universität Wien und dem in ihren Räumen tagenden Internationalen Historikerkongress zu widmen. Da es sich hier aber nur um einen Versuch handeln kann, einige vorbereitende Anregungen zu unterbreiten, könnte eine solche Widmung missverstanden werden und anmassend erscheinen. Hingegen ist nichts entsprechender und begreiflicher als bei dieser Gelegenheit eines vor kurzer Zeit verstorbenen Gelehrten zu gedenken, der sowohl als Professor der Wiener Universität als auch als Präsident des Internationalen Historikerverbandes heute schmerzlich vermisst wird und der wie kein anderer österreichischer Geschichtsforscher für alle Slaven und Osteuropäer, aber besonders für alle Polen, ihre Vergangenheit und gegenwärtige Lage, das tiefste, wohlmeinendste Verständnis hatte. Dem unvergesslichen Heinrich Felix Schmid seien diese Zeilen in wehmütiger Hochachtung gewidmet.

An der Donau und an der Weichsel: das grossmährische Vorspiel

Es könnte scheinen, als sei die Südhälfte Ostmitteleuropas, die seit der Mitte des zehnen Jahrhunderts bestimmt schien, Österreichs Einflussphäre zu werden, von der Nordhälfte, in deren Zentrum sich seit derselben Zeit Polen zu immer grösserer Macht erhob, schon durch die Natur deutlich getrennt worden. Aber in diesem Falle, wie in so vielen anderen, wäre es verfehlt, im voraus anzunehmen, menschliche Geschicke seien von der physischen Geographie unabwendbar bestimmt. Wohl waren im Verlaufe der Geschichte die Karpathen und Sudeten mehrfach für längere Zeit eine anscheinend natürliche Grenze zwischen dem Donaauraum, mit dem übrigens auch das Flussgebiet der oberen Elbe sowie das bis an die Adria reichende Siedlungsgebiet der Südslaven zusammenhängen, und dem Weichselraum, der mit den Flussgebieten der Oder einerseits und denen des Niemen, Dniepr und Dniestr andererseits viel enger verbunden ist als mit dem der Donau. Dass jedoch die Scheidewand zwischen der nordosteuropäischen Ebene, wo ständige Grenzen immer so schwer zu ziehen waren, und dem vielfältigen Südosteuropa, keine undurchdringliche war, zeigte sich schon in der Frühgeschichte, die den heute zu feiernden Millennien vorausging. So wie das polnische hatte nämlich auch das österreichische ein ungefähr hundert Jahre zurückliegendes Vorspiel, das bezeichnender Weise ein gemeinsames war.

In dem für Österreichs Kulturentwicklung von allem Anfang an so bedeutsamen Salzburg wurde schon vor zwei Jahren ein nicht tausendjähriges sondern elfhundertjähriges Jubiläum gefeiert, und zwar auf einem „*Congressus historiae Slavicae*“, an dem sich unter anderen auch polnische Gelehrte beteiligten.²⁾ Er was dem Andenken der Slavenapostel, der Heiligen Cyrill und Methodius gewidmet, die 863 zur Förderung des Christentums ins grossmährische Reich gerufen worden waren. Dieser slavische Staat, und nicht die erste kurzlebige Ostmark, welche Karl der Grosse gegründet hatte, schien damals dazu berufen, den Donaauraum in einem politischen Gebilde zu vereinigen, das gewissermassen ein Bindeglied zwischen westlichem und östlichem Christentum geworden wäre. Obwohl leider die Zusammenarbeit der beiden um die slavische Kultur so hochverdienten Griechen mit den schon vorher vom ostfränkischen Reich und seinem Klerus ausgehenden Missionen auf Hindernisse

stiess, die schliesslich zum Niedergang des grossmährischen Staates beitrugen, gelang es Methodius, seinen und damit auch dieses Staates Einfluss über die Karpathen hinaus auszudehnen. Heisst es doch in einer oft zitierten Stellen der „Vita“ des künftigen Heiligen, dass „ein heidnischer Fürst, der sehr mächtig war und an der Weichsel seinen Sitz hatte“, von Methodius gewarnt wurde, sich freiwillig taufen zu lassen, um nicht dazu gezwungen zu werden, was dann auch geschah.³⁾

Dass damals tatsächlich ein an der oberen Weichsel im Entstehen begriffener polnischer Staat dem Christentum erschlossen und an das grossmährische Reich angegliedert wurde, bestätigen die neuesten Ausgrabungen in der Gegend von Wiślica, welche auch die Hypothese⁴⁾ zu bekräftigen scheinen, die von Methodius gegründete kirchliche Organisation mit ihrem eigenartigen römisch-slavischem Ritus habe im Süden der polnischen Lande weitergelebt, nachdem sie diesseits der Karpathen zu Falle gekommen war.

Ohne die damit zusammenhängenden, heute noch strittigen Fragen entscheiden zu wollen, sei hier nur darauf hingewiesen, dass dieses augenscheinliche Vorspiel zur Christianisierung ganz Polens jedenfalls mit dem grossmährischen Vorspiel zur kirchlichen und politischen Organisation des Donaauraumes zusammenhängt. Ebenso aber wie die Vereinigung aller polnischen Stämme in *einem* Staatswesen schliesslich, etwa hundert Jahre später, nicht von der Gegend an der oberen Weichsel, sondern von der an der Warthe, im Flussgebiet der Oder, ausging und das Christentum dort nicht im slavischen, sondern im lateinischen Ritus eingeführt wurde, gestalteten sich auch die Ereignisse an der Donau im zehnten Jahrhundert ganz anders als es im neunten zu kommen schien. Schon an der Wende des letzteren wurde dies durch die sogenannte Landnahme der Magyaren entschieden, die 1896 nicht mit Unrecht als Millennium Ungarns gefeiert worden ist. Denn kaum zehn Jahre später machten die neuen Besiedler der pannonischen Ebene dem grossmährischen Reiche ein Ende und ihr Vordringen begegnete sich, in der ersten Hälfte des zehnten Jahrhunderts allerdings in feindlicher Weise, mit dem der Deutschen, wodurch die Nordslaven dauernd von den Südslaven getrennt wurden.

Andauern sollte auch durch das ganze kommende Jahrtausend die nationale Vielfalt im ganzen Donaauraume, mit der die Neugründung der deutschen Ostmark zu rechnen hatte. Hingegen sicherte aber die bald darauf erfolgte Christianisierung

Ungarns im lateinischen Ritus⁵⁾ diesem Ritus und mit ihm der lateinischen Kultur südlich der Karpathen dasselbe Übergewicht wie im Norden dieser anscheinenden Scheidewand.

Mit Recht ist jüngst bemerkt worden,⁶⁾ dass was den griechischen Slavenaposteln in Mähren und dessen damaligen Nebenländern schliesslich misslang, später nach ihrem Tode zunächst in Bulgarien und dann bei den Ostslaven reiche Früchte trug. Der Einfluss der Ostkirche, der bald alle slavischen Balkanvölker erfasste, entfremdete sie mehr und mehr den verschiedenen sich an den lateinischen Westen anschliessenden Staaten des Donaubeckens, das stammverwandte Kroatien nicht ausgenommen. Ein ähnlicher Gegensatz bereitete sich im Nordosten jenseits der Karpathen vor, als der Kiever Staat, anders als der polnische, sich nach einigem Schwanken um die Mitte des zehnten Jahrhunderts gegen dessen Ende dazu entschloss, das Christentum nicht von Rom sondern von Konstantinopel anzunehmen. In keinem dieser zwei Fälle darf aber vergessen werden, dass der Gegensatz sich erst dann verhängnisvoll verschärfte, als 1054 der endgültige, noch heute leider ungeheilte Bruch zwischen den beiden Zentren der Christenheit eintrat und allmählich auch in ihren jeweiligen Einflussphären seine Rückwirkungen hatte. Als Österreichs und Polens Millenniumen begannen, war dies noch kaum vorauszusehen, ja nicht einmal als bald nach den lateinischen Taufen Mieszko's von Polen und Géza's von Ungarn die griechische Taufe Vladimir's von Kiev dem Millennium des ostslavischen Christentums einen anderen Ausgangspunkt gab.

Babenberger, Piasten und der erste österreichische Erbfolgekrieg

Wenn man den Verlauf der österreichischen Geschichte mit dem der polnischen vergleicht, bemerkt man sofort, dass in beiden Fällen zwei aufeinander folgende Dynastien` zwei verschiedenen, wenn auch nicht notwendigerweise zu einander im Gegensatz stehenden Traditionen entsprechen. Der Unterschied zwischen dem verhältnismässig kleinen, mehr oder weniger einheitlichen Österreich der Babenberger und dem allmählich zu einem ausgedehnten, vielsprachigen Kaiserreich anwachsenden Österreich der Habsburger ist in mancher Beziehung dem Unterschied zwischen dem rein polnischen Königreich der

Piasten und dem Staaten- und Völkerbund der Jagellonen ähnlich. Daraus erklärt es sich auch, dass sich die österreichisch-polnischen Beziehungen zur Zeit der zwei früheren Dynastien, von denen allerdings die Piasten bedeutend länger herrschten als die Babenberger, anders gestalteten als zur Zeit der zwei späteren Herrscherhäuser.

Dass diese Beziehungen im ersten Falle viel weniger eng und bedeutsam, ja sogar häufig unterbrochen waren, erklärt sich schon aus der geographischen Lage der beiden, damals noch viel weniger ausgedehnten Staatswesen, die durch Böhmen und Ungarn voneinander getrennt waren, wenn auch mit einer nicht zu übersehenden Ausnahme bald nach dem Anfange ihrer tausendjährigen Geschichte. Als nämlich der später zum ersten König von Polen gekrönte Bolesław Chrobry im Jahre 1003 vorübergehend ganz Böhmen einnahm und Mähren für ein Vierteljahrhundert mit Polen verband, dessen Südgrenze er gleichzeitig durch die Slovakei bis an die Donau vorschob,⁷⁾ wurde er zum unmittelbaren Nachbarn seines babenbergischen Zeitgenossen Heinrich I.

Dauerndere Folgen hatte ein anderer geographischer Umstand. Benachbart oder nicht, lag die österreichische Ostmark, mit der die Piasten naturgemäss viel weniger zu tun hatten als mit den deutschen Marken zwischen Elbe und Oder, auf dem Wege von Polen nach Rom, den infolge der ständigen Beziehungen zum Papsttum immer wieder beiderseitige kirchliche und diplomatische Missionen nehmen mussten. In einer ganz ungewöhnlichen, tragischen Lage tat dies allem Anschein nach ein polnischer König selbst, ein zweiter Bolesław, der Kühne genannt, als er 1079, um die grausame Hinrichtung des Bischofs von Krakau, des späteren Heiligen Stanisław, zu sühnen, zu Gregor VII pilgern wollte, mit dem er bis dahin in den bestmöglichen Beziehungen gestanden hatte. Heute noch ist es trotz gründlicher archäologischer Nachforschungen⁸⁾ noch nicht ganz sicher, ob er wirklich im Benediktinerkloster zu Ossiach, das damals allerdings noch nicht zu Österreich gehörte, wo er Busse getan und unterwegs gestorben sein soll, begraben liegt. Aber die Inschrift „*Sarmatis peregrinantibus salus*“, die in österreichischer Zeit auf dem Grabmal angebracht wurde, hat manchen polnischen Wanderer späterer Tage ergriffen.

Bald nach diesem immer wieder diskutierten Trauerspiel, das in die Zeit Leopolds II fällt, kam es zur ersten und einzigen ehelichen Verbindung zwischen Babenbergern und Piasten,⁹⁾

als dessen Sohn und Nachfolger Leopold III, Österreichs heiliger Schutzpatron, um 1125 seine Tochter Agnes einem Sohne des dritten polnischen Boleslaw, eines Neffen des zweiten, zur Frau gab. Ohne hier auf die Frage einzugehen, in wieweit diese Ehe mit der ungarischen Politik aller drei polnischen Herrscher dieses Namens zusammenhängt, sei betont, dass dadurch der dritte, als „Schiefmund“ bekannt, zum Schwager von zwei, aus verschiedenen Gründen berühmten Babenbergern wurde. Mit Heinrich II Jasomirgott, der so entscheidend zum Aufstieg Österreichs beitrug, hatte Boleslaw III, wie übrigens alle Piasten in dieser Beziehung den Babenbergern ähnlich, das Interesse an neuen Klostergründungen und an der Förderung der Missionstätigkeit, zunächst der Benediktiner, dann der Zisterzienser gemeinsam. Was die ersteren betrifft, so sei daran erinnert, dass die meist als Schotten bezeichneten Mönche aus Irland, für die Jasomirgott 1155 in Wien das altehrwürdige Schottenkloster gründete, über Polen hinaus und im Zusammenhange mit dessen Ostpolitik ihre Missionen bis nach dem fernen Kiev vordringen lassen konnten.¹⁰⁾ Noch offenkundiger aber ist der Zusammenhang der Heirat der Österreicherin Agnes mit der Westpolitik ihres polnischen Schwiegervaters und ihres Gatten Władysław. Und dies wieder führt zur Persönlichkeit ihres älteren Bruders Otto, des als Chroniker wohlbekanntem Bischofs von Freising.

Durch ihre Mutter, ebenfalls Agnes mit Namen, stammte bekanntlich diese Generation der Babenberger von Kaiser Heinrich IV und war durch deren erste Ehe mit Friedrich von Schwaben mit dem neuen Kaiserhause der Hohenstaufen nahe verwandt. Otto von Freising, der die universale Rolle des Kaisertums so hoch bewertete und insbesondere die Taten seines Neffen, Friedrich I. Barbarossas, verherrlichte, erlebte es noch, dass dieser 1157, ein Jahr vor Otto's Tode, gegen Polen zu Felde zog, allerdings um den Schwager der Babenberger gegen seine jüngeren Brüder zu unterstützen.¹¹⁾ Und dies führt den Historiker zu einem Problem, das die österreichisch-polnischen Beziehungen dauernd belasten sollte, nämlich zu einer grundsätzlich verschiedenen Einstellung zur Reichsidee, genauer gesagt zum römisch-deutschen Kaisertum.

Ehe noch das Österreich der Habsburger zum Träger und jahrhundertelangen Vertreter dieser Idee wurde, war die Ostmark der Babenberger mit dem römischen Reiche, das schon unter Barbarossa als „heilig“ bezeichnet wurde, aufs engste

verbunden, obwohl sich Österreich schon unter Jasomirgott im Rahmen dieses Reiches eine möglichst selbständige Stellung sichern wollte. Für Polen hingegen war ebendieses Kaisertum vor allem ein deutsches Reich, obwohl es damals noch nicht, wie im fünfzehnten Jahrhundert, als römisches Reich deutscher Nation bezeichnet wurde. Von allem Anfang an, besonders aber seit dem Tode Otto's III, dessen übernationale Auffassung des Reichsgedankens für Polen so günstig schien, bedeuteten die kaiserlichen Ansprüche auf mindestens eine Vorherrschaft im christlichen Europa eine ständige Bedrohung seiner Unabhängigkeit. Zur Zeit der Piasten, von denen gerade der Schwiegervater der Babenbergerin Agnes gegen solche Ansprüche Kaiser Heinrichs V hatte schwer kämpfen müssen und deren Staat nach dem Tode Boleslaw III in Teilfürstentümer zerfiel, war diese Bedrohung noch viel grösser als später zur Zeit der Jagellonen. Und deshalb war die Einbeziehung Kaiser Friedrichs I in den polnischen Bruderzwist gerade durch den Gatten der Agnes der Weiterentwicklung der durch ihre Ehe angebahnten Beziehungen zu den Babenbergern gewiss nicht günstig. Agnes selbst starb gerade im kritischen Jahre 1157, noch vor ihrem Gatten, der vergebens gehofft hatte, durch kaiserliche Unterstützung die führende Stellung in Polen wiederzugewinnen, und die Söhne der beiden mussten sich auf Schlesien beschränken. Dieses blieb noch beinahe zwei Jahrhunderte lang ein Bestandteil Polens, allerdings anwachsenden deutschen Einflüssen ausgesetzt, die jedoch nicht aus Österreich, sondern aus den benachbarten Gebieten des nördlichen Deutschland kamen und die sich mit den früheren politischen Ansprüchen Böhmens auf das strittige Grenzland verknüpften.

Die wechselvollen Beziehungen der Piasten zu den Přemysliden waren es auch, die Polen wenigstens mittelbar in den ersten österreichischen Erbfolgekrieg verwickelten, der nach dem Aussterben der Babenberger ausbrach. Da keiner der damaligen Piasten mit ihnen verschwägert gewesen war, konnte von irgendwelchen polnischen Ansprüchen nicht die Rede sein; doch war es für Polen keineswegs gleichgültig, welche andere Dynastie Österreich ererben und dadurch eine führende Stellung im benachbarten Donaauraum einnehmen würde. Zunächst handelte es sich darum, sich entweder auf die böhmische oder auf die ungarische Seite zu stellen, wobei die einzelnen polnischen Teilfürsten verschiedene, dabei manchmal wechselnde Stellungen einnahmen. Sie konnten daher keine entscheidende

Rolle spielen: im Gegenteil, ihre Meinungsverschiedenheiten in dieser auswärtigen Frage trugen zu den Zwistigkeiten innerhalb der Piastendynastie bei, wobei die schlesischen Zweige meist auf der Seite der Přemysliden, das traditionsgemäss führende, aber damals geschwächte Krakau auf der der naheverwandten und von jeher meist verbündeten Arpaden stand, und gelegentlich selbst die Herzöge des fernen Kujawien und Masovien in den Konflikt miteinbezogen wurden.¹²⁾ Erst in seinem entscheidenden Schlusstadium, als Přemysl II Ottokar einen neuen Rivalen, Rudolf von Habsburg, gegenüberstand, gelang es dem Böhmenkönig, vielleicht nicht ohne Berufung auf slavische Solidarität,¹³⁾ eine anscheinend allgemeine polnische Sympathie zu gewinnen, die aber für den Ausgang des Kampfes wenig Bedeutung hatte. Dafür war es für die Zukunft von rasch anwachsender Wichtigkeit, wie sich die Beziehungen der Piasten und des wiedererstehenden polnischen Königstums zum Herrscherhause deutschen Stammes gestalten würden, das einerseits danach trachtete die Kaiserkrone dauernd für sich zu gewinnen und andererseits die Erwerbung Österreichs zum Ausbau seiner Hausmacht an der Donau benützte.

Wäre es den letzten Přemysliden gelungen, sich selbst und ihren Nachfolgern in Böhmen die polnische Königskrone endgültig zu sichern, so hätten die alten Ansprüche des Reiches, zu dem ja die Länder der Wenzelskrone gehörten, wieder die Unabhängigkeit Polens bedrohen können. Von grösserer, unmittelbarer Bedeutung war aber die Tatsache, dass das Anwachsen der Macht Böhmens, das zwar durch den frühzeitigen Tod Wenzels II und III unterbrochen wurde, aber unter den Luxemburgern, den glücklichen Rivalen der Habsburger um das Erbe der Přemysliden, weitere Fortschritte zu machen schien, sowohl in Österreich wie in Ungarn, wo sich das Haus Anjou festsetzte, mit Missbehagen beobachtet wurde. So erklärt es sich, dass der Piastenfürst Władysław, „Ellenlang“ genannt, der endlich das geeinte Königreich Polen unter der angestammten Dynastie neu erstehen liess, es aber gegen böhmische Ansprüche verteidigen musste, nicht nur mit Ungarn ein enges Bündnis schloss, sondern sich auch den Habsburgern annäherte.¹⁴⁾ Stand er doch schon nach der Doppelwahl in Deutschland, im Gegensatz zu Johann von Luxemburg, der Ludwig den Bayern unterstützte, auf Seiten Friedrichs des Schönen von Österreich. Aber erst nach den oft unerwarteten Wechselfällen in der Politik der mitteleuropäischen Herrscherhäuser, die auf die Niederlage der

Habsburger in der Schlacht bei Mühldorf folgten, erst als um die Mitte des vierzehnten Jahrhunderts alle Staaten Mittel- und Osteuropas ungewöhnlich hervorragende Monarchen hatten, sollten die Beziehungen zwischen Österreich und Polen unter zwei ihrer bedeutendsten Herrscher eine wichtige Rolle in der politischen und kulturellen Entwicklung der Länder an der Donau und an der Weichsel spielen und neue Zukunftsmöglichkeiten anbahnen.

Zwei Universitäten und zwei Staatsgedanken

Kasimir der Grosse, der letzte Piast auf dem polnischen Königsthron, der nach seinem Regierungsantritt im Jahre 1333 sich weder von seinem ungarischen Schwager und Bundesgenossen Karl Robert von Anjou, noch von seinem böhmischen Gegner Johann in deren damaligen, Polen fernliegenden Konflikt mit den Habsburgern hineinziehen liess, begann sich erst dann für Österreich näher zu interessieren, als im Jahre 1358 mit Rudolf IV dem Stifter ein junger, aber ungemein rühriger und ehrgeiziger Herrscher den Wiener Thron bestieg. Kasimir war zu dieser Zeit auf der Höhe seiner Macht und obwohl ihn die ungelösten baltischen Fragen und vor allem seine immer weiter ausgreifende Ostpolitik vollauf in Anspruch nahmen, griff er auch in die Lage im Donaauraum ein, wäre es nur um zwischen seinem Neffen und ausersehenem Nachfolger, Ludwig dem Grossen von Ungarn, und Kaiser Karl IV, gleichzeitig König von Böhmen, zu vermitteln. Der letztere war der Schwiegervater Herzog Rudolfs von Österreich, der wohl auf seine Nachfolge gerechnet hatte; als aber 1361 dem Luxemburger ein Sohn geboren wurde, verschlimmerten sich ihre Beziehungen und fand sich der Habsburger im ungarischen Lager. Der Polenkönig stand im Grunde auf derselben Seite, als aber Karl IV sich 1363 mit seiner pommerischen Enkelin vermählte, war er in der Lage, im nächsten Jahre zu einer allgemeinen Aussöhnung beizutragen, die im Brünner Frieden mit einem habsburgisch-luxemburgischen Erbvertrag verbunden wurde.

Am Krakauer Kongress desselben so wichtigen Jahres 1364,¹⁵⁾ wo Kasimir der Grosse ausser dem Kaiser und Ludwig von Ungarn auch die Könige von Dänemark und Zypern empfing, nahm Rudolf der Stifter, dem die dort besprochene orientalische Frage für Österreich noch nicht interessant genug schien,

persönlich nicht teil. Aber die gleichzeitige Gründung der Krakauer Universität bestärkte ihn wohl in der Überzeugung, dass es Zeit war, auch Wien zu einer Universitätsstadt zu machen, was denn auch im Jahre 1365 geschah. Für beide Stiftungen war gewiss die Gründung der Universität Prag im Jahre 1348 ein Beispiel, dem 1367 auch Ludwig der Grosse folgte, alles in allem ein klarer Beweis für die Kulturgemeinschaft der Donauländer und Polens. Die damaligen Herrscher aller dieser Länder hatten aber noch etwas anderes gemeinsam, nämlich das Bestreben, durch Erbverträge für den Fall des Aussterbens dieser oder jener Dynastie „vereinigte Königreiche“ in den bedrohten Grenzgebieten des Abendlandes zu gründen.¹⁶⁾

Im Zusammenhange damit ist es aufschlussreich, den Staatsgedanken Rudolf des Stifters mit dem Kasimirs des Grossen zu vergleichen. In beiden Fällen war es keineswegs ein Bruch mit der Vergangenheit. Die „Staatsideologie“ des grössten Habsburgers des vierzehnten Jahrhunderts hat so manches mit der „Staatsraison“ des grössten Babenbergers, Leopolds des Heiligen, gemeinsam, vor allem das Bestreben, für Österreich eine selbständige Stellung, etwa wie die Böhmens, im Rahmen des römischen Reiches, und zugleich eine eigene Aufgabe im Donaauraume zu finden.¹⁷⁾ Der Begriff der „*corona Regni Poloniae*“, der sich unter dem letzten Piasten, nicht ohne Einfluss des ungarischen und böhmischen Beispiels, ausbildete,¹⁸⁾ und die sogenannte „jagellonische Idee“ einer übernationalen Union unter polnischer Führung vorbereitete, hatte seinerseits ein fernes Vorspiel in den kühnen Plänen des ersten Piastenkönigs Bolesław Chrobry. Der frühe, kinderlose Tod Rudolfs IV, noch im Jahre seiner Universitätsstiftung, und der Umstand, dass weder Kasimir der Grosse noch Ludwig der Grosse männliche Erben hinterliessen, als sie bald nacheinander, 1370 und 1382, starben und die dazwischenliegende Personalunion Polens und Ungarns enttäuschend wirkte, machten den ursprünglichen Plänen und Erwartungen aller dieser Herrscher ein Ende. Aber schon in der nächsten Generation konnte es scheinen, als würde eine erste österreichisch-ungarische Union oder eine unerwartete und schwerer durchzuführende österreichisch-polnische Union zustandekommen, wobei ein und dasselbe junge Mädchen eine aussergewöhnliche Rolle spielte, die schliesslich zu einer ganz anderen, aber von ähnlichen Staats- und Kulturgedanken geleiteten Lösung führte.

Hedwig von Anjou, die jüngste Tochter des grossen Ungarnkönigs französisch-neapolitanischen Geblütes und seiner bosnischen Gattin, die wie er selbst eine polnische Prinzessin zur Mutter hatte, hat unter anderem auch die österreichisch-polnischen Beziehungen auf eine Weise beeinflusst, die bis auf den heutigen Tag zu ungunsten dieser heiligmässigen Frauengestalt missdeutet wird.¹⁹⁾ In Hainburg 1378 mit Wilhelm dem Schönen von Österreich, als beide noch kleine Kinder waren, in einer kirchlichen Zeremonie, — *sponsalia de futuro* — verbunden, die nur noch die „*consummatio matrimonii*“ der Erwachsenen übrig liess, sollte Hedwig die Krone Ungarns erben, das mit Österreich vereinigt worden wäre. Da aber die Ungarn nach Ludwigs Tode ihre Schwester Maria, die nicht viel ältere Braut und künftige Gattin Sigismunds von Luxemburg wählten, wurde Hedwig nach Polen berufen und dort zum „König“ gekrönt. Sobald sie heranwuchs, wurde sie durch die geistlichen und weltlichen Grossen ihres Reiches bewogen, nicht ihren Bräutigam Wilhelm, sondern den heidnischen Grossfürsten von Litauen, Jagello, zu heiraten, der versprochen hatte, sich und sein Volk zum Katholizismus zu bekehren und seine litauischen und reussischen Lande — heute Weissrussland und Ukraine genannt — für immer an die Krone Polens anzugliedern, was auch 1386 geschah.

Wir wissen heute, dass mehr auf dem Spiele stand, als polnische Grossmachtsträume. Hätte Jagello nicht Hedwig zur Frau bekommen und mit ihr die polnische Königskrone, so hätte er auf Grund gleichzeitiger Verhandlungen eine Tochter des Grossfürsten von Moskau, des durch seinen Sieg in der Tatarenschlacht am Don berühmten Demetrius, geheiratet,²⁰⁾ Litauen aber wäre nicht katholisch sondern orthodox geworden und in der grossrussischen Einflussphäre aufgegangen. Diese hätte schon vor fast sechshundert Jahren die heute nur zu gut bekannte „Curzonlinie“ erreicht und die Grenze des Abendlandes hätte niemals bis über Düna und Dniepr hinaus friedlich vorgeschoben werden können. Eine Personalunion zwischen dem damals noch recht kleinen, mit den Schweizern in schweren Kämpfen stehenden Österreich und dem nicht viel grösseren, vom Deutschen Ritterorden bedrohten Polen hätte wenig helfen können, da beide Staaten durch die ausgedehnten Lande der ihnen keineswegs wohlgesinnten Luxemburger von einander getrennt waren. Wir wissen heute auch, dass Hedwigs Ehe mit Wilhelm, der nach Krakau geeilt war, nicht vollzogen

werden konnte, nicht nur weil man ihn nicht im Wawelschlosse Fuss fassen liess, sondern weil das arme Königskind noch nicht einmal das selbst damals verlangte Alter von zwölf Jahren erreicht hatte,²¹⁾ vor allem aber weil sie sich entschloss, ihr persönliches Glück ihren religiösen und königlichen Pflichten zu opfern. Dass ihre, sobald das nötige Alter erreicht war, mit Jagello — nunmehr König Wladyslaw II — geschlossene Ehe die einzig rechtmässige war, wurde dann auch nach gründlicher Untersuchung von Papst Urban VI anerkannt, obwohl, um ihn zu gewinnen, Wilhelm und seine Verwandten, bisher Anhänger des Gegenpapstes Klemens VII, einen ihrer Räte nach Rom schickten und zum rechtmässigen Papste übergingen.²²⁾

In ihrem ungemein tätigen, aber freudlosen Leben an der Seite eines dreimal älteren, sie zwar verehrenden, ihr aber doch wesensfremden Gatten, einem Leben, auf dessen letzte Tage durch den Tod ihres sehnsuchtsvoll erwarteten Kindes ein düsterer Schatten fiel, suchte Hedwig nicht nur in religiösen Stiftungen Trost, sondern auch in der Neugründung der Universität Krakau, die nach dem Tode ihres Grossonkels Kasimir ebenso zu verfallen drohte, wie die von ihrem Vater gegründete Universität Fünfkirchen. Obwohl die erst ein Jahr nach dem Tode der fünfundzwanzigjährigen Königin wiedereröffnete polnische Universität nach ihrem Gemahl die jagellonische genannt wurde, war sie doch — wohl ausnahmsweise in der Weltgeschichte — das Werk einer edlen Frau, die alle ihre persönlichen und königlichen Kleinode dafür geopfert hatte.

Die Hochschule, die sich nunmehr rasch entwickelte,²³⁾ förderte ganz besonders, dank der von Hedwig ins Leben gerufenen theologischen Fakultät, die Fortschritte des Katholizismus in Litauen. Aber sie diente auch, ganz im Sinne Kasimirs des Grossen, den Interessen des Staates, wie sich dies auf dem Konzil von Konstanz zeigte, wo die Denkschriften des Rektors Paul Włodkowic (Vladimiri) in den uns heute ganz modern anmutenden Fragen der Gewissensfreiheit und des Selbstbestimmungsrechtes sogar der heidnischen Völker begreifliches Aufsehen erregten.²⁴⁾ Dort war es auch, wo die Universitäten Krakau und Wien, beide wie die Sorbonne, einem weitgehenden Konziliarismus huldigend, Beziehungen anknüpften, die durch ihre ganze Blütezeit tief in die Frührenaissance hinein dauern sollten.

Schon vor dem Konstanzer Konzil, zu dem die meisten pol-

nischen Vertreter über Innsbruck und das Hospiz auf dem Arlbergpass reisten,²⁵⁾ war es auch bald nach dem Tode Wilhelms des Schönen zu einer politischen polnisch-österreichischen Verständigung gekommen, Im Jahre 1412 vermählte sich sein jüngerer Bruder Ernst der Eiserne mit Cymbarka, einer Tochter des Herzogs von Masowien, wo Lehensfürsten aus der alten Piastendynastie weiter regierten, und der Lieblingsschwester Jagello's; als Ahnfrau der Habsburger erscheint diese Polin auf dem berühmten Innsbrucker Grabdenkmal Kaiser Maximilian's I. Zugleich wurde ein erstes österreichisch-polnisches Bündnis abgeschlossen, das gegen den kurz vorher erwähnten römischen König und künftigen Kaiser Sigismund gerichtet war, aber nicht zu Feindseligkeiten gegen ihn, sondern wie zur Zeit Kasimirs des Grossen, zu einer polnischen Vermittlung zwischen Habsburg und Luxemburg führte.²⁶⁾ Es sollte aber schon in der nächsten Generation die Nachfolge Albrechts von Habsburg nach seinem Schwiegervater Sigismund zu einem lange andauernden Gegensatz zwischen dem österreichischen und dem polnischen Herrscherhause führen. Handelte es sich doch nicht nur um die römisch-deutsche Kaiserkrone, die von nun an, mit einer einzigen kurzen Ausnahme, im Hause Habsburg blieb, sondern auch um die Polen weit mehr interessierende Frage des luxemburgischen Erbes in Böhmen und Ungarn.

Schon in Böhmen zeigten sich, besonders — wie schon zur Zeit Sigismunds — unter dem gemässigten Zweige der Hussiten, Anhänger einer polnischen Thronkandidatur, was Albrecht II — wie einst Sigismund — zu einem Versuch bewog, einen etwaigen litauischen Separatismus gegen Polen auszuspielen.²⁷⁾ Viel wichtiger war dass nach Albrechts Tode die Ungarn den älteren Sohn und Nachfolger Jagello's, Władysław III von Polen, zum König wählten, während Elisabeth, die Witwe des Habsburgers, die Stefanskronen für dessen nachgeborenen Sohn sichern wollte. Ein zweijähriger Bürgerkrieg zwischen beiden Parteien verzögerte den für Ungarns Verteidigung dringend nötigen Türkenkrieg, der erst nach der Aussöhnung zwischen dem jungen Jagellonen und Königin Elisabeth, die bald darauf starb, aufgenommen werden konnte, und zwar mit polnischer Hilfe, aber unter abwartender Zurückhaltung Österreichs. Und wie zur Zeit Hedwigs, hängt mit der wieder auftauchenden Rivalität zwischen dem Haus Jagello's und den Habsburgern die Beurteilung einer tragischen Gestalt zusammen, diesmal des Königs von Polen und Ungarn, der kaum zwanzigjährig in der

Schlacht bei Warna im Jahre 1444, für die Christenheit kämpfend, den Heldentod starb. Wurde ihm doch von seinen Gegnern, polnische Kritiker nicht ausgenommen, der noch heute die Geschichtswissenschaft beeinflussende Vorwurf gemacht, er habe sein Schicksal selbst verdient, da er nach seinen Siegen im vorhergehenden Jahre einen anscheinend vorteilhaften und angeblich von ihm selbst beschworenen Friedensvertrag mit den Türken leichtfertig gebrochen habe.

Ohne hier auf diese, mit den österreichisch-polnischen Beziehungen nur mittelbar zusammenhängende Streitfrage näher einzugehen,²⁸⁾ sei nur auf einen noch unveröffentlichten, wenige Tage nach der Katastrophe von Anhängern der Habsburger an Kaiser Friedrich III abgesandten Bericht verwiesen, der dem König von Polen weder einen Eidbruch noch irgend welchen Fehler vorwirft und die blutige Schlacht als gleich verlustreich für beide Seiten darstellt.²⁹⁾ Die Türken sind auch wirklich nicht weiter vorgeedrungen.

Die habsburgische Mutter der Jagellonen

Zehn Jahre nach der Schlacht bei Warna vermählte sich eine andere Elisabeth, die Schwester des Habsburgers, der seit dem Tode seines Rivalen in Ungarn ebenso allgemein anerkannt war wie in Böhmen und seinem österreichischen Erbe, mit Jagello's jüngeren Sohne Kasimir, der nach dem Verschwinden seines Bruders zum König von Polen gewählt worden war und es mit Litauen in Personalunion vereinte. Während seiner ungefähr ein halbes Jahrhundert dauernden Regierung reichte die jagellonische Doppelmonarchie wirklich, wie es die Polen gern betonen, „von Meer zu Meer“, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere; wurde zu einem wahren Völkerbunde ausgebaut, der nicht mehr bloss auf dynastischen Berechnungen und verschieden interpretierten Unionsakten, sondern auf einer immer tieferen Schicksalsgemeinschaft beruhte; und übte durch seine freiheitliche, in beiden Reichshälften parallele, wenn auch nicht gleich rasche Verfassungsentwicklung auf die verschiedensten Nachbarn eine bemerkenswerte Anziehungskraft aus.³⁰⁾ Nicht weniger auffallend ist es, dass unter Kasimir's weniger bedeutendem, aber ebenso lange regierendem Zeitgenossen, Kaiser Friedrich III, die Buchstaben A.E.I.O.U. gerne gedeutet wurden als „*Austria erit in orbe ultimo*“ oder sogar „Alles Erdreich

ist Österreich untertan“. Es hatten also sowohl Polen wie Österreich, ihren Staatsgedanken ausweitend, gerade in der Mitte ihres Millenniums eine ganz ungewöhnliche Machtentfaltung erreicht. Umso wichtiger wurde die Frage, wie sich ihre gegenseitigen Beziehungen gestalten würden.

Die 1454 gefeierte und durch lange Jahre ungetrübte Ehe berechnete zu den besten Hoffnungen, besonders als die Habsburgerin Elisabeth zu einer „Mutter der Jagellonen“³¹⁾ wurde, da sie Kasimir nebst sieben Töchtern — alle mit Ausnahme von zwei in Kindesalter verstorbenen, mit Reichsfürsten deutschen oder polnischen Stammes vermählt — nicht weniger als sechs, mehr oder weniger langlebige Söhne schenkte. Aber gerade diese zahlreiche Nachkommenschaft trug dazu bei, dass die Erwartungen oder Ansprüche der mit der schon 1457 unerwartet ausgestorbenen älteren, albertinischen Linie der Habsburger so eng verwandten Jagellonen sich nur schwer mit denen der leopoldinischen, nunmehr einzigen und kaiserlichen Linie des Hauses Österreich in Einklang bringen liessen. König Kasimir, der bis dahin in seiner Aussenpolitik von den immer komplizierteren Ostproblemen, besonders aber, gerade von 1454 an, vom Entscheidungskampfe mit dem Deutschen Ritterorden um den Zugang zur Ostsee ganz in Anspruch genommen war, meinte nach dem Tode seines Schwagers, dass die Söhne, die ihm einer nach dem anderen geboren wurden, auf das böhmisch-ungarische Erbe des Ladislaus Posthumus ebenso gute Rechte hatten als dessen weiteren, habsburgischen Verwandten. Vorläufig liessen es beide Dynastien geschehen, dass sowohl die Böhmen wie die Ungarn einen einheimischen Grossen zum Könige wählten, von denen keiner fest darauf rechnen konnte, die Krone auf seine Nachkommen zu vererben. Kasimir aber war sich dessen bewusst, dass im Falle neuer Königswahlen ein Prinz aus dem polnisch-litauischen Herrscherhause, dessen Macht schon damals, besonders im benachbarten Polen, konstitutionell beschränkt war, und von dessen Seite kein fremder Einfluss drohte, bessere Aussichten haben würde, als der römisch-deutsche Kaiser oder etwa dessen Sohn. Der Jagellone zog es übrigens vor, auf diesem, wenn auch längerem Wege der freien Wahl eines seiner Söhne zum Ziele zu gelangen, ohne Betonung eines in Böhmen wie in Ungarn bestrittenen Erbrechts.

Der dreizehnjährige Krieg in Preussen war schon vorüber und der Angriff Moskaus noch in weiter Ferne, als zunächst die böhmische Frage zu einer Entscheidung drang, die mit dem

Verhältnis zu Ungarn in Zusammenhang stand. Dies galt ebenso für Friedrich III, wie für Kasimir. So kam es denn, dass von 1469 an, als Mathias Corvinus noch vor dem Tode Georg's von Poděbrady ihm die Krone Böhmens streitig machte, bis zum Tode des Königs von Ungarn selbst im Jahre 1490, drei Gegenspieler im Donauraum auftraten, von denen der Kaiser und der König von Polen jeder für sich längere Zeit mit Mathias, aber trotz Spannung zwischen ihnen niemals gegeneinander Krieg führten. Daher braucht hier auf diese so oft beschriebenen Verwicklungen nicht näher eingegangen zu werden,³²⁾ sondern nur auf ihre Folgen.

Als Kasimir der Jagellone 1492 starb, ein Jahr nachdem sein ältester Sohn Władysław, schon seit 1471 Nachfolger Georgs von Poděbrady, auch der des Corvinus geworden war, befand sich fast ganz Ostmitteleuropa, von Böhmen bis zur Ukraine und von Litauen bis zu den damals zu Ungarn gehörenden Teilen des heutigen Rumänien und Jugoslawien, unter seinem längst polonisierten Herrscherhause. Die nichtpolnischen Staaten dieser „jagellonischen Konstellation“, wie sie Leopold von Ranke genannt hat, hatten aber über keine Beschränkung ihrer vollkommenen Unabhängigkeit zu klagen, sondern eher über die Schwäche ihrer in brüderlicher Eintracht lebenden Monarchen, die bei dem König von Ungarn und Böhmen, dem „*rex bene*“, sprichwörtlich geworden ist. Kein Nachbar war von ihnen bedroht, aber allen stand ihre Gemeinschaft im Wege, vor allem den Habsburgern, die ihre eigenen Ansprüche auf die mit Österreich benachbarten Königreiche nicht aufgeben wollten, besonders als der tatkräftige und ehrgeizige Maximilian I zuerst Mitregent und schliesslich 1493 der Nachfolger seines Vaters geworden war. Und schon zu Lebzeiten Friedrich's III kamen sie, ebenso wie übrigens Mathias Corvinus, auf den Gedanken, die Jagellonen durch eine Verständigung mit Moskau einzukreisen.

Die russische Politik des Kaiserhofes sollte leider von nun an die Beziehungen Österreichs zu Polen bis zu dessen Teilungen ungünstig beeinflussen. Anfangs hatten der unerwartete Machtaufstieg Moskaus und die Eroberungspolitik Ivans III Kaiser Friedrich so sehr beunruhigt, dass er von Wien aus, am 30. April 1481, den König von Polen, ebenso wie Dänemark, Schweden und die Hansestädte, dringend aufforderte, das dem Reich unterstehende Livland gemeinsam mit ihm gegen die „ungläubigen Reussen“ zu unterstützen.³³⁾ Er schrieb zugleich

auch in diesem Sinne an die „Prälaten, Ritterschaft und Räte des Grossfürstentums zu Litthaw“, das von allen jagellonischen Staaten am meisten bedroht war und wo auch die orthodoxe ruthenische Bevölkerung es vorzog unter Wilna eher als unter Moskau zu stehen.³⁴⁾ Aber schon wenige Jahre später entschlossen sich die Habsburger mit dem Grossfürsten von Moskau, dem sie eine übrigens stolz abgelehnte Königskrone anboten und von dem sie hörten, dass er die Ostgebiete Litauens ebenso beanspruchte wie sie selbst Ungarn und Böhmen, in Verhandlungen zu treten, die gegen die Jagellonen gerichtet waren und umso bedrohlicher schienen, als gleich nach dem Tode Kasimirs die lange Reihe der Angriffskriege Moskau's gegen Litauen begann.³⁵⁾

Kasimir's Söhne antworteten darauf, indem sie 1500 alle gemeinsam in Buda mit dem Gegner der Habsburger im Westen Europa's, dem König von Frankreich, ein Bündnis schlossen, das in erster Linie gegen die von den sich gegenseitig bekämpfenden christlichen Staaten arg vernachlässigte Türkengefahr gerichtet war und nicht nur der Republik Venedig sondern auch dem Kaiser selbst offen stand, das aber doch ein auf Maximilian I zielender Gegendruck sein sollte. Aber gerade am selben Tage³⁶⁾ wurde in fernem Osten das litauische Heer von Ivan III so entscheidend besiegt, dass weder polnische Hilfe, noch Bündnisse mit Livland und der Goldenen Horde, noch ein ungarischer Vermittlungsversuch, Litauen vor den schweren Gebietsabtretungen retten konnte, die es 1503 an Moskau machen musste.

Zwei Jahre später starb in Polen die Habsburgerin, deren Söhne sich nunmehr in einer sehr schwierigen Lage befanden. Die österreichische Mutter der Jagellonen erlebte es nicht mehr, dass 1506 der jüngste und begabteste der sechs Brüder zum Grossfürsten von Litauen und König von Polen gewählt und mit weitgehenden Hoffnungen begrüsst wurde, die durch seine Erfahrungen als Verwalter Schlesiens gerechtfertigt waren. Aber Elisabeth erlebte es auch nicht, dass dieser Sigismund I trotz aller Bemühungen, die von Moskau kommende Hauptgefahr abzuwehren, im kritischen Jahre 1514 nicht nur von dort, sondern gleichzeitig auch vom letzten Hochmeister in Preussen, Albrecht von Hohenzollern, und von Kaiser Maximilian bedroht war.³⁷⁾ Dieser begnügte sich nicht damit, die zweifelhaften Rechte des Reiches in Preussen aufzufrischen, sondern sandte im Einvernehmen mit Albrecht einen österreichischen Gesand-

ten nach Moskau, der dort mit dem Grossfürsten Wasilij III. den er „Kaiser aller Reussen“ titulierte, ein Schutz- und Trutzbündnis gegen den König von Polen abschloss. Die Verpflichtung, diesem gemeinsam alles zu entreissen, was er angeblich dem Kaiser der Römer, dem Deutschen Orden und den Russen weggenommen hätte, ging über die tatsächlichen Absichten Maximilians weit hinaus, der aber doch den Vertrag unterzeichnete und sogar eine Abschrift nach Spanien sandte,³⁸⁾ wo bald sein Enkel die Regierung antreten sollte. Und im selben Jahr war Sigismund's einziger noch lebender Bruder, Władysław, inmitten der ständigen Türkengefahr, auch noch durch einen ungarischen Bauernaufstand beunruhigt.

Dass es statt eines allgemeinen Angriffs gegen die beiden Jagellonen zu deren Verständigung mit den Habsburgern kam, erklärt sich nicht nur durch einen glänzenden Sieg, der in letzter Stunde von Sigismund's litauischen und polnischen Streitkräften im Verteidigungskampf gegen Moskau errungen wurde, sondern hatte auch allgemeine Ursachen, die für die ganze weitere Entwicklung der österreichisch-polnischen Beziehungen von Bedeutung sind.

Der erste Wiener Kongress und das Doppelerbe der Jagellonen

In der polnischen Geschichtsschreibung wird Sigismund „dem Alten“, wie man ihn später nannte, nicht selten der Vorwurf gemacht, er sei in seiner Annäherung an die Habsburger im Jahre 1515 zu weit gegangen.³⁹⁾ Man muss aber erstens bedenken, dass diese die einzigen Nachbarn waren, mit denen eine Verständigung für die Jagellonen, die nicht an allen Fronten kämpfen konnten, überhaupt möglich war, und zweitens, dass der Friedenskongress dieses Jahres, der ursprünglich in Lübeck geplant war, wohin sich der König von Polen begeben sollte, unter dem Eindrucke seines jüngsten Sieges nach dem ungarischen Pressburg verlegt wurde, wo sein Bruder der Gastgeber war. Und vor allem müssen die Beschlüsse untersucht werden, die dort mit den Bevollmächtigten des Kaisers vereinbart wurden, der dann den beiden Jagellonen bis an die Grenze entgegenkam und schliesslich mit ihnen in Wien die Versöhnung der beiden Dynastien feierte.

Eine solche Untersuchung hat schon vor beinahe hundert Jahren⁴⁰⁾ zum Ergebnis geführt, dass die berühmte Wiener

Doppelheirat, die oft mit der burgundischen Ehe Maximilians I und der spanischen Ehe seines früh verstorbenen einzigen Sohnes Philipp verglichen wird, den Habsburgern, von denen damals ausser dem alternden Kaiser nur seine zwei Enkel am Leben waren, kein verbrieftes Recht auf die ungarische und böhmische Krone im Falle des Aussterbens der älteren Linie der Jagellonen geben konnte. Handelte es sich doch um Wahlreiche, was die polnische Dynastie immer respektiert hatte. Ausserdem konnte 1515 niemand voraussehen, dass der Sohn Władysław's, dessen baldiger Tod zu erwarten war, der junge Ludwig, schon 1526 kinderlos in der Schlacht bei Mohács fallen würde. Allerdings erleichterten es seine Ehe mit Maximilian's Enkelin und die Einflüsse, die sich Österreich dadurch am Hofe in Buda gesichert hatte, die Königswahl Ferdinand's von Habsburg durchzusetzen, umsomehr als er es ja war, den der alte Kaiser, in Wien in Vertretung eines von seinen beiden Enkeln mit Ludwig's Schwester getraut, schliesslich zu ihrem Gatten ausersiehen hatte. Aber schon die Tatsachen, dass es trotzdem zu einer Wahl sowohl durch die böhmischen, wie auch durch die ungarischen und ausserdem durch die kroatischen Stände kommen musste, und dass in Ungarn ein Monat vorher ein Gegenkönig einheimischer Herkunft gewählt wurde,⁴¹⁾ beweisen, dass am Wiener Kongress nichts endgültiges bestimmt werden konnte. Ausserdem hätte ebensogut Ferdinand vorzeitig und ohne Nachkommen sterben können, so dass die Möglichkeiten, die für einen solchen Fall Ludwig dem Jagellonen in Aussicht gestellt wurden, vielleicht nicht so phantastisch waren, wie sie uns heute scheinen. Allerdings fügte es das Schicksal der „*felix Austria*“, dass der gegenwärtig fast vergessene Kongress von 1515, dessen Nachwirkungen Böhmen und Ungarn für vier Jahrhunderte mit ihr verbanden, die Geschichte der Habsburger Monarchie stärker beeinflusste, als der in mancher Beziehung überschätzte zweite Wiener Kongress im Jahre 1815.

Überdies darf nicht vergessen werden, dass der erste dieser Kongresse, zu dem ja vor allem Polen und Litauen betreffende Fragen geführt hatten, auch für Österreichs Beziehungen zum Doppelreich Sigismunds des Jagellonen von entscheidender Bedeutung war. Dieser erreichte es, dass der Kaiser versprach, von nun an weder Albrecht von Hohenzollern noch Moskau gegen ihn zu unterstützen, und wenn auch Maximilian I sich in der preussischen Frage des Reiches wegen sehr zurückhaltend verhielt und starb, bevor sie auf eine ganz unerwartete Weise

gelöst wurde, so war es doch ein Fortschritt, dass die Habsburger, von einem Bündnis mit Moskau absehend, zwischen den beiden osteuropäischen Mächten zu vermitteln trachteten. Wenn auch diese Versuche, gleich denen der päpstlichen Diplomatie,⁴²⁾ vergeblich blieben, hörte doch für lange Zeit jede Gefahr einer Einkreisung des polnisch-litauischen Staates auf und kam es niemals zu einem Krieg zwischen Österreich und Polen.

Andererseits benützte schon Maximilian I die in Wien angeknüpften guten Beziehungen zu König Sigismund und dessen Räten, um sich in Polen, ja sogar im fernen Litauen Einflüsse zu sichern, und zwar auf einem doppelten Wege. Es gelang ihm, einige der dortigen Magnatengeschlechter, die höchsten damaligen Würdenträger nicht ausgenommen, dauernd für das Haus Österreich zu gewinnen, was ihnen oft vorgeworfen wurde, obwohl die meisten wohl aufrichtig überzeugt waren, dass eine solche Zusammenarbeit im Interesse ihres Vaterlandes lag. Anders dachte die ungewöhnlich einflussreiche Königin, durch die Kaiser Maximilian I auf einem zweiten Wege Sigismund an sich zu binden gehofft hatte. War es doch gerade er gewesen, der dem bald nach dem Wiener Kongresse verwitweten König von Polen geraten hatte, sich mit der schönen, jungen Italienerin Bona Sforza, die mit dem Habsburger durch ihren Vater wie durch ihre aragonische Mutter verwandt war, wiederzuvermählen, was auch 1518 geschah. Dass sie dem Jagellonen einen Sohn und Nachfolger geben würde, war vorauszusehen und scheint das Haus Österreich damals aus begreiflichen Gründen noch nicht daran gedacht zu haben, nach dem böhmisch-ungarischen Erbe der Jagellonen, das in Ungarn lange nicht gesichert war, auch das polnisch-litauische zu erwerben. Hingegen war es eine schwere, von Maximilian nicht mehr erlebte Enttäuschung, dass gerade Bona, im Zusammenhange mit den Schicksalen ihres Heimatlandes, zu einer entschiedenen Gegnerin der Habsburger wurde und ihre vielseitigen Talente dazu benützte, um mit allen Mitteln der Renaissancediplomatie Polen in das Lager ihrer Widersacher zu führen. Was sie erreichte, war eine überaus vorsichtige, in besonders schwierigen Fragen, wie der des Bürgerkrieges in Ungarn, neutrale Stellungnahme ihres Gatten, und die gründliche Erforschung seiner Politik legt die Folgerung nahe, dass vom polnischen Standpunkt aus dieser bis zu seinem Tode im Jahre 1548 eingenommene Mittelweg des alternden und immer mehr friedlichen Herrschers wohl der einzig richtige war.⁴³⁾

Als sein vielversprechender Sohn Sigismund August heranwuchs, war man in Österreich, nach der Erfahrung mit Bona Sforza, sehr an der Frage interessiert, wen er heiraten würde. Es gelang auch, ihm noch zu Lebzeiten seines Vaters eine Tochter Ferdinands I zur Frau zu geben, gegen den Willen der Königin-Mutter, die dazu beitrug, dass diese kurze, kinderlose Ehe recht unglücklich war. Als er den ihm schon längst gesicherten Thron bestieg, war Sigismund August bereits mit der heissgeliebten Barbara Radziwiłł wiedervermählt, aus dem in Litauen übermächtigen, schon reichsfürstlichen Geschlecht, entschiedenen Anhängern des Kaiserhauses, bei dem nun auch der junge König gegen die zahlreichen Gegner dieser Ehe Unterstützung suchte. Als ihm aber nach Barbara's frühem Tode die Radziwiłłs überredeten, eine dritte Ehe mit Erzherzogin Katharina, einer Schwester seiner ersten Frau, zu schliessen, tat er es sehr ungern, da ihn nicht nur die Weltherrschaftspläne der Habsburger beunruhigten, sondern auch ihre mögliche Absicht, sich die Nachfolge nach ihm zu sichern, umsomehr als auch diese Ehe mit einer kränklichen, nicht mehr jungen Witwe kinderlos blieb.⁴⁴⁾

Als seinen Hauptgegner betrachtete aber der letzte Jagellone mit vollem Recht Ivan den Schrecklichen von Moskau, besonders seitdem dieser Livland zu erobern suchte, das Sigismund August mit dem polnisch-litauischen Staate zu verbinden entschlossen war.⁴⁵⁾ Die russische Gefahr war auch eine der Ursachen, warum er sich in der zweiten Hälfte seiner Regierungszeit rastlos bemühte, die beiden Nationen, deren Wohl ihm am Herzen lag, noch vor seinem Tode in einer dauernden Union zu verbinden, was ihm auch auf dem Lubliner Reichstag von 1569 gelang. Der Dualismus dieser Realunion legt dem Historiker den Vergleich mit der dreihundert Jahre später ausgebauten österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie nahe,⁴⁶⁾ trotz des Unterschiedes zwischen einer Erbmonarchie und einem Wahlreiche, das sich neben allen königlichen und grossfürstlichen Titeln des gemeinsam zu wählenden Herrschers als „gemeinsame Republik“ bezeichnete und durch die entscheidende Rolle des von nun an ebenfalls gemeinsamen Reichstages jedes „*absolutum dominium*“ verhindern wollte.

Dies muss hier betont werden, da es mit den gleichzeitigen Plänen Kaiser Maximilians II zusammenhängt, die Wahl eines Habsburgers zum Nachfolger Sigismund Augusts vorzubereiten. Zu diesem Zwecke wollte er mit ihm auf einem Kongress zu-

sammenkommen, der in dieser Beziehung dem Wiener Kongress zur Zeit Maximilian's I ähnlich gewesen wäre. Aber gerade deshalb wich der letzte Jagellone einer solchen, übrigens auch vom vielbeschäftigten Kaiser mehrfach hinausgeschobenen Zusammenkunft aus, an der bezeichnender Weise Vertreter der böhmischen und ungarischen Stände teilnehmen sollten, vielleicht um die der „Republik“ zu überzeugen, dass auch die Herrschaft eines Habsburgers kein unbeschränkter Absolutismus sein musste. Der Plan des Kongresses, der Ende 1569 oder 1570 in Breslau tagen sollte, erregte an vielen europäischen Höfen, dem brandenburgischen wie dem spanischen, lebhaftes Interesse, da es ja scheinen konnte, ganz Ostmitteleuropa südlich und nördlich der Karpathen würde vielleicht, wie am Anfang des Jahrhunderts unter den Jagellonen, jetzt unter den Habsburgern vereint werden.⁴⁷⁾

Sigismund August verhielt sich gerade deshalb ablehnend, da er zwar gute Beziehungen mit dem Hause Österreich wünschte, aber seine Völker nicht in dessen Politik hineingezogen und in ihrer vollständigen Unabhängigkeit bedroht sehen wollte, und auch immer wieder durch die Möglichkeit einer Annäherung zwischen dem Kaiserhofs und Moskau beunruhigt war. Auf seinen Tod im Jahre 1572 folgten aber in einer kurzen Zeitspanne von fünfzehn Jahren nicht weniger als drei „*interregna*“ und jedesmal schienen die Habsburger eine gute Aussicht zu haben, durch freie Wahl ihr Ziel zu erreichen. Nirgends wünschte man dies lebhafter als in Rom, wo eine dynastische Verbindung der zwei katholischen Grossmächte Ostmitteleuropas so erwünscht schien, dass die diplomatischen Vertreter des Heiligen Stuhles eifrigst die österreichischen Thronkandidaten unterstützten — eine Aktion, die der als früherer Nunzium mit den polnischen Verhältnissen wohlvertraute und zur Zeit des Todes des letzten Jagellonen als Kardinal-Legat dort anwesende Commendone einleitete.⁴⁸⁾ Von Anfang an empfahlen auch die deutschen Kurfürsten die Wahl eines Mitgliedes des Kaiserhauses, durch die, wie sie betonten, die Polen und Litauer sich die Freundschaft nicht nur der Deutschen, sondern auch „der Italiener, Spanier, Ungarn, Böhmen, Bulgaren, Inder und aller andern dem Hause Österreich untertanen Völker“ gewinnen würden. Wenigstens was Spanien betrifft, war dies keine Übertreibung, wie das lebhaftes Interesse Philipp's II und seiner Gesandten für die Erhebung eines seiner österreichischen Verwandten auf den Thron Polens und Litauens beweist.⁴⁹⁾ Ver-

wirrend wirkte hingegen die Politik Iwan's des Schrecklichen, der am liebsten eine Teilung des Doppelstaates gesehen hätte, um wenn nicht für sich selbst, so doch für seinen Sohn dessen Osthälfte zu gewinnen. Für die Habsburger war dies schon deshalb unannehmbar, weil sie gerade in Litauen die einflussreichsten Anhänger hatten, die bei der zweiten Königswahl nach der Union von Lublin, sich ausdrücklich auf diese berufend, dem Zaren erklärten, dass sie sich schon gemeinsam mit den Polen für den Kaiser entschieden hätten.⁵⁰⁾

Dies traf allerdings nicht für alle Polen zu, deren Mehrheit jedesmal einen nicht deutschen Kandidaten vorzog, wobei die Stellung Johann Zamoyski's den Ausschlag gab, des „adeligen Volkstribunen“, der von Misstrauen gegen die Habsburger erfüllt war.⁵¹⁾ Es wäre ein Irrtum, ihm persönliche Beweggründe zuzuschreiben, denn wenn dieser hervorragende Staatsmann auf die Seite des Hauses Österreich getreten wäre, so hätte er mindestens ebenso grosse Gunstbeweise erwarten können, wie die, welche ihm von Stephan Báthory zu teil wurden. Dass dieser siebenbürgische Fürst in den zehn Jahren seiner Regierung mehr für Polen tat, besonders im Kampfe gegen Moskau, als es Kaiser Maximilian II hätte tun können, auch wenn er nicht bald nach der Doppelwahl von 1575 gestorben wäre, ist unzweifelhaft, ebenso wie die Tatsache, dass der habsburgische Kandidat bei der Doppelwahl von 1587, nach Báthory's Tode, Erzherzog Maximilian, seinem kaiserlichen Bruder Rudolf II, einen schlechten Dienst leistete, als er mit Hilfe der ihn unterstützenden Minderheit gewaltsam Krakau einnehmen wollte. Man könnte sich höchstens fragen, ob nicht im Jahre 1573 die Wahl Erzherzogs Ernst's besser gewesen wäre, als die Heinrichs von Valois, der nach wenigen Monaten nach Paris zurückeilte, sich auch dort als König recht schlecht bewährte und durch sein die Polen verletzendes und verwirrendes Vorgehen die schon von den letzten Jagellonen erwünschte Zusammenarbeit mit Frankreich für längere Zeit unmöglich machte; gegen Moskau hätte allerdings keiner von beiden geholfen.

All dies konnte natürlich bei Heinrich's einstimmiger Wahl ebensowenig vorausgesehen werden, wie die Überraschung, dass der nach dem dritten „*interregnum*“ über die Habsburger triumphierende Sigismund Wasa, der Polen endlich nach den Jagellonen eine neue Dynastie geben sollte, statt es mit Schweden zu verbinden, wie es zu erwarten war, sich alsbald wie

kein anderer König von Polen dem Hause Österreich zuwandte. Während seiner ganzen Regierungszeit von beinahe einem halben Jahrhundert war dies für die österreichisch-polnischen Beziehungen vielleicht nicht minder bedeutsam als es die Wahl eines Habsburgers gewesen wäre, durch die seine Dynastie nach dem böhmisch-ungarischen auch das polnisch-litauische Erbe der Jagellonen für sich gewonnen hätte.

Das doppelte „Antemurale“

Einer der Hauptgründe, warum die Päpste des ausgehenden sechzehnten Jahrhunderts eine österreichisch-polnische Union gewünscht hatten, war ihre Überzeugung, dass auf diese Weise ihr Plan einer Liga gegen das osmanische Reich am leichtesten zu verwirklichen war. Beide Staaten wurden ja mit Recht als Bollwerke der Christenheit gegen die ihr vom Osten drohende Gefahr betrachtet, wobei allerdings nicht immer berücksichtigt wurde, dass für Polen diese Gefahr vorläufig nur mittelbar von den Türken, dafür aber umso mehr von den Tataren und vor allem von Moskau kam, das der Westen am liebsten in die geplante Liga einbezogen hätte. Auch die Habsburger zögerten, nach ihren langen, schweren Kämpfen gegen Soliman den Prächtigen, gegen seine anscheinend weniger drohenden Nachfolger zu Felde zu ziehen, und nur Báthory, der Polenkönig ungarischer Abkunft, dachte vor seinem frühzeitigen Tode daran, die Lösung beider Ostfragen im Interesse seiner geteilten Heimat und seines persönlich erworbenen Reiches zu verbinden. Als aber Kaiser Rudolf II im Jahre 1593 durch einen türkischen Angriff an der Kroatien wie Ungarn durchschneidenden Grenze zu einem langwierigen, wechsellvollen Kriege gezwungen worden war, schien dies Papst Klemens VIII, der als Kardinal-Legat Aldobrandini Österreich und Polen nach der Niederlage Erzherzog Maximilian's ausgesöhnt hatte und die nunmehr unerwartet guten Beziehungen des Kaiserhofes zum neuen Polenkönig begrüßte, die beste Gelegenheit, Polen für die Teilnahme am Kampfe gegen das osmanische Reich zu gewinnen.

Trotz langer Verhandlungen⁵²⁾ konnte aber der Heilige Stuhl, dem es kurz vorher misslungen war, eine österreichisch-polnische Union unter dem Hause Habsburg verwirklichen zu helfen, auch das österreichisch-polnische Bündnis zur gemeinsamen Verteidigung der Christenheit damals nicht ins Leben rufen. Warum es beinahe hundert Jahre dauern sollte, ehe dies

am Ende des siebzehnten Jahrhunderts gelang, wurde noch vor Ablauf des sechzehnten mehr oder weniger klar. Gewöhnlich wird die Schwierigkeit betont, sowohl die militärischen Verpflichtungen beider zu verbündenden Staaten zu vereinbaren, wie auch die Kriegsziele, insbesondere die beiderseitigen Ansprüche auf Oberhoheit über die Donaufürstentümer in Einklang zu bringen.⁵³⁾ Übersehen wird aber, vielleicht weil es nicht immer offen und deutlich ausgesprochen wurde, wie sehr auch in diesem Falle das verschiedene Verhältnis zu Moskau eine Verständigung erschwerte. Die gleichzeitigen Verhandlungen des Kaiserhofes mit den Russen beunruhigten, wie gewöhnlich, die Polen und Litauer, langjährige Anhänger der Habsburger nicht ausgenommen. Auch wussten sie, dass im Falle eines Türkenkrieges die Gefahr von Seiten Moskaus anwachsen würde, ob dieses der Liga beitreten würde oder nicht: mussten doch im ersteren Falle russische Streitkräfte durch polnisches Gebiet marschieren, im letzteren aber musste ein Teil des polnisch-litauischen Heeres an der russischen Grenze Wache halten, um einem möglichen, gleichzeitigen Angriff vom Osten abzuwehren. Selbst die päpstlichen Vermittler, denen eine allumfassende Liga am Herzen lag, waren sich dieser Schwierigkeit bewusst.

So kam es denn, dass Österreich bis zum Frieden von Zsitva Torok 1606 eigentlich allein, nur vom Heiligen Stuhl unterstützt, in Ungarn Krieg führte, die Lage in Siebenbürgen und den Donaufürstentümern immer verwirrender wurde, und Sigismund III sich der ihm am Herzen liegenden Frage seines ihm entgleitenden schwedischen Erbes zuwandte. Und merkwürdigerweise kam es auch auf diesem Wege zu einem neuen, langwierigen polnisch-russischen Konflikt, der immer wieder als ein krasser, wenn auch — wie man dabei vergisst — einziger Fall einer von polnischer Seite kommenden Aggression hervorgehoben wird, und auch im damaligen Österreich verschieden beurteilt wurde. Wohl hatten schon von Anfang an polnische Abenteurer sich in die russischen Wirren eingemischt, die mit dem Auftauchen des „falschen“ Demetrius zusammenhingen. Aber erst als dessen Nachfolger sich 1609 mit dem schwedischen Rivalen Sigismunds III gegen Polen und Litauen verbündet hatte, erklärte ihm der so herausgeforderte König den Krieg, der beinahe zehn Jahre dauern sollte, da der Plan, ihn durch eine Union beider Staaten zu einem baldigen Abschluss zu bringen, sich als undurchführbar erwies.

Obwohl Sigismund III 1613 mit Kaiser Matthias einen Vertrag schloß, der gegenseitige Hilfeleistung voraussah, konnte er natürlich auf kein Eingreifen Österreichs in diesen Krieg rechnen, wohl aber auf diplomatische Unterstützung, zu der auch der hierzu ausersehene kaiserliche Gesandte bei seinen Vermittlungsversuchen bereit war. Umso mehr muss es befremden, dass der anderseits so hervorragende österreichische Staatsmann und Kirchenfürst Kardinal Melchior Klesl in einem Gutachten, zu dem er sich nicht offen bekannte,⁵⁴⁾ für das orthodoxe, in noch ganz ungeklärter Lage befindliche Moskau gegen das katholische Polen und dessen König Stellung nahm, der sich alsbald als treuerster Verbündeter des Kaiserhauses erwies. Denn gleich am Anfang des Dreissigjährigen Krieges rettete er durch auf eigene Kosten angeworbene Hilfstruppen im Jahre 1619 Wien vor der Belagerung durch Gabriel Bethlen von Siebenbürgen, hinter dem der Sultan stand. Und dies trug dazu bei, dass gleich im nächsten Jahre der bisher verhütete Angriff der Türken gegen Polen einsetzte und nach einer schweren Niederlage erst 1621 durch den Sieg bei Chocim abgewehrt werden konnte.

Diese Lage benützte nicht nur Moskau, um im Einvernehmen mit Konstantinopel die in dieser Schlacht noch gemeinsam mit dem polnisch-litauischen Heere kämpfenden ukrainischen Kosaken zum Schutze der angeblich bedrohten Orthodoxie aufzurufen, sondern auch Gustav Adolf von Schweden, um nicht ohne Verständigung mit dem das ostpreussische Lehen Polens übernehmenden Kurfürsten von Brandenburg nach der Besetzung Rigas auch die des königlichen Preussen zu versuchen. In diesem Falle durch das Vordringen des Protestantismus beunruhigt, sandte Kaiser Ferdinand II 1629 den Polen ein Hilfskorps, aber eine Vermittlung in dem Konflikt mit Schweden, das Österreich vom Eingreifen in den Krieg in Deutschland abhalten wollte, lag, wie es sich noch im selben Jahre zeigte, eher im Interesse Frankreichs, das auch damals, ebenso wie 1635, Polen zu einem Waffenstillstand verhalf. Überhaupt machte es der Aussenpolitik des von so vielen nichtkatholischen Mächten bedrohten Staates ständige Schwierigkeiten, dass die einzigen Verbündeten, die in Frage kamen, die katholischen Habsburger und Bourbonen, einander feindlich gegenüberstanden.

Eine ernstlichere österreichische Hilfe⁵⁵⁾ fand Polen erst während der „Sturmflut“, die zur Zeit König Johann Kasimirs

hereinbrach, gleich nach dem Ende des Dreissigjährigen Krieges an seiner Westgrenze. Aber diese Hilfe kam erst Ende 1656, als sich die schon damals von einer Teilung bedrohte Nation nach der erfolgreichen Verteidigung Czeschowsas, ihres religiösen Heiligtums, im Namen der zur Königin ausgerufenen Gottesmutter zu einem wahren Freiheitskampf aufgerafft hatte. Und mehr noch als seinerzeit Ferdinand II, musste jetzt Ferdinand III, knapp vor der Wahl seines Sohnes Leopold zum römischen König, auf einen der gefährlichsten Gegner Polens, den Kurfürsten von Brandenburg Rücksicht nehmen, der bei dieser Gelegenheit sein Herzogtum in Preussen unabhängig machte.

Hingegen begegneten sich Österreichs und Polens Interessen viel offenkundiger, als zur Zeit Kaiser Leopolds I und der Nachfolger der polnischen Wasas beide Staaten mehr denn je zu letzten Vormauern des Christentums und des Abendlandes gegen ein neues Anwachsen der Türkengefahr wurden. Das gleichzeitige Millennium der beiden ist gewiss die beste Gelegenheit, den Missverständnissen ein Ende zu machen, die bis auf den heutigen Tag das Bild des unvergesslichen Höhepunktes dieser ihrer rühmlichen Rolle trüben, das des Entsatzes von Wien im Jahre 1683. Es sei gleich anerkannt, dass ein erfreulicher Schritt in dieser Richtung schon 1933 gemacht worden ist, als Österreicher und Polen, gleichsam am Vorabend der sie erwartenden Schicksalsschläge, gemeinsam und einträchtig auf dem Kahlenberg den zweihundert und fünfzigsten Jahrestag des entscheidenden Sieges vom 12. September feierten, unter den Auspizien des heiligmässigen Marco d'Aviano, der damals so erfolgreich zur Eintracht ihrer Heerführer beigetragen und Sobieski als einen von Gott gesandten Johannes begrüsst hatte.⁵⁶⁾ Dass diesen, im Gegensatze zur Wiener Bevölkerung, der Kaiser selbst weniger herzlich begrüsst und seine Hoffnungen auf einen „Dank vom Hause Österreich“⁵⁷⁾ enttäuschte sollten gerade heute die Polen ebenso vergessen, wie die Österreicher aufhören sollten nachzurechnen, wie viel tausend Polen vor Wien kämpften und ob sie sich nach der Schlacht nicht zu viel von der reichen Beute aneigneten. Ohne ihnen, die der im Türkenkrieg so erfahrene König in Eilmärschen von der Weichsel an die Donau geführt hatte, wäre doch der schwere Sieg keinesfalls errungen worden.

Ebenso sollten weder die Polen klagen, dass sie in den folgenden Jahren „im Joch der heiligen Liga“ geblieben wären,

die doch ursprünglich, noch vor dem Bündnis mit Österreich, Sobieski selbst geplant hatte, noch die Österreicher darauf hinweisen, dass seine späteren Moldauzüge erfolglos waren, die doch als erwünschte Diversionen ihre eigenen Erfolge in Ungarn erleichterten. Nur eines muss für die einen wie für die anderen fraglich bleiben, ob nämlich der König recht getan hat, als er 1686 schweren Herzens den für Polen so ungünstigen Waffenstillstand mit Moskau zu einem noch ungünstigeren „ewigen“ Frieden machte,⁵⁸⁾ weil seine Verbündeten auf diese Weise auch eine russische Beteiligung am Kriege erkaufen wollten, die dann ohnehin versagte.

Der letzte frei gewählte, heute in seiner unbestreitbaren Grösse erkannte Polenkönig starb schon zehn Jahre später, also vor dem Karlowitzer Frieden von 1699, der dank seinen Leistungen nicht nur Polen seine früheren Gebietsverluste an die Türken zurückerstattete, sondern überhaupt ganz Europa für immer vor ihnen sicherte. Alle Staaten und Völker, die durch die Opfer und Kämpfe früherer Generationen dazu beigetragen hatten, Kroaten, Ungarn und Rumänen nicht zu vergessen, haben sich als Bollwerke der Christenheit und ihrer Freiheit wohl verdient gemacht. Es ist daher kaum angebracht zu behaupten, dass das Österreich der Habsburger seine Existenzberechtigung verloren habe, als ein Bollwerk gegen die Türken am Ende des siebzehnten Jahrhunderts unnötig geworden war, und etwas ähnliches von Polen zu sagen, das damals überhaupt aufgehört haben soll als Schutzwall des Abendlandes von Bedeutung zu sein, da ja bald darauf dessen Grenze durch Peter den Grossen bis zum Stillen Ozean vorgeschoben worden sei.⁵⁹⁾ Der Unterschied zwischen dem weiteren Schicksal beider Staaten, die so lange an zwei verschiedenen, aber zusammenhängenden Fronten eine überraschend ähnliche, im Westen oft unterschätzte Rolle gespielt hatten, besteht jedoch darin, dass die Habsburger Monarchie, in ihrer nunmehr weniger gefährdeten Lage noch zwei Jahrhunderte einer Grossmachtstellung vor sich hatte, während Polen nicht nur die seine verlor, sondern ein Jahrhundert des Niederganges und nach seiner Aufteilung ein weiteres Jahrhundert der Fremdherrschaft erdulden musste. Auch dies hängt mit der Entwicklung der österreichisch-polnischen Beziehungen im späteren Verlaufe des doppelten Millenniums zusammen.

Zwei Erbfolgekriege und zwei Teilungsprobleme

Zu den vielen Vorwürfen, die man dem polnischen Adel des achtzehnten Jahrhunderts zu machen pflegt, um behaupten zu können, die Polen seien an dem Untergange ihres Vaterlandes selbst schuld gewesen, und um dessen Teilungen zu rechtfertigen,⁶⁰⁾ sind neuerdings zwei verpasste Gelegenheiten gekommen, Koalitionen beizutreten, die gegen Polens Gegner gerichtet waren. Und da es sich in beiden Fällen um geplante Bündnisse mit Österreichs Teilnahme handelt, verdienen sie hier aus der Fülle wohlbekannter Tatsachen der damaligen diplomatischen Geschichte herausgehoben zu werden.

Es wird immer häufiger betont,⁶¹⁾ dass 1720 der Warschauer Reichstag einen schweren Fehler machte, als er den Beitritt Polens zum Wiener Verträge des vorhergehenden Jahres ablehnte, den König August II als Kurfürst von Sachsen mit Kaiser Karl VI und Georg I von England abgeschlossen hatte, um Polen gegen die Willkür Peters des Grossen zu unterstützen. Man berücksichtigt aber nicht, dass die Nation zu dem ihr 1697 aufgezwungenen Herrscher kein Vertrauen haben konnte, als er, der sie doch in den Nordischen Krieg auf Seiten Russlands hineingezogen hatte, sie plötzlich gegen den ihm selbst unerträglich werdenden Zaren ausspielen und in neue Kämpfe verwickeln wollte. Peter konnte ruhig, wie die Verbündeten verlangten, seine Truppen aus dem unter seinem Drucke schon 1717 fast ganz entwaffneten Polen zurückziehen, umso mehr als er sich zugleich durch einen ersten geheimgehaltenen Vertrag mit Preussen verständigte, um jede Reformen in Polen zu verhindern.

Wie leicht es auch zu einer österreichisch-russischen Verständigung kommen konnte, zeigte sich 1733, als nach dem Tode Augusts II diese beiden Mächte den Polen dessen weniger skrupellosen, aber umso mehr indolenten Sohn als König aufzwangen, obwohl eine überwältigende Mehrheit des im Interesse des Landes geeinten Adels Stanisław Leszczyński gewählt hatte. Nur unter ihm hätte Polen wirklich eine Gelegenheit gehabt sich aufzuraffen, und trat auch, allerdings verspätet, sein Schwiegersohn Ludwig XV für ihn ein. Aber der Krieg gegen Frankreich und Spanien, der am Rhein und in Italien geführt wurde, gewann für den rechtmässigen König statt der polnischen Sukzession nur Lothringen für Lebenszeiten, wofür der Schwiegersohn des Kaisers durch Toscana entschädigt wurde. Schön

damals interessierten sich ja die Grossmächte weit mehr für die Nachfolge nach Karl VI, die dann auch 1740 trotz der Pragmatischen Sanktion Maria Theresia im österreichischen Erbfolgekriege streitig gemacht wurde. Und wieder hatte ein polnischer Reichstag, der des Jahres 1744,⁶²⁾ zu entscheiden, ob ein Eingreifen auf Seiten Österreichs wünschenswert wäre, umso mehr als dessen Hauptgegner, Friedrich der Grosse, auch ein gefährlicher Gegner Polens war.

Diesmal bestand aber die Schwierigkeit nicht so sehr im Mangel an Vertrauen zu der unzulänglichen Führung August III, sondern in der Tatsache, dass wieder eine Verständigung Österreichs und seiner Verbündeten mit Polens zweitem Hauptgegner, mit Russland, in Vorbereitung war, die dann auch gegen Ende des Erbfolgekrieges und später in dem ihn fortsetzenden Siebenjährigen Kriege zu einem Eintritt der Zarin Elisabeth in die Koalition gegen Preussen führte. Wie hoffnungslos es für Polen gewesen wäre, sich ebenfalls diesem Bunde anzuschliessen, geht aus der schliesslichen Rückkehr Russlands zu einer Preussen freundlichen Politik hervor, die nach Elisabeth's Tode Friedrich den Grossen rettete und die im Jahre 1764, kaum ein Jahr nach dem Ende seines langen Krieges gegen Österreich, zu seinem gegen Polen gerichteten Bündnis mit Katharina II führte.

Dass diese, wie Peter der Grosse, am liebsten ganz Polen von Russland abhängig gemacht hätte und dass es Friedrich II war, der sie zu einer anderen Lösung der für beide so wichtigen polnischen Frage bewog, braucht hier nicht erörtert zu werden. Hingegen ist es leider unumgänglich, die Verantwortung zu untersuchen, die Österreich schon bei der ersten Teilung Polens auf sich genommen hat, wobei sowohl die rechtliche und ethische Seite des Problems, die das tausendjährige gegenseitige Verhältnis getrübt hat, wie auch die österreichische Staatsraison berücksichtigt werden muss.

Um mit dieser letzteren zu beginnen, kann man ruhig sagen, dass Österreich, im Gegensatz zu den beiden anderen Teilungsmächten an der Zerstückelung Polens kein Interesse hatte. Handelte es sich doch um einen Nachbarn, mit dem es nie im Krieg und mehr als einmal verbündet gewesen war, und um den Erwerb von Gebieten, die es weder je beansprucht hatte, noch als eine wünschenswerte Ausdehnung seiner Grenzen betrachten konnte. Es war daher sowohl für König Stanisław August Poniatowski, der bald nach seiner Wahl an Österreich wie an

Frankreich Anschluss suchte, wie auch für seine Gegner, die Konföderierten von Bar, die von denselben Mächten eine Unterstützung gegen Russland erhofften, eine schmerzliche Überraschung, als gerade österreichische Truppen als erste in Polen einmarschierten und weit über die natürliche Karpathengrenze hinaus bis zu den Toren Krakaus und nach Lemberg vorrückten. Der neueste amerikanische Historiker der ersten Teilung Polens⁶³⁾ geht wohl zu weit, wenn er vom „Löwenanteil“ Österreichs spricht — war doch der russische Anteil ausgedehnter, der preussische wertvoller — und wenn er, was die deutschen Mächte betrifft, Österreichs Verantwortung für grösser hält, als die Friedrichs des Grossen. Aber es befremdet ihn mit Recht, dass sogar Maria Theresia sich schliesslich entschloss, eher gegen das katholische Polen vorzugehen als gegen die Türkei.

Es wird nämlich häufig betont, dass Österreich damals vor zwei verschiedenen Teilungsproblemen stand: nicht nur dem polnischen, sondern auch dem türkischen, und dies führt zugleich zur moralischen Beurteilung der ganzen Frage. Ohne dabei an 1683 zurück zu denken, was — um mit Anastasius Grün zu sprechen⁶⁴⁾ — „schon lange her war“, und ohne entscheiden zu wollen, ob neunzig Jahre später wirklich entweder Polen oder das osmanische Reich geteilt werden mussten, kann man wohl sagen, dass Österreich gewiss bessere Gründe gehabt hätte, an einer Aufteilung der europäischen Eroberungen des letzteren teilzunehmen, mit dem es im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts drei Kriege führen musste, ohne im zweiten und dritten — vor und nach der ersten Teilung Polens — die wertvollen Erwerbungen des ersten wiederzugewinnen. Allerdings hatte sich Österreich kurz vorher zeitweilig mit der Türkei verbündet, aber um gemeinsam mit ihr, die schon mit Russland im Kriege stand, die Unabhängigkeit Polens zu schützen; es zögerte auch nicht, gleich nach Einverleibung Galiziens die Abtretung der bisher unter dem Sultan stehenden Bukowina zu fordern.

Die moralischen Zweifel, welche Maria Theresia bei allen diesen Kombinationen hatte, darf man nicht mit dem zynischen Preussenkönig verspotten. Im Gegenteil, sie machen der Kaiserin Ehre, wenn sie auch leider gerade in der polnischen Frage denen nachgab, die weniger hochgesinnt waren. Dass es sich vorläufig nur um Gebietsverluste Polens handelte, die es noch in verhältnismässig weiten, wenn auch schwer haltbaren Grenzen

bestehen liessen, sollte den Historiker nicht übersehen lassen, dass der Präzedenzfall von 1772 die Nachbarn des unglücklichen Landes in der Überzeugung bestärkte, dass sich jederzeit ihre gemeinsame Übermacht ungestört ausnützen liess, um weitere Forderungen zu stellen. Die zweite, entscheidende Teilung Polens nach nicht viel mehr als zwanzig Jahren war umso unverantwortlicher als sie mitten in der inneren Wiedergeburt der Nation durchgeführt wurde, und nicht nach inneren Wirren wie die erste; sie war aber doch durch eben diese bedingt und vorbereitet worden.

Kaiserin Maria Theresia dat dies glücklicherweise nicht mehr erlebt. Aber obwohl auch Leopold II schon im Jahre vor der zweiten Teilung Polens vorzeitig starb, hat die Haltung dieses hervorragenden Kaisers, der in so mancher Beziehung die Fehler seines wohl überschätzten Vorgängers gutmachte, und der als einziger Monarch die konstitutionellen Reformen in Polen aufrichtig und wohlmeinend begrüßte, unzweifelhaft dazu beigetragen, das diesmal der neue Gewaltakt Russlands und Preussens, vor dem Österreich nachdrücklich gewarnt hatte, ohne dessen Beteiligung geplant und durchgeführt wurde. Auch diesmal hing das Schicksal Polens mit dem der Türkei zusammen, hatte es doch die Gelegenheit eines neuen russisch-türkischen Krieges benützt, um sich die fortschrittliche Verfassung vom 3. Mai 1791 zu geben und diplomatischen Anschluss an den Westen zu suchen. Wieder aber glaubte man — diesmal war es der englische Staatsmann Pitt der Jüngere —, es wäre für das sogenannte europäische Gleichgewicht wichtiger, die Integrität der Türkei zu schützen, als die Polens, wobei Katharina als „*constans invicta*“⁶⁵) hervorging und es sich nochmals zeigte, dass nicht die Polen den Untergang ihres Staates verschuldeten, sondern falsche Berechnungen der internationalen Realpolitik. Dass Preussen sein 1790 mit Polen geschlossenes Bündnis brach und wieder einmal mit der Zarin gemeinsame Sache machte, war viel weniger dadurch bedingt, dass es sich einstweilen in der Reichenbacher Konvention noch zur Zeit Leopolds II mit Österreich verständigt und sein vorübergehendes Interesse an einer Unterstützung Polens verloren hatte, sondern ganz einfach durch die Feststellung, dass niemand ernstlich daran dachte, sich Russland zu widersetzen.

Die verschiedene Rolle der drei Nachbarmächte zur Zeit der zweiten Teilung Polens erklärt es, dass der Freiheitskampf unter Kościuszkó im darauf folgenden Jahre 1794, obwohl in

erster Linie gegen Russland gerichtet, auch zu einem preussisch-polnischen Kriege wurde, während alles vermieden wurde, was Österreich hätte herausfordern können, von dem man eine weitere Zurückhaltung erhoffte.⁶⁶⁾ Dass trotzdem auch von dieser Seite nur neue Ansprüche kamen, ehe noch die zwei unversöhnlichen Gegner Polens nach Niederwerfung des Aufstandes zur dritten Teilung schritten, dafür war weniger der neue Kaiser Franz II, als sein Minister Thugut verantwortlich. Da diesmal nicht einmal ein polnischer Rumpfstaat weiterbestehen sollte, konnte es allerdings scheinen, Österreich dürfe die Teilungsmächte von 1793 jetzt, im Jahre 1795, nicht zu stark werden lassen, sondern müsse für sich eine entsprechende Entschädigung verlangen. Seine territorialen Forderungen, die den andern zwei phantastisch schienen, wurden schliesslich beschränkt, aber führten doch zu einer Ausdehnung seiner Grenzen beinahe bis Warschau und zum Randgebiet des Grössfürstentums Litauen, die auf die Dauer unhaltbar war, obwohl das zu Galizien im Norden hinzugefügte, rein künstliche Dreieck gegen jede historische und geographische Logik als „Westgalizien“ bezeichnet wurde.⁶⁷⁾

Allerdings waren alle Teilungsgrenzen gleich willkürlich, und doch glaubte man zwei Jahre später sie für immer festlegen zu können, indem sich alle drei Mächte gegenseitig verpflichteten, den Namen Polens niemals wiedererscheinen zu lassen. Von Seiten Österreichs konnte dies leicht versprochen werden, da es kaum möglich gewesen wäre, seine Erwerbungen in der ersten und dritten Teilung, obwohl sie die einstige Hauptstadt Krakau umfassten, als „Polen“ zu bezeichnen. Dies ist aber nur ein weiterer Beweis, wie wenig diese angebliche Lösung der polnischen Frage, ganz abgesehen von Recht und Billigkeit, den österreichischen Interessen entsprach. Machte sie doch die einst vom Hause Habsburg geplante Vereinigung des historischen polnischen Königreiches mit seinen anderen Königreichen und Ländern ganz unmöglich. Das neue, „Königreich Galizien und Lodomerien“ genannte Kronland war zwar gross genug um die Monarchie nebst ihren ohnehin nur zu zahlreichen Nationalitätenfragen noch durch eine innerhalb ihrer Grenzen unlösbare polnische und bald auch eine ruthenische Frage dauernd zu belasten; es war aber keine Entschädigung dafür, dass nunmehr Österreich statt dem ungefährlichen Polen ein territorial verdoppeltes Preussen und zum ersten Mal in seiner Geschichte auch Russland zum Nachbarn hatte, das zu seinem

ständigen Rivalen bei der nur aufgeschobenen Aufteilung der europäischen Türkei werden sollte.

*Der zweite Wiener Kongress und die polnischen
Freiheitskämpfe*

Die durch die dritte Teilung Polens geschaffenen Grenzen, die ewig dauern sollten, wurden schon nach wenigen Jahren zweimal geändert und der Name des Königreichs Polen, der für immer verschwinden sollte, wurde schon nach zwei Jahrzehnten aufgefrischt. Es war dies bekanntlich eine Folge des Eingreifens Napoleons, der alle drei Teilungsmächte, darunter auch Österreich, bedrohte, von den Polen hingegen als Befreier begrüßt wurde. Obwohl im Jahre 1809 Österreicher und Polen zum ersten und einzigen Mal einander bekämpften, würde es zu weit führen, hier in die gründlich erforschte Geschichte der napoleonischen Kriege einzugehen.⁶⁸⁾ Umso notwendiger ist es aber, den Wiener Kongress von 1814-1815 näher zu besprechen, nicht nur der eingangs betonten Aktualitätsgründe wegen, sondern weil dort die wieder auftauchende polnische Frage unter starker Beteiligung Metternich's mit mehr Zeitaufwand und gefährlicherer Spannung behandelt wurde als irgend eine andere, wobei das Ergebnis nichts anderes als eine vierte Teilung war.

Es ist kein Zufall, dass die bekanntesten Bücher über den zweiten, vom ersten grundverschiedenen Wiener Kongress im Zusammenhange mit den Friedensverhandlungen nach dem ersten und zweiten Weltkriege und mit den Bemühungen, dem gegenwärtigen „kalten“ Kriege ein Ende zu machen, geschrieben worden sind.⁶⁹⁾ Die polnische Frage ist jedenfalls bei allen diesen Gelegenheiten wieder erschienen, zwar in verschiedenen Formen, aber jedesmal nicht ohne Zusammenhang mit der österreichischen, ob dieser nun in einem Gegensatz oder einem Parallelismus bestand. Weder die Österreicher noch die Polen konnten aber ein entscheidendes Wort sprechen.

1815 konnte es scheinen, gerade Österreichs Stimme würde in Wien massgebend sein, während diejenige Polens sich offiziell überhaupt nicht hören lassen konnte. In Wirklichkeit aber wurde damals, wie so oft, das Schicksal der Polen durch Russland entschieden, und zwar auf eine Weise, die hundertdreissig Jahre später in Jalta überraschende Analogien finden sollte, allerdings mit dem Unterschiede, dass auf dem Wiener Kongress ein

Aufstand von 1830-1831, wenn auch von der Wahl eines österreichischen Erzherzogs oder des Herzogs von Reichstadt an Stelle der abgesetzten Romanows die Rede war, in der Überzeugung, die er mit der preussischen Regierung teilte, die Polen seien die gefährlichsten Revolutionäre, eine ständige Bedrohung der 1815 geschaffenen europäischen Ordnung.⁷²⁾

Er hatte wohl Recht, dass sie diese bloss anscheinende oberflächliche Ordnung nicht anerkannten und durch eine gerechtere zu ersetzen trachteten, ob es sich nun um jene von ihnen handelte, die wirklich bereit waren, mit den revolutionären Bewegungen aller Länder gemeinsame Sache zu machen, oder um die ebenfalls ganz Europa umfassende diplomatische Aktion, die Fürst Czartoryski, der „ungekrönte König“ jagellonischen Geblüts, dreissig Jahre lang von Paris aus leitete, nachdem er von Russland gründlich enttäuscht, zu dessen entschiedenem Gegner geworden war. Als solcher dachte er nicht daran gegen Österreich, das er immer wieder zu gewinnen hoffte, irgend etwas zu unternehmen, und wenn er den russischen Einfluss unter den Balkanslaven bekämpfte,⁷³⁾ so konnte sich dies gerade zu Österreichs Gunsten auswirken. Aber auch die radikale Linke der polnischen Emigration, die auf keine der Monarchien rechnete, betrachtete die russische als den grössten Feind, gegen den sie aussichtslose Verschwörungen vorbereitete.

Dies änderte sich erst, als unter dem Eindruck der heranahenden revolutionären Krise in fast ganz Europa, aber ohne deren tatsächlichen Ausbruch abzuwarten, die polnischen Radikalen sich zum Versuche eines gleichzeitigen Aufstandes gegen alle drei Teilungsmächte entschlossen, der anfangs 1846 ausbrechen und von dem noch freien Krakau ausgehen sollte. Da von dort aus Galizien am leichtesten in diese Bewegung hineingezogen werden konnte, ist es begreiflich, dass Österreich sie im Keime ersticken wollte, wie dies schon in Preussen geschehen war; aber das Mittel, welches angewendet wurde, ist wohl die dunkelste Seite in der Geschichte der österreichisch-polnischen Beziehungen. Den polnischen Bauern des westlichen Galizien wurde eingeredet, es drohe ihnen die Wiedereinführung der Leibeigenschaft, und nahegelegt, gegen entsprechende Belohnung über die Gutsbesitzer herzufallen und so den Aufstand der „Szlachta“ zu verhindern, was auch in den tragischen Februartagen geschah. Dass der Kaiser, dessen Namen missbraucht wurde, ja sogar Metternich dafür nicht verantwortlich

gemacht werden können und dass nachher gewaltsam die Ruhe wiederhergestellt wurde, ändert nichts an der Tatsache, dass übereifrige und gewissenlose Lokalbehörden zu Greuelthaten aufreizten, denen viele Hunderte von teilweise an den Aufstandsplänen gar nicht beteiligten Polen zum Opfer fielen und die heute der marxistischen Geschichtsschreibung als Schulbeispiel eines unvermeidlichen Klassenkampfes dienen.⁷⁴⁾

Dass gleichzeitig die Republik Krakau von Österreich annektiert wurde, war ein weiterer Schlag gegen die Polen, die damals nicht voraussehen konnten, dass zwei Jahrzehnte später die Zugehörigkeit ihres traditionellen Kulturzentrums zu einer umgestalteten Habsburgermonarchie ihnen zum Vorteil gereichen sollte. Für eine solche Umgestaltung setzten sie sich noch in den Revolutionsjahren 1848 und 1849 vergebens ein, aber diesmal gemeinsam mit den anderen Völkern des Donauraumes, wobei sie nicht minder vergebens versuchten, sowohl ihrem eigenen Gegensatz zu den Ruthenen Ostgaliziens, der der Zentralregierung nur zu gelegen kam, wie auch dem viel tieferen zwischen den Magyaren und den anderen Völkern des historischen Ungarn durch eine Verständigung in gemeinsamer Freiheitsbewegung ein Ende zu machen.⁷⁵⁾ Die hervorragende polnische Beteiligung an den Ereignissen in Ungarn, die zu der von Österreich in kurzsichtiger Weise benützten, russischen Intervention beitrug, darf nicht übersehen lassen, dass sich derselbe polnische General Bem auch für die Wiener einsetzte und dass polnische Politiker wie Franz Smolka, der Vater des grossen Historikers Stanislaus, an den Reformplänen des Kremsierer Reichstags einen für Österreichs Zukunft wichtigen Anteil nahmen.

Schon damals war es, wie auf dem Prager Slavenkongress einige Monate früher, ihr mit den Vertretern der anderen Nationalitäten des Kaiserstaates gemeinsam verfolgtes Ziel, ihn zu einer Föderation gleichberechtigter Völker zu machen, was auch für einen beträchtlichen Teil des polnischen eine entschiedene Besserung seiner Lage, wenn auch keine Lösung der gesamten polnischen Frage bedeutete. Der erste Schritt hiezu: die Autonomie Galiziens, die während des „Völkerfrühlings“ nahe schien und auch im Jahrzehnt der darauffolgenden Reaktion gewisse, wenn auch sehr bescheidene Fortschritte machte, sollte sich erst nach einem neuen blutigen Freiheitskampfe, der aber ausschliesslich gegen Russland gerichtet und wieder vergebens war, auf hoffnungsvolle Weise verwirklichen.

In der tausendjährigen Geschichte Österreichs nimmt die ungewöhnlich lange Regierungszeit Kaiser Franz Josef I, seine Ära, wie man sich manchmal ausdrückt, einen Ehrenplatz ein. Wäre auf sein sechzigjähriges Herrscherjubiläum, das 1908 in froher Stimmung gefeiert wurde, nicht eine achtjährige Krisenzeit gefolgt, so dass der greise Monarch ein hoffnungsloses Erbe zurückliess, könnte seine Ära wohl mit der Königin Victoria's in der Geschichte Englands verglichen werden. Bedeutsam für alle seine Völker, war es die Entwicklung seiner Persönlichkeit und Regierungsmethoden ganz besonders für die Polen. Keinem anderen fremden Beherrscher eines Teiles ihres schon damals ebenfalls beinahe tausendjährigen Vaterlandes konnten am kritischen Wendepunkte des Jahres 1866 führende Polen, in der Hoffnung Österreich werde gleichsam die Mission des Polens der Jagellonen übernehmen, freiwillig und aufrichtig erklären: „Bei dir stehen wir und wollen wir stehen“. Und kürzlich konnte der beste Kenner der Geschichte des geteilten Polen ⁷⁶⁾ von Franz Josef I sagen, dass in den kritischen Jahren seines Greisenalters kein nichtpolnischer Staatsmann Europas so ernstlich an Polens Wiederaufbau im Falle eines Krieges und an die tätige Beteiligung der Polen an dem Kriege dachte, wie er allein, obwohl er es nicht immer sagen konnte und wollte.

Beim Regierungsantritt Franz Josefs war dies alles ebenso schwer vorauszusehen, wie die Wandlung in seinen Beziehungen zu Ungarn. In Galizien war die Erinnerung an die traurigen Ereignisse von 1846 noch lebendig und erst wenige Monate waren verflossen, seitdem österreichische Artillerie Krakau und Lemberg bombardiert hatte. Aber nachdem schon 1848 zum ersten Mal ein polnischer Edelmann, Wacław Zaleski — der Grossvater eines der wohlverdienten Finanzminister Österreichs an Franz Josefs Lebensabend — vorübergehend Gouverneur von Galizien geworden war, nahm sogar während des Bach'schen Regimes Graf Agenor Goluchowski — der Vater des gleichnamigen Aussenministers der Doppelmonarchie an der Jahrhundertwende — diese führende Stellung in seinem Heimatlande ein. Und es war dieser Pole, den der Kaiser 1859 mit der Aufgabe betraute, als Staatsminister die innere Umgestaltung der noch einheitlichen Monarchie durchzuführen.

Das Oktoberdiplom des folgenden Jahres wird ebenso unter-

schätzt wie Gołuchowski's Anteil an seiner Ausarbeitung⁷⁷⁾; obwohl es aber nur für ein paar Monate ins Leben kam, war es doch der Ausgangspunkt der grossen Reformen, auf die die Österreicher noch heute mit Recht stolz sind. Allerdings gingen weder das Februarpatent von 1861 noch die Staatsgrundgesetze von 1867 so weit in der Richtung des Föderalismus, wie es Gołuchowski und die Polen Galiziens, wohin er als Statthalter zurückkehrte, gewünscht hatten. Und trotz der guten Beziehungen zu den Ungarn welche sie dauernd pflegten — anders als die übrigen Slaven der Monarchie — war auch den Polen der Dualismus des letzteren Jahres eher ungünstig. Aber gleich in den ersten Sechzigerjahren hatten sich aussenpolitische Ereignisse abgespielt, die für die Beziehungen zwischen Österreich und der polnischen Gesamtnation ausschlaggebend waren und die Bedeutung Galiziens für das Schicksal dieser Nation rasch anwachsen liessen.

Die Hoffnungen des alten Czartoryski, ein Jahr vor seinem Tode, dass Franz Josef I sich mit Napoleon III aussöhnen und beide Kaiser ein unabhängiges Polen unter einem Habsburger oder etwa einem britischen Prinzen wiederherstellen würden,⁷⁸⁾ konnten sich allerdings nicht verwirklichen. Im Gegenteil, noch im selben Jahre 1860 nahm der noch junge Kaiser von Österreich an einer Konferenz der drei Teilungsmächte in Warschau statt. Aber noch trügerischer erwies sich die Hoffnung des Marquis Wielopolski, dass Zar Alexander II, der sie dort empfing, eine russisch-polnische Aussöhnung möglich machen würde. Während in Österreich die Zusammenarbeit eines polnischen Staatsmannes mit dem Kaiser die Autonomie Galiziens zum Vorteil aller Polen auf dauernden Grundlagen aufbauen half, führte der gleichzeitige, ähnliche Versuch seines Landsmannes und Standesgenossen im sogenannten Kongresspolen trotz vorübergehender Konzessionen des Zaren, die niemand befriedigen konnten, zu einem verzweifelten Aufstand gegen die Russenherrschaft im Januar 1863, der länger dauerte als der Novemberaufstand von 1830.

Erst vor kurzem hat seine Jahrhundertfeier durch die damit verbundenen Forschungsarbeiten⁷⁹⁾ nachgewiesen, dass er nicht so aussichtslos war, als es scheinen könnte. Diesmal erweckte nämlich der polnische Freiheitskampf gerade durch seine rücksichtslose Unterdrückung eine fast allgemeine Sympathie in Europa, die durch Preussens Stellungnahme auf russischer Seite nur anwuchs. Besonders bemerkenswert war es, dass

Österreich, also eine der gewöhnlich solidarischen Teilungsmächte, ebenso wie Frankreich und England, wenn auch in einer eigenen, nicht identischen Note, in Petersburg für die Polen eintrat und wenigstens die Wahrung der ihnen durch den Wiener Kongress von 1815 garantierten Rechte verlangte. Und auf Österreich rechnete nunmehr auch Napoleon III, als er nicht nur die europäischen Mächte zu einem neuen Kongress einlud, der die polnische Frage auf seiner Tagesordnung gehabt hätte, sondern sogar an einen Koalitionskrieg gegen Russland dachte.

Wie ein Jahrzehnt vorher, als zum Schutze der Türkei der Krimkrieg ausbrach, war die Stellung Österreichs, das jetzt, als es sich vor allem um Polen handelte, in Paris durch einen Sohn des berühmten Metternich vertreten war, von entscheidender Bedeutung. Franz Josef I, der zur Zeit jenes früheren Auftretens der Westmächte gegen Russland dieses durch seine „Undankbarkeit“ für die Hilfe im Jahre 1849 enttäuschte, ja sogar bereit schien sich für die Wiederherstellung Polens einzusetzen,⁸⁰⁾ und den 1863 Papst Pius IX zur Hilfe für das katholische Polen aufrief, hätte auch diesmal gern der durch die Teilung Polens geschaffenen, Österreich ständig bedrohenden Lage ein Ende gemacht, wenn es wieder möglich gewesen wäre, auf Russland einen wirksamen Druck auszuüben, ohne Österreich in einen Krieg zu verwickeln, der zum Verlust Galiziens und zur Stärkung Frankreichs zu führen schien.

Sein Zögern war wohl begreiflich, umsomehr als auch Napoleon III eine schwankende Haltung einnahm, bis die polnischen Aufständischen allmählich verbluteten. Weniger begreiflich ist es aber, dass 1864 Österreich, welches im Vorjahre einem nicht in seinem eigenen Interesse liegenden Krieg auswich, sich in einen solchen hineinziehen liess, der ausschliesslich im Interesse Preussens lag. Der „Dank“ des Verbündeten liess nicht lange auf sich warten: er kam schon 1866 in der Schlacht von Königgrätz, die für die Habsburger-Monarchie eine noch empfindlichere Niederlage bedeutete als 1859 die von Solferino, und den Rest der italienischen Erwerbungen aus der Zeit des Wiener Kongresses verloren gehen liess.

Dafür hatte aber die gleichzeitige vollkommene Ausschaltung Österreichs aus dem auf jenem Kongress an Stelle des einstigen römisch-deutschen Reiches geschaffenen Deutschen Bundes, trotz der anscheinenden Demütigung, für das Haus Habsburg und seine vielsprachige Monarchie die denkbar günstigsten Folgen.

Sie machte der zwiespaltigen und doppeldeutigen Situation ein Ende, in der ein beträchtlicher Teil Österreichs zu einem Staatswesen gehörte, wo die alte Rivalität zwischen Habsburgern und Hohenzollern immer mehr den letzteren zu Gute kam, und das der nichtdeutschen Mehrheit der Donaumonarchie wesensfremd blieb. Jetzt erst konnte sie ihre eigenen Wege gehen, im Sinne einer historischen Mission, von der die besten Österreicher jahrhundertlang geträumt hatten, und zugleich die konstitutionellen Reformen durchführen, die die Gegenwart erforderte und die verschiedenen Nationalitäten erwarteten.

Von diesen nahmen nunmehr die Polen in der österreichischen Reichshälfte der 1867 geschaffenen Doppelmonarchie eine besonders bemerkenswerte Stellung ein. Zu einer Zeit, wo ihre Volksgenossen unter russischer und preussischer Herrschaft einer immer empfindlicheren Unterdrückung ausgesetzt waren, übernahmen sie die Verwaltung des grössten der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, konnten in diesem Wiener Reichsrat ihren Einfluss geltend machen und in der Zentralregierung die höchsten Ämter bekleiden, das des Ministerpräsidenten nicht ausgenommen. Dass ihnen die Rechte ihrer slavischen Stammesbrüder nicht gleichgültig waren, bewies als Ministerpräsident Graf Kasimir Badeni. Aber ihre traurigen Erfahrungen mit Russland bewahrten sie vor einem Panславismus, der auch ihre Beziehungen zu Ungarn getrübt und ihre Beteiligung an der Aussenpolitik des Gesamtstaates erschwert hätte. Allerdings entsprach weder das immer engere Bündnis mit dem neuen, unter preussischer Führung stehenden Deutschen Kaiserreich, noch der kurzlebige, auch Russland umfassende Dreikaiserbund, ihren Wünschen, übrigens auch nicht den wahren Interessen der Habsburgermonarchie. Die Notwendigkeit, die Rolle eines „glänzenden Sekundanten“ Deutschlands zu spielen und eine „schwankende Freundschaft“ mit Russland zu erhalten,⁸¹⁾ machten es dem jüngeren Agenor Goluchowski nicht leicht, seine Aufgaben als gemeinsamer Minister des Äusseren Österreich-Ungarns zu erfüllen. Aber weder enttäuschte er das Vertrauen Kaiser Franz Josefs, als er eine für den Bestand der Monarchie dringend nötige Friedenspolitik führte, noch verhinderte diese Politik die Entwicklung Galiziens zu einem sprichwörtlichen „Piemont“ Polens für den Fall, dass diese Politik versagen sollte.

In kultureller Beziehung spielte Galizien diese Rolle während der ganzen fünfzig Jahre vor dem ersten Weltkriege. Es möge

hier genügen, daran zu erinnern, dass dieses halbe Jahrhundert in der Geschichte der vor kurzem gefeierten Krakauer Universität eine Blütezeit bedeutete, in der sie hervorragende Lehrkräfte und zahllose Studenten aus allen Teilen Polens heranziehen konnte.⁸²⁾ Dasselbe kann von der gleichzeitig wieder polnisch gewordenen Universität in der Landeshauptstadt Lemberg gesagt werden. Dass dort, wie überhaupt in Ostgalizien die schwierige Frage des Verhältnisses zur der ruthenischen Bevölkerung keine befriedigende Lösung fand, ist leider ebensogut bekannt. Trotz des polnischen Übergewichtes war aber auch für diese, die nun in Österreich wie in Russland, wo ihre grosse Mehrheit wohnte, den Namen Ukrainer annahmen, Galizien ein kulturelles und bald auch politisches „Piemont“, wo sie sich im Gegensatze zu den Verhältnissen unter der Zarenherrschaft frei entwickeln konnten.

Im polnisch-ukrainischen Konflikt, wie in allen anderen, nur zu zahlreichen Streitfragen zwischen den Nationalitäten der Monarchie, war Franz Josef I stets bemüht, eine unparteiische Stellung einzunehmen, wenn auch von weniger massgebender Seite die Ukrainer in Wien als „Tiroler des Nordens“ betrachtet wurden, die gegen die Polen unterstützt werden sollten. Diese Frage war übrigens keineswegs die einzige, welche trotz der besten Absichten des alten Kaisers die österreichisch-polnischen Beziehungen erschwerte, als der Krieg ausbrach, der bald nach seinem Tode dem übernationalen Staate der Habsburger ein Ende machen sollte.

Brest-Litowsk, Versailles, Saint-Germain, Riga

Gleichzeitig mit dem Zweikaiserakt vom 5. November 1916, der einen „selbstständigen“ polnischen Staat „im Anschluss an die beiden verbündeten Mächte“ proklamierte, wobei die Frage seiner Grenzen offen gelassen wurde, aber klar war, dass er sich auf bisher russische Gebiete beschränken würde, erschien die Verordnung Franz Josefs I, die Galizien eine „Sonderstellung“ versprach. Sie kann als Abschiedsgruss des einem nahen Tode entgegengehenden Monarchen an die eine Wiedergeburt ihres Vaterlandes erwartenden Polen betrachtet werden, aber auch als ein Verzicht auf die sogenannte „austro-polnische Lösung“ der polnischen Frage, zu der der Kaiser von Österreich schon vom Anfange des Krieges an ernstlich geneigt gewesen war.⁸³⁾ Diese Lösung, die im Falle eines Sieges der Zentral-

mächte die Vereinigung Galiziens und Russisch-Polens in einem Königreich unter einem Habsburger voraussah, wäre für Österreich und sein Kaiserhaus die günstigste gewesen und wurde auch von vielen Polen als die in diesem Falle bestmögliche angesehen, wobei Erzherzog Karl Stefan, der in polnischen Landen begütert war und zwei Töchter an polnische Fürsten verheiratet hatte, der beliebteste Thronkandidat war. Aber der deutsche Verbündete lehnte jede solche Lösung entschieden ab, was den alten Kaiser mehr enttäuschte als die meisten Österreicher, die sich nicht besonders dafür interessierten und ebenso wie die sonst polenfreundlichen Ungarn konstitutionelle Schwierigkeiten sahen.⁸¹⁾

Und doch schien diese Lösung noch in letzter Stunde Aussichten zu haben, als polnische Politiker ernstlich daran dachten, Kaiser Karl I zum König von Polen auszurufen und die mit ihm in geheimen Verhandlungen stehenden Westmächte sich einer österreichisch-polnischen Union überraschend günstig zeigten. Das war aber noch vor den Friedensverträgen von Brest-Litowsk, wo in dem vom österreichischen Standpunkt aus an und für sich angezeigten Separatfrieden mit dem im Entstehen begriffenen ukrainischen Staate ein für die österreichisch-polnischen Beziehungen verhängnisvoller Fehler gemacht wurde. Während nämlich die Grenzen dieses Staates im übrigen ganz unbestimmt blieben, wurde die strittige Frage der Grenze zwischen der Ukraine und Polen, dessen Vertreter trotz der Bemühungen des Ministerpräsidenten Kucharzewski zu den Verhandlungen gar nicht zugelassen wurden,⁸⁵⁾ bis ins kleinste zu Ungunsten Polens festgelegt, ja sogar im geheimen eine Teilung Galiziens in Aussicht gestellt. Für dies war der den Polen unfreundliche und überhaupt eine verhängnisvolle Rolle spielende Aussenminister Graf Czernin verantwortlich, und nicht der junge Kaiser, dem aber der einstige Aussenminister seines Vorgängers, Graf Goluchowski, den Protest der bisher dem Hause Habsburg am nächsten stehenden Polen überreichte.

Der Zusammenbruch der Zentralmächte, in den das bis zum bitteren Ende Schulter an Schulter mit Deutschland kämpfende Österreich-Ungarn mitgerissen wurde, hatte für dieses weit schwerere Folgen als für das verbündete Reich. Ohne hier auf die Frage einzugehen, die an die Diskussionen über die Teilungen Polens erinnert, ob der Zerfall der Donaumonarchie, der noch vor der Friedenskonferenz eine vollzogene Tatsache war, innerpolitische oder aussenpolitische Ursachen hatte, sei nur

daran erinnert, dass die Loslösung Galiziens sich am leichtesten vollzog,⁸⁶⁾ auch von den Österreichern am leichtesten verschmerzt wurde und für die Polen eine Selbstverständlichkeit war, als sich ihr nie aufgegebener Traum von einem aus allen drei Teilungsgebieten wiedervereinigten, vollständig unabhängigen Staate endlich verwirklichte.

Der erste internationale Vertrag, der dies allgemein anerkannte und verbrieft und den die legitimen Vertreter eines freien Polens unterzeichnen konnten, war bekanntlich der Friedensvertrag von Versailles, und daher bedeutete und bedeutet er heute noch für alle Polen, trotz seiner Unzulänglichkeiten, noch viel mehr als den Wiedergewinn des Grossteiles von Preussisch-Polen und einen, wenn auch nicht allzusicheren Zugang zum Meere, was ohne den Sieg der Westmächte nicht möglich gewesen wäre. Die Wege Polens und Österreichs gingen nunmehr für längere Zeit auseinander, nicht weil der bald darauf abgeschlossene Friedensvertrag von Saint-Germain für das erstere irgend eine positive Bedeutung gehabt hätte — entschied er doch nicht einmal das Schicksal Galiziens,⁸⁷⁾ sondern weil er nicht nur für das Kaiserhaus sondern auch für das österreichische Volk tief schmerzlich war, ehe sich ein Ausweg aus seiner anscheinend verzweifelten Lage fand und ehe die Sieger es einsahen, dass manche, beinahe mechanisch aus dem Versailler Vertrag übernommenen Bestimmungen nicht Österreich gegenüber angewendet zu werden hatten.

Im Lichte der tausendjährigen Geschichte Österreichs betrachtet, war der Ausgang des in so verhängnisvoller Weise heraufbeschworenen Krieges eigentlich, wie es ja sogar das neue Staatswappen symbolisierte, eine Rückkehr vom Österreich der Habsburger zu dem der Babenberger. Der Hauptunterschied, der das Verhältnis zu Deutschland betraf und der ebenfalls unliebsam empfunden wurde, weil ihn ein von Aussen kommendes Verbot festlegte, war eigentlich für Österreich günstig, da er an uralte Traditionen einer selbstständigen Sendung anknüpfte und friedliche Zukunftsmöglichkeiten erschloss. Der Vergleich mit der völkerverbindenden Schweiz lag von Anfang an nahe, ebenso wie der Gedanke einer allmählichen Besserung des Verhältnisses zu den anderen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, obwohl die notwendige Zeit mangelte, um ihn zu einer Donauföderation ausreifen zu lassen.

Diese Erwägungen legen einen Vergleich mit den gleichzeitigen Schicksalen Polens nahe, der sich nicht auf den Kontrast

zwischen der angeblichen Schöpfung von Versailles und dem anfänglichen Opfer von Saint-Germain beschränken darf. Denn auch das neue Polen erstand nicht in den Grenzen seiner Grossmachtzeit und musste auf ältere Traditionen seines Millenniums zurückgreifen. Es war auch seine Freude inmitten einer nationalen Wiedergeburt keineswegs ungetrübt, sondern mit Sorgen belastet, die sich noch ärger zeigen sollten, als die des neuen Österreich.

Vergebens träumte Pilsudski, der vom Anfang des Krieges an mit Recht auf eine vollständige Unabhängigkeit der vereinigten Teilungsgebiete hoffte und deshalb seine Legionen auf Seiten der ungefährlichsten Teilungsmacht kämpfen liess, dass zugleich das überationale Polen der Jagellonen wiedererstehen würde, diesmal als eine wahrhaft republikanische Gemeinschaft von Polen, Litauern, Weissruthenen und Ukrainern.⁸⁸⁾ Statt dessen musste das befreite Polen, dessen Grenzen auf der Friedenskonferenz nur im Westen bestimmt wurden, noch ehe die sogar dort vorausgesehenen Plebiszite gehalten worden waren, sofort einen schweren, im Westen gründlich missverstandenen Krieg um seine Ostgrenze führen,⁸⁹⁾ der leider auch zu Konflikten mit den Brudervölkern führte, die mit dem alten Polen verbunden gewesen waren. Der wirkliche Gegner war aber, wie einst, Russland, wenn auch in einer neuen, dabei noch gefährlicheren Gestalt.

Sein bedrohliches Vorrücken nach dem Westen liess schon im Winter 1918-1919 die Polen ihrer Freiheit nicht froh werden, und inmitten wechselnden Kriegsglücks war diese kaum gewonnene Freiheit im Sommer 1920 so ernstlich bedroht, dass sogar nach glänzenden Siegen, die ganz Europa zugute kamen, ein Kompromissfrieden geschlossen werden musste. Erst der 1921 in Riga unterzeichnete Friedensvertrag mit den drei bald darauf in einer Union vereinten, benachbarten Sowjetrepubliken entschied die Frage der polnischen Ostgrenze, die eigentlich eine Rückkehr zu der von 1793 nach der zweiten Teilung bedeutete. Sie schloss zwar beträchtliche weissruthenische und besonders ukrainische Minderheiten ein, machte aber den Plänen einer föderativen Gesamtlösung ein Ende,⁹⁰⁾ und der ersehnte Besitz von Lemberg und Wilno, die im Laufe der Jahrhunderte bedeutende polnische Kulturzentren geworden waren, aber auch Streitobjekte zwischen den verschiedenen Nationalitäten blieben, hatte besonders im Verhältnis zum unabhängigen Litauen eine endlose Spannung zur Folge.

Alles in allem, hatte das wiedererstandene Polen mehr mit dem der Piasten vor der Union mit Litauen, als mit dem der Jagellonen und ihrer Nachfolger gemeinsam, so dass wie im Falle Österreichs gegen Ende des Millenniums Erinnerungen an seine Anfänge auflebten, wobei der Fall Polens eigentlich ein noch komplizierterer war. Wieder waren auch Österreich und Polen, wie in den ersten Jahrhunderten ihrer Geschichte, keine unmittelbaren Nachbarn. Die für das letztere so wichtigen Ostseefragen lagen dem ersteren jetzt ganz fern, und obwohl Polen, das teilweise ein Sukzessionsstaat der Donaumonarchie war, nicht aufhörte, sich für den Donaauraum zu interessieren, war seine Stellung in dessen Fragen eine sehr zurückhaltende. Die noch auf die habsburgische Zeit zurückgehende Teschener Streitfrage machte eine mehrmals versuchte Verständigung mit der Tschechoslovakei äusserst schwierig, ebenso wie das grundverschiedene Verhältnis der zwei slavischen Staaten zu Ungarn, wobei die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem nicht nur einen Beitritt Polens zur Kleinen Entente ausschlossen, sondern auch mit dem polnisch-rumänischen Bündnis schwer zu vereinbaren waren.⁹¹⁾

Andererseits war Polen, im Einvernehmen mit den Staaten der Kleinen Entente und im Bunde mit Frankreich, naturgemäss auf Seiten derer, die eine Revision der Nachkriegsgrenzen entschieden ablehnten, im Gegensatze zu Ungarn, das eine solche Revision als eine Lebensfrage betrachtete, und vor allem zu Deutschland. Dass auch Österreich eine Änderung seiner neuen Grenzen begrüsst hätte, ist selbstverständlich, aber diese in der gegebenen Situation aussichtslose Frage wurde von einer anderen, ebenfalls mit den Entscheidungen von Saint-Germain zusammenhängenden überschattet, der des sogenannten „Anschlusses“.

Der „Anschluss“ und die fünfte Teilung Polens

Das neue Polen wurde von seinen Gegnern oft als „Säsonstaat“ und das neue Österreich von Gegnern wie von Freunden nicht minder oft als „nicht lebensfähig“ bezeichnet. Der Fortschritt, den beide Staaten bald nach den ersten, besonders schwierigen Nachkriegsjahren zu machen begannen, strafte diese Behauptungen Lügen. Wahr war hingegen, dass sie beide, um sich normal weiterentwickeln zu können, in Frieden leben mussten; dies aber konnten sie nur, so lange es ihren Nachbarn gefiel.

In dieser Beziehung gab es allerdings einen doppelten Unterschied zwischen der Lage Polens und der Österreichs. Polen hatte wieder, wie nur zu oft in seiner Geschichte, zwei gefährliche Nachbarn, die sich nicht nur mit seinen Grenzen, sondern überhaupt mit seiner Existenz nicht abfinden wollten. Für das neue Österreich schien eine Gefahr von Seiten des wieder — wie vor den Teilungen Polens — weitentfernten Russland überhaupt nicht in Frage zu kommen, und der einzige Staat, der seine Unabhängigkeit in Frage stellte, war das befreundete, stammverwandte Deutschland und tat es anfangs auf eine Weise, die vielen Österreichern annehmbar scheinen konnte.

Nur scheinbar verschieden waren hingegen die Folgen der Machtergreifung durch Hitler für Polen einerseits und für Österreich andererseits, wobei eines uns heute besonders erstaunlich scheint, nämlich die gefährlichen Illusionen, die man sich wenigstens anfänglich in beiden bedrohten Ländern machte. Die Polen waren sich zwar wohl bewusst, wie sehr sich ihre Lage verschlimmerte, als sie sich von 1933 an zwischen zwei totalitären Mächten befanden, aber sie glaubten nunmehr wenigstens vor einer gleichzeitigen Bedrohung von beiden Seiten sicher zu sein, weil ja ihnen — und nicht nur ihnen — eine Verständigung zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus ausgeschlossen schien. Viel kurzsichtiger war es, dass manche Polen — und wieder nicht nur Polen⁹²⁾ — meinten, dass der aus Österreich stammende Hitler ihnen weniger feindlich sein würde als die preussischen Nachbarn und dass seine auf die Einverleibung Österreichs, also nach dem Süden gerichteten Pläne, ihm von Eroberungsplänen in östlicher Richtung ablenken würden. Gleichzeitig gab es auch Österreicher, die für eine Vereinigung mit dem Dritten Reich, die dank Hitler in greifbarer Nähe erschien, so eingenommen waren, dass sie glaubten, die österreichische Ostmark würde unter dem „Führer“ eine ähnliche Rolle spielen wie im Ersten Reich, sei es zur Zeit der Babenberger, sei es zu der der Habsburger, als diese noch römischdeutsche Kaiser waren.

Dass der „Anschluss“, ursprünglich als die Verwirklichung deutscher Einheit aufgefasst, 1938 das Verschwinden Österreichs und seines altherwürdigen Names bedeutete, das erfuhren gerade die heimatstreuen und teilweise auch noch im Grunde kaisertreuen Österreicher aufs schmerzlichste. Mussten sie doch, gemeinsam mit Bundeskanzler Schuschnigg, dem verge-

waltigten Nachfolger des grausam ermordeten Dollfuss, kaum weniger leiden als die Juden und — vor und nach der Zusammenarbeit Hitlers und Stalins — die unbedeutende Zahl der Kommunisten.

Die Zusammenarbeit der beiden Diktatoren, wenn sie auch keine aufrichtige und dauernde war, machte es möglich, dass Hitler, die Aufrollung der Ostfront im Süden beginnend, wo es am leichtesten war, nach der in zwei Etapen durchgeführten Liquidierung der Tschechoslovakei zu der noch gründlicheren, aber auch weit schwierigeren Vernichtung Polens schreiten konnte. Geradezu symbolisch war es und muss heute wohl im Zusammenhange mit den Universitätsfeiern besonders betont werden, dass die Okkupationspolitik im „General-Gouvernement“ — auch der Name Polens sollte ja wieder einmal, so wie der Österreichs, verschwinden — mit dem Martyrium der Jagellonischen Universität begann. Aber man darf auch von einer unerwarteten Schicksalsgemeinschaft Österreichs und Polens sprechen, allerdings wieder mit einem historisch und geographisch begründeten Unterschied. Da das Grossösterreich der Habsburger ohnehin schon aufgeteilt war, konnte der Unabhängigkeit des verhältnismässig kleinen und einheitlichen, rot-weissroten Österreich durch Einverleibung seiner Gesamtheit ins Dritte Reich ein Ende gemacht werden. Im Falle Polens schien anfänglich eine neue Teilung notwendig, was überhaupt seit den drei Präzedenzfällen des achtzehnten Jahrhunderts, für das Schicksal der Polen charakteristisch war.

Wenn man die Bestimmungen des Wiener Kongresses mitrechnet, erfolgte 1939 schon die fünfte Teilung Polens und ist es gerade im Zusammenhange mit den Geschicken Österreichs gewiss interessant, sie mit den vier vorhergehenden zu vergleichen. Wie bei den drei ersten handelte es sich um eine gemeinsame Initiative, die von Berlin und von St. Petersburg, beziehungsweise Moskau kam, wobei sich damals im ersten und dritten Falle auch Wien zu einer Beteiligung hatte verleiten lassen. Auch bei der vierten hatte Österreich, obwohl die Verhandlungen in Wien stattfanden, keine Initiative, sondern erlitt im Gegenteil Verluste, während St. Petersburg, von Berlin unterstützt, noch mehr gewann als vorher. Kaum weniger günstig war für seine Moskauer Erben die fünfte Teilung, da Stalin's Wunsch gemäss nicht einmal ein Rumpfstaat „Polen“ weiterbestehen sollte und er zwar schliesslich die Weichsellinie

aufgab, aber dafür zum ersten Mal Ostgalizien mit Lemberg tatsächlich unter russische Herrschaft brachte.⁹³⁾

Dass Österreich, das ja als solches ebenfalls zu bestehen aufgehört hatte, an diesem auch sein einstiges Kronland betreffenden Feilschen nicht beteiligt war, ist selbstverständlich; daraus folgt aber nicht, dass die Neuordnung im Weichselraum, die wieder einmal als endgültig bezeichnet wurde, jedoch nicht einmal zwei Jahre dauerte, für den Donaauraum, die Österreicher inbegriffen, keine Bedeutung gehabt hätte. Mussten doch viele von ihnen in dem durch die Verständigung der zwei Diktatoren entfachten Kriege mitkämpfen, im Septemberfeldzug gegen das sich verzweifelt wehrende Polen und nach dem Bruche zwischen den zwei Teilungsmächten gegen Russland, und war doch wie gewöhnlich, insbesondere auf dem Wiener Kongress, das Schicksal Polens mit dem von ganz Ostmitteleuropa verknüpft. Dieses sollte ja in seiner Gesamtheit, von Finnland bis zu den Balkanstaaten, in eine deutsche und eine russische Einflussphäre geteilt werden, was allerdings bei der Durchführung dieses auch für Österreich keineswegs gleichgültigen Planes auf solche Interessengegensätze stieß, dass nach den ergebnislosen Verhandlungen in Berlin im November 1940 der Angriff Hitlers gegen seinen Partner nur noch eine Frage von Monaten war und vorübergehend ganz Polen und ganz Ostmitteleuropa unter seine Herrschaft kamen, zwar nicht für ein Jahrtausend, wie er hoffte, aber immerhin für fast vier Jahre.

Während dieser zweiten Phase des zweiten Weltkrieges, die dank der Beteiligung Amerika's mit Hitler's Niederlage enden musste, dachten seine Gegner noch während des schweren Ringens an eine ganz andere Neuordnung im weiten Raume zwischen Deutschland und Russland, die auf der Befreiung aller dortigen Völker und der Wiederherstellung ihrer Staaten, vielleicht in föderativen Verbänden, beruhen sollte.⁹⁴⁾ Dies schien vor allem für Polen zu gelten, das sich als erstes Hitler widersetzt, an allen nur möglichen Fronten weitergekämpft und dafür am ärgsten gelitten hatte. Aber mit Recht betrachtete man auch Österreich nicht als einen Verbündeten des Feindes, sondern als sein erstes Opfer, das ebenfalls befreit und wiederhergestellt werden sollte. Beunruhigend war nur, dass zugleich mit der diesbezüglichen Erklärung der Moskauer Konferenz im Herbst 1943, Diskussionen begannen, welche die künftige Unabhängigkeit Polens in Frage stellten, obwohl es sich angeblich nur um seine Ostgrenze handelte.⁹⁵⁾ Es war

übrigens schlimm genug, dass diese auch nach dem Siege über Hitler mehr oder weniger der mit ihm von Stalin vereinbarten Teilungsgrenze von 1939 entsprechen sollte.

Ihren Höhepunkt erreichte die „polnische Tragödie“ in Jalta, wo 1945 die eigentliche Friedenskonferenz nach dem damals, im Februar, noch nicht beendeten, aber schon entschiedenen zweiten Weltkrieg stattfand. Diese sechste Teilung Polens kann eher als „jagellonisches Ende“ bezeichnet werden,⁹⁶⁾ für das aber die Polen nicht verantwortlich sind, denn als Rückkehr zum piastischen Anfang des polnischen Millenniums. Erhielt doch das seiner Osthälfte beraubte, sonst aber angeblich „befreite“ Polen weder seine volle Unabhängigkeit zurück, für die sich einst die Piasten so unerschütterlich eingesetzt hatten, noch die sofortige, rückhaltslose und allgemeine Anerkennung seiner Westgrenze aus der Zeit der ersten Piasten, die einzige wohlverdiente „Entschädigung“, die es ohnehin um zwanzig Prozent kleiner liess als vor dem Kriege. Ein Vergleich mit der Befreiung und Wiederherstellung Österreichs mag diesen Überblick über die österreichisch-polnischen Beziehungen beschliessen, die in den letzten zwanzig Jahren in eine neue Phase getreten sind.

Am Ausgang der zwei Millennien

Bevor noch die Feier des tausendjährigen Österreichs geplant wird und ein Jahr vor der des tausendjährigen Polens, kann gleichzeitig mit dem Historiker-Kongress in Wien und dem Jubiläum seiner Universität die Erinnerung an ein zeitgeschichtliches Ereignis gefeiert werden, das bloss zehn Jahre zurückliegt, ohne das aber Wiens gegenwärtige frohe Stimmung unmöglich gewesen wäre. Noch vor zwanzig Jahren waren Österreich und seine schwerkgeprüfte Hauptstadt von ihrer Befreiung nicht weniger enttäuscht als das wieder einmal geteilte Polen und das in Ruinen liegende, tragisch-heroische Warschau. Erst der Staatsvertrag vom denkwürdigen 15. Mai 1955 hat der Leidenszeit an der Donau ein geradezu überraschendes Ende gemacht, so dass ein vergleichendes Studium der ostmitteleuropäischen Staaten der Nachkriegszeit wenigstens die Österreich gewidmeten Seiten mit einem optimistischen Ausblick beenden kann.⁹⁷⁾ Wenn die Bundesrepublik auch klein geblieben ist, wie einst das Herzogtum der Babenberger, so hat sie doch wenigstens keine neuen Gebietsverlust erlitten, und wenn sie sich auch zu einer gewissenhaften Neutralität ver-

pflichten musste, so kann man sich fragen, ob eine Neutralitätspolitik nicht schon für das grosse Kaiserreich der Habsburger eine Rettung gewesen wäre.

Den „Blick gegen Osten“ im schönsten, geistigen Sinne hat sich übrigens Österreich schon in den ersten kritischen Nachkriegsjahren gewahrt. Unter diesem Titel hat damals der an die Wiener Universität berufene Heinrich Felix Schmid, dessen hier nochmals gedacht werden muss, eine Zeitschrift herausgegeben, die in den letzten Jahren in den „Österreichischen Ostheften“ der neugegründeten „Arbeitsgemeinschaft Ost“ eine Fortsetzung gefunden hat, und zwar im gleichen Sinne wissenschaftlicher Objektivität und aufrichtiger Bereitschaft zur kulturellen Zusammenarbeit nicht nur mit allen Nationen des einst von Österreich geleiteten Donaauraumes, sondern auch mit denen von ganz Ostmitteleuropa, Polen eingeschlossen.

Nach einer tausendjährigen Erfahrung kann man ruhig von einer Schicksalsgemeinschaft dieser Völker und Staaten sprechen, obwohl immer wieder, gerade auch in Bezug auf das jüngste Jahrzehnt, Verschiedenheiten ihrer zweitweiligen Geschicke festgestellt werden müssen. Ein letzter, doppelter Vergleich von Österreichs und Polens gegenwärtigen Schicksalen mag diesen scheinbaren Widerspruch aufklären. Während der österreichische Mai von 1955 alle Hoffnungen erfüllte, kann man das vom polnischen Oktober des nächsten Jahres leider nicht sagen, und das war wohl ein gewaltiger Unterschied. Aber politische Führer und Regierungsmethoden kommen und gehen, besonders wenn sie dem Volke wesensfremd und von aussen aufgezwungen sind, wenn auch nicht jede Generation die Erfüllung ihres Freiheitstraumes erlebt. Unvergänglich sind dagegen die von Generation zu Generation überlieferten höchsten geistigen Werte, und diese sind für Österreicher und Polen in ihrem katholischen Glauben fest verankert. So ist es denn kein Zufall, dass heute für beide ein Kirchenfürst der geistige Führer ist: Kardinal Wyszyński in ungleich schwierigeren Verhältnissen, aber gerade deshalb besonders bewundert, ein wahrer „*Interrex*“ wie einst die Primase Polens, dessen Millennium ja überhaupt das seines Christentums und seiner Kirche ist; und der glücklichere Kardinal König in einem freien Lande noch älterer christlicher Tradition. Gemeinsam wirken sie auf dem gegenwärtigen vatikanischen Konzil für die Polen und Österreich gleich ansprechenden und erhebenden Ideale der grossen Friedenspäpste unserer Zeit.

ANMERKUNGEN

¹⁾ Auf die Bedeutung dieses Millenniums habe ich in meinem Buche *The Millennium of Europe*, Univ. of Notre Dame Press 1963 das im Salzburger Otto Müller Verlag bald in deutscher Übersetzung erscheinen wird, kurz hingewiesen (S. 85—88).

²⁾ Die Veröffentlichung der zahlreichen auf diesem Kongress gehaltenen Vorträge — u.a. sprachen Jakob Sawicki über die mittelalterlichen Beziehungen zwischen Salzburg und Polen, sowie Tadeusz Silnicki über die Christianisierung Polens und die verschiedenen Missionswege — war mir noch nicht zugänglich. Thorvi Eckhardt hat in einem interessanten Artikel über „Die slavischen Alphabete im Spiegel der Ideologien“ (*Österreichische Osthefte*, VI/2, S. 109—126) das cyrillo-methodianische Jubiläum mit Recht als das „weitreichendste“ der vielen, die 1963 in Osteuropa gefeiert wurden, bezeichnet.

³⁾ Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung von Josef Bujnoch, *Zwischen Rom und Byzanz*, Graz 1958, S. 94. (Band 1. der von Günther Stökl herausgegebenen *Slavischen Geschichtsschreiber*).

⁴⁾ Am weitesten geht in dieser Beziehung die auch in Wien wohlbekannte Gräfin Karolina Lanckorońska in ihren hochinteressanten *Studies on the Roman-Slavonic Rite in Poland*, Roma 1961 (bes. S. 10—70).

⁵⁾ Vor kurzem besprochen von Astrik L. Gabriel, „The Conversion of Hungary to Christianity“, *The Polish Review*, VI (1961), S. 31—44.

⁶⁾ Von Ihor Ševčenko in der Diskussion des zusammenfassenden Referates von Fr. Dvornik „The Significance of the Mission of Cyril and Methodius“, *Slavic Review*, XXIII (1964).

⁷⁾ Die strittigen Fragen über die südliche Ausdehnung des Staates Bolesław Chrobry's hat Ellinor von Puttkamer „Die polnisch-ungarische Grenze im Mittelalter“, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, IV (1956), eingehend untersucht (siehe bes. S. 373).

⁸⁾ Diese Ausgrabungen hat Gräfin K. Lanckorońska in Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden unternommen und über „Das Grab in Ossiach“ in der Londoner Wochenschrift „*Wiadomości*“, VIII (1953), Nr. 51-52, S. 4, berichtet.

⁹⁾ Hier sei ein für allemal darauf hingewiesen, dass für das Studium aller verwandtschaftlichen Beziehungen der österreichischen und polnischen Dynastien die von W. Dworzaczek bearbeiteten und seiner *Genealogia*, Warszawa 1959, in einem monumentalen Bande beigefügten Stammtafeln ungemein hilfreich sind (bes. Nr. 83 die der Babenberger und Nr. 47—52 die der Habsburger).

¹⁰⁾ Neuerdings kurz erwähnt in dem schönen Büchlein von P. Willibald Berger, *Die Wiener Schotten*, Wien 1962 (Österreich-

Reihe B. 179/181), S. 5 f. Siehe auch D. L. Gougand, **Christianity in Celtic Lands**, London 1932, S. 183, wo in der das Wiener Schottenkloster betreffenden Bibliographie auch P. Albert Hübl zitiert ist.

¹¹⁾ Das für diese ganze Krise noch heute grundlegende Werk von St. Smolka, **Mieszko Stary i jego wiek**, Warszawa 1881, ist ebendort 1959 neu herausgegeben worden; vgl. jetzt K. Tymieniecki, **Polska w średniowieczu**, Warszawa 1961, bes. S. 98, wo auch (S. 100 f.) die neueste Bibliographie verzeichnet ist.

¹²⁾ Schon 1913 habe ich dies in einer Arbeit über die Berufung Herzog Władysław's von Oppeln auf den Krakauer Thron im Jahre 1273, **Kwartalnik Historyczny**, XXVII, bes. S. 226—235, zu zeigen versucht.

¹³⁾ Siehe hiezu die neuesten, aufschlussreichen Bemerkungen von Fr. Dvornik, **The Slavs in European History and Civilization**, Rutgers Univ. Press 1962, S. 31 und Anm. 20 auf S. 36 f.

¹⁴⁾ Zuerst von Adam Kłodziński, **Łokietek i Habsburgowie (1300—1332)**, Kraków 1916 (in B. LIX der Abh. der Akad. d. Wiss., Hist.-philos. Klasse), besprochen.

¹⁵⁾ Am genauesten beschrieben von Roman Grodecki, **Kongres Krakowski w roku 1364**, Warszawa 1939.

¹⁶⁾ Der Vortrag den Halvdan Koht am Warschauer Historikerkongress 1933 über „Vereinigte Königreiche des späteren Mittelalters“ hielt, erschien in der Alfons Dopsch gewidmeten Festschrift **Wirtschaft und Kultur**, Baden b. Wien 1938, S. 503—511.

¹⁷⁾ Es ist interessant zu vergleichen, was Ernst Karl Winter über die „babenbergische Staatsräson (**Studien zum Severinusproblem**, Klosterneuburg 1959, S. 254—284) und über die „Staatsideologie“ Rudolfs des Stifters sagt (**Rudolf IV von Österreich**, B.I, Wien 1934, S. 309—319), das letztere im Zusammenhang mit dem „Staatsheiligtum“ von St. Stephan und der Universitätsgründung.

¹⁸⁾ Den Zusammenhang zwischen der Gründung der Universität Krakau und dem Begriff der *corona regni* hat anlässlich ihres Jubiläums Leon Koczy, **Uniwersytet Krakowski**, Glasgow 1964, S. 20, mit Bezugnahme auf die neuesten rechtshistorischen Studien in Polen betont.

¹⁹⁾ Von den in jüngster Zeit erschienenen Biographien Jadwiga's, wie sie in Polen heisst, hat auch die deutsche von H. Quillus, **Hedwig, Königin von Polen**, Leipzig 1939 (Heft 2 der Slavischen Forschungen), diese Frage objektiv dargestellt, aber ihr Vergleich der Königin mit allgemein anerkannten Heiligen des Mittelalters wird dem Charakter Hedwigs kaum gerecht, wie dies Stefania dal Pozzo, **Regina e Santa**, Roma 1951, mit Recht betont hat (S. 183 f.).

²⁰⁾ Das diesbezügliche, erst 1947 vom russischen Historiker L. Čerepnin entdeckte Dokument hat Henryk Paszkiewicz, **The Origin of Russia**, London 1954, S. 236 f., entsprechend gewürdigt.

21) Ihr Geburtsdatum hat A. Misiąg-Bocheńska, im Einklang mit früheren Forschungen von J. Dąbrowski und W. Maciejewska endgültig als auf einen der drei Tage zwischen dem 16, und 18. Februar 1374 festgesetzt in ihrem Artikel in *Polonia Sacra* (der theologischen Vierteljahrsschrift der Krakauer Universität), II (1949), S. 271—275.

22) Die *Regesta Vaticana* Urbans VI sind nur in Fragmenten erhalten, diese enthalten aber (Vol. 311, fol. 47—48) die noch unveröffentlichten Texte der Bevollmächtigungen für „*Hertrundum de Lichtenstain*“ und den ihn begleitenden Ritter „*Conradum Swemwarter*“, ausgestellt von Wilhelm dem Schönen zu Wien, am 2. Februar 1387, sowie von seinem Vetter Albrecht (dessen „*consiliarius intimus*“ der Gesandte war) und Wilhelms Bruder Leopold zu Hall in Tirol, am 14., beziehungsweise 13. Februar.

23) Für die Blütezeit der Krakauer Universität ist noch heute ihre anlässlich des 500-jährigen Jubiläums ihrer Reorganisierung von K. Morawski glänzend geschriebene, auch ins Französische übersetzte *Histoire de l'Université de Cracovie*, 2 Bände, Cracovie 1900, massgebend, wo auch die Verdienste der Königin Hedwig entsprechend gewürdigt werden.

24) Eine kritische Ausgabe aller Schriften des Paulus Vladimiri, die Stanisław Bełch seit Jahren vorbereitet, soll demnächst im Haag erscheinen, mit einem einleitenden Bande *Paulus Vladimiri and His Doctrine Concerning International Law and Politics*.

25) Einen damit zusammenhängenden Brief Jagello's an Friedrich von Tirol, dessen Original sich im Innsbrucker Landesarchiv befindet, habe ich 1933 im *Miesięcznik heraldyczny*, XII, Heft 12, veröffentlicht.

26) Siehe über diese Zusammenhänge meine *Dzieje Unii jagiellońskiej*, I, Kraków 1919, S. 202.

27) Dass das Bündnis Albrechts II mit Sigismund von Litauen ohne weitere Folgen blieb, hat Anatol Lewicki 1898 in den *Abhandl. der Krakauer Akad.*, Band 37 (Hist.-philos. Klasse) gezeigt.

28) Mein Buch *The Crusade of Varna*, New York 1943, hat wenigstens Zweifel an der bisher überwiegenden Auffassung erregt.

29) Eine Photographie dieses in den *Regesta Historico-Diplomatica Ordinis S. M. Theutonicorum 1198—1525* (herausgegeben von E. Joachim und W. Hubatsch), I/1, Göttingen 1948, Nr. 8613, kurz vermerkten Schreibens vom 30. November 1444 ist mir liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt worden.

30) Fryderyk Papée hat die Ergebnisse seiner für diese ganze Periode grundlegenden polnischen Werke in der *Cambridge History of Poland*, Band I, Cambridge 1950, S. 250—272 zusammengefasst.

31) So hat sie genau vierhundert Jahre nach ihrer Heirat Karol Szajnocha genannt, der einen seiner glänzenden *Szkice historyczne*, Lwów 1854, „*Matka Jagiellonów*“ betitelte.

³²⁾ Soben hat F. G. Heymann ein umfassendes Werk über **George of Bohemia**, Princeton 1964, veröffentlicht, das die Entstehung des Konfliktes gründlich erklärt.

³³⁾ Dieses Dokument, das älteste in der Abteilung **Russica** des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs (Conv. A. Fasc. 1), habe ich schon 1915 in meiner Arbeit über „Die Beziehungen der Habsburger zum litauischen Hochadel im Zeitalter der Jagellonen“, **Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforscher**, Band XXXV, besprochen und seither immer wieder zitiert, ohne dass es Beachtung finden würde.

³⁴⁾ Dies hat der deutsche Historiker Horst Jablonowski, **West-russland zwischen Wilna und Moskau**, Leiden 1955, objektiv festgestellt, bes. S. 113 f.

³⁵⁾ Dass es sich um Angriffskriege handelte, betont J. L. I. Fennell, **Ivan the Great of Moscow**, New York 1961, in seiner fast ausschliesslich auf russischen Quellen beruhenden Darstellung der Aussenpolitik Ivans III.

³⁶⁾ Am 14. Juli; die Quellen habe ich in **From Florence to Brest 1439—1596**, Roma 1958, S. 113—117 zitiert.

³⁷⁾ In deutscher Sprache am eingehendsten dargestellt von E. Zivier, **Neuere Geschichte Polens**, B. I (1506—1572), Gotha 1915.

³⁸⁾ Diese Abschrift ist das älteste Polen betreffende Schriftstück im Spanischen Generalarchiv zu Simancas und wurde von W. Meysztowicz, **Elementa ad Fontium Editiones**, Band VIII (Documenta Polonica ex Archivo gen. Hispaniae in Simancas, I), Romae 1963, Nr. 1, veröffentlicht.

³⁹⁾ Die verschiedenen Beurteilungen des Wiener Kongresses hat neuerdings Władysław Pocięcha zusammengestellt, der gründlichste Kenner der Regierungszeit Sigismund I, in seinem Lebenswerk **Królowa Bona**, Band II, Poznań 1949, S. 143—146 und Anm. 217 auf S. 519, in dem er für die Politik der Königin eintritt.

⁴⁰⁾ Als Xawery Liske 1867 seine bisher noch durch keine neuere Gesamtdarstellung ersetzte bahnbrechende Studie „Der Kongress in Wien im Jahre 1515“, in den **Forschungen zur Deutschen Geschichte**, B. VII, veröffentlichte; siehe daselbst in B. VIII seine Polemik mit H. Ulmann.

⁴¹⁾ Sowohl die böhmische wie die zwei ungarischen Königswahlen von 1526, sowie die Stellungnahme Polens, hat W. Pocięcha im oben (Anm. 39) zitierten Werke, S. 297—320, eingehend untersucht, nachdem er kurz vorher die ebenfalls mit den Beschlüssen des Wiener Kongresses zusammenhängende Stellung Sigismunds I zur Kaiserwahl Karls V im Jahre 1519 besprochen hatte (**Polska wobec elekcji cesarza Karola V**, Wrocław 1947).

⁴²⁾ Dass weder die kaiserlichen, noch die päpstlichen Vermittlungsversuche — die ersteren von H. Uebersberger, **Österreich und Russland**, Bd. I (1488—1605), Wien 1906, die letzteren von

P. Pierling, *La Russie et le Saint Siège*, Bd. I, Paris 1896, eingehend beschrieben — aussichtslos waren, ergibt sich am klarsten aus der neuesten, ganz vom russischen Standpunkt aus geschriebenen Darstellung Eduard Winters, *Russland und das Papsttum*, Teil I, Berlin 1960, S. 187—201.

⁴³⁾ Ausser dem grossen Werke Pocięchas, das aber nur bis 1539 reicht (in Band IV, Poznań 1958) und der allgemeinen Übersicht von Z. Wojciechowski, *Zygmunt Stary*, Warszawa 1946, muss auch die gründliche objektive Untersuchung der oft unterschätzten letzten Lebensjahre des Königs durch Anna Dembińska: *Zygmunt I... w latach 1540—1548*, Poznań 1948, berücksichtigt werden; sie hatte schon 1938 auf dem Züricher Historikerkongress über seine damaligen Beziehungen zu Karl V. aufschlussreich gesprochen.

⁴⁴⁾ Ein reiches Material zur Geschichte der Ehen Sigismunds Augusts, teilweise aus dem Wiener Archiv geschöpft, enthalten die fünf Bände der *Jagiellonki polskie*, Kraków 1868—1878, besonders der letzte (nach Al. Przeździecki von J. Szujski herausgegeben); über die Rolle der Radziwiłł in den Beziehungen zu den Habsburgern vgl. die oben (Anm. 33) zitierte Arbeit.

⁴⁵⁾ W. Kirchner, *The Rise of the Baltic Question*, Newark 1954 hat die europäische Bedeutung des Kampfes um Livland gut gezeigt, aber mit mehr Verständnis für Ivan den Schrecklichen als für Sigismund August.

⁴⁶⁾ 1936 habe ich einen solchen Vergleich in einer Gastvorlesung über die Union von Lublin an der Wiener Universität versucht und bin 1960 auf dem Historikerkongress in Upsala—Stockholm darauf zurückgekommen (siehe das unten, Anm. 77, zitierte Referat).

⁴⁷⁾ Die in meinem Aufsatz über „Die österreichisch-polnischen Beziehungen zur Zeit der Union von Lublin“ in der Festschrift *Perennitas* für P. Thomas Michels, Münster 1963, S. 322—334, enthaltenen Folgerungen finden in der oben (Anm. 38) zitierten Publikation der *Polonica* im Simancas Archiv volle Bestätigung; siehe N. 112—116, 120.

⁴⁸⁾ Die Dokumente des Vatikanischen Archivs sind jetzt in dieser Beziehung noch nicht vollständig berücksichtigt worden; siehe z.B. Commendone's eingehende Berichte über die Königswahl von 1573 in *Nunziatura di Polonia*, vol. 3. Sie ergänzen die *Polonica* in Wien und Simancas, sowie die Berichte des Nunzius Laureo, die T. Wierzbowski veröffentlicht hat (*Vincent Laureo, nonce apostolique en Pologne 1574 — 78 et ses dépêches*, Varsovie 1887).

⁴⁹⁾ Im zweiten Teil (Romae 1964) der in Anm. 38 zitierten Publikation verdienen z.B. N. 16 und 104 (Facsimile auf Tafeln III-V) besondere Beachtung, ebenso in dem soeben erschienenen Dritten Teil die Bemühungen Philipp's II, die Unterstützung Com-

mendone's für die Kandidatur Erzherzog Ernst's zu sichern (Nr. 104, 125, 151).

⁵⁰) Abschriften dieser wichtigen Erklärung vom 20. April 1576 befinden sich bezeichnenderweise sowohl im Wiener Staatsarchiv (*Polonica* 30, Polen III, fol. 509—510), wie auch im Vatikan (*Nunziatura di Polonia*, vol. 34, fol. 336).

⁵¹) Die für das Verständnis Zamoyski's grundlegende Arbeit von Wacław Sobieski, *Trybun ludu szlacheckiego*, Warszawa 1905, ist 1963 in London neu herausgegeben worden.

⁵²) Ohne auf diese oft besprochenen, aber noch immer nicht ganz aufgeklärten Verhandlungen einzugehen, möchte ich auf meine 1961 gleichzeitig erschienenen Studien hinweisen: „Le projet de la ligue anti-ottomane à la fin du XVII^e siècle“, *Comptes rendus de l'Académie des Inscriptions et Belles Lettres* (Année 1960), S. 190—20 und „The Defense of Europe in the Renaissance Period“, *Didascaliae* (Festschrift für Anselm M. Albareda), New York, S. 121—146.

⁵³) Dies betont die bisher umfassendste Darstellung des Problems von Josef Macurek, *Zápas Polska a Habsburku o přístup k černému mori na sklonku 16 stol.*, Praha 1931.

⁵⁴) Dieses Gutachten vom 7. Mai 1616 hat Walter Leitsch als Beilage 3 zu seinem wertvollen Buche *Moskau und die Politik des Kaiserhofes im XVII Jahrhundert*, 1. Teil 1604—1654, Graz—Köln 1960, veröffentlicht; im Texte ist Anm. 12 auf S. 162 besonders interessant, da sie auf die gegenseitigen polnisch-österreichischen Hilfeleistungen hinweist. Objektiver und frei von Vorurteilen gegen Polen ist das in Beilage 1 gedruckte Gutachten des Reichsvizekanzlers Ludwig von Ulm, von 1615.

⁵⁵) In der polnischen Geschichtsschreibung ist diese Hilfe vor bald hundert Jahren von A. Walewski, *Dzieje Polski za panowania Jana Kazimierza*, etc., Kraków 1868, so offenkundig überschätzt worden, dass eine kritische Einstellung einsetzen musste, wie sie z.B. bei W. Konopczyński, *Dzieje Polski nowożytnej*, Neuaufgabe London 1959, II, S. 30—34, zum Ausdruck kommt. Von österreichischer Seite ist A. F. Pribram „Die österreichische Vermittlungspolitik 1654—1660“, *Archiv für österr. Gesch.* B.75 (1894), wichtig.

⁵⁶) *Marco d'Aviano* ist die Festschrift betitelt, die damals in Wien mit Beteiligung zweier eingeladenen polnischen Historiker (Marian Kukiel und der Unterzeichnete) veröffentlicht wurde.

⁵⁷) In einem so betitelten Kapitel (S. 223—237) seiner inhaltsreichen Biographie *Jan Sobieski, König von Polen*, Einsiedeln—Zürich 1946, hat Otto Forst de Battaglia manche Missverständnisse aufgeklärt.

⁵⁸) Über diesen Vertrag schreibt jetzt der britische Historiker L. R. Lewitter „The Russo-Polish Treaty of 1686 and its Antecedents“, *The Polish Review*, IX (1964) Nr. 3, S. 5-21 und Nr. 4, S. 21-

37, als Vorarbeit zu einem Buche über Peter den Grossen und Polen.

⁵⁹⁾ Diese Behauptung hat Arnold Toynbee, *A Study of History*, II, S. 82 aufgestellt. Es wird interessant sein, zu sehen, wie sich Gotthold Rhode zu dieser Frage stellen wird, wenn sein Werk über die Ostgrenze Polens, von dem bisher nur der erste, bis 1401 reichende Band erschienen ist (Köln—Graz 1955), das aber die Idee der „Vormauer“ im ganzen Geschichtsablauf verfolgen soll, diese kritische Zeit erreicht.

⁶⁰⁾ Von 1916 an, als ich meinen ersten Wiener Vortrag hielt, um die Frage zu beantworten „Warum Polen unterging“ (kurz zusammengefasst in den *Berichten des Forschungsinstituts für Osten und Orient*, Folge 4), bis 1963, als ich dieselbe Frage „Why was Poland partitioned“ in einer Diskussion mit Oswald P. Backus besprach (*Slavic Review*, XXII, S. 432—441), habe ich immer wieder versucht, solche Behauptungen zu widerlegen.

⁶¹⁾ Auch von polnischer Seite, u. zw. vom besten Kenner der „Sachsenzeit“, W. Konopczyński, sowohl in seinen *Dzieje Polski nowożytnej*, B. II, S. 178—180, wie in *The Cambridge History of Poland*, B. II, Cambridge 1941, S. 14.

⁶²⁾ W. Konopczyński hat gerade diesen Reichstag besonders gründlich erforscht, in einem „Fatalny sejm“ betitelten Studium (*Od Sobieskiego do Kościuszki*, Kraków 1921), ist aber wieder nicht ganz überzeugend in seinen Folgerungen (*Dzieje Polski nowożytnej*, II, S. 232 ff; *The Cambridge History of Poland*, II, S. 33).

⁶³⁾ Herbert H. Kaplan, *The First Partition of Poland*, New York 1962; siehe besonders S. 159—162, und das Kapitel „The Lion's Share“, S. 166—173.

⁶⁴⁾ In seinem unter diesem Titel veröffentlichten Gedicht in den „Spaziergängen eines Wiener Poeten“ hat Auersperg sein Bedauern ausgesprochen, dass die Polen in ihrem Freiheitskampf 1830-31 allein gelassen wurden, und bei dieser Gelegenheit an den Entsatz Wiens erinnert.

⁶⁵⁾ In einem Kapitel unter diesem Titel hat der grosse amerikanische Historiker Robert H. Lord in seinem grundlegenden Werke *The Second Partition of Poland*, Harvard Univ. Press 1915, auf die entscheidende Bedeutung der Diskussionen des britischen Parlaments im März 1791 hingewiesen. Schon vor ihm hat Bronisław Dembiński, der in der Zwischenkriegszeit sich so grosse Verdienste um die internationale Zusammenarbeit der Historiker erworben hat, in seiner glänzenden Darstellung der „Schicksalsstunde“ Polens (*Polska na przełomie*, Lwów 1913, Lord noch nicht bekannt), diese Zusammenhänge betont. Aus Dembiński's Nachlass soll demnächst sein letztes Werk über die Regierungszeit Stanisław Augusts veröffentlicht werden.

⁶⁶⁾ Mit Recht betont in Marian Kukiel's Kapitel über den Kościuszkos Aufstand in *The Cambridge History of Poland*, B. II, S. 164 f.

⁶⁷⁾ Es fehlt noch eine umfassende Arbeit über die dritte Teilung, aber in Lord's Studium „The Third Partition of Poland“, *The Slavonic Review* 1925, sind die österreichischen Ansprüche eingehend besprochen.

⁶⁸⁾ Der von 1812, in dem Österreicher und Polen, wenn auch nicht mit denselben Zielen und Erwartungen, auf Napoleons Seite kämpften, hat bei M. Kukiel *Wojna 1812 roku*, 2 Bände, Kraków 1937, eine meisterhafte Darstellung gefunden.

⁶⁹⁾ Es sind dies: Charles Webster, *The Congress of Vienna*, Neuauflage London 1934, aber in Vorbereitung für die Friedenskonferenz von 1919 geschrieben und schon damals veröffentlicht; Harold Nicolson, *The Congress of Vienna*, London 1945; Henry A. Kissinger, *A World Restored*, Boston 1957. Es ist beachtenswert, dass der deutsche Historiker K. Griewank, *Der Wiener Kongress*, Leipzig 1954 (2. Aufl.), in seiner Beurteilung des Kongresses bedeutend kritischer ist.

⁷⁰⁾ In den verschiedenen, aber gleich bedeutenden Werken von Marcell Handelsman (an dessen tragisches Schicksal ebenfalls zur Zeit eines internationalen Historischen Kongresses erinnert werden muss) Adam Czartoryski, 3 Bände (in 4 Abt.), Warszawa 1948—1950, und — kürzer gefasst — Marian Kukiel, *Czartoryski and European Unity*, Princeton 1955.

⁷¹⁾ Wie sehr die Beschlüsse des Kongresses diesen im Vorhinein festgelegten Zielen des Zaren entsprachen, beweist seine oft veröffentlichte, aber nicht immer genügend berücksichtigte Instruktion für Nesselrode.

⁷²⁾ Österreichs Stellung zum Novemberaufstand hat schon Józef Dutkiewicz, *Austria wobec powstania listopadowego*, Kraków 1933 gründlich untersucht; siehe jetzt auch M. Kukiel, *Czartoryski*, S. 183.

⁷³⁾ Dies hat M. Handelsman schon in einer Spezialarbeit besprochen: *Czartoryski, Nicholas I et la Question du Proche Orient*, Paris 1934; siehe auch das Buch seines Schülers Ludwik Widerszal, *Bułgarski ruch narodowy*, Warszawa 1937.

⁷⁴⁾ Es mag genügen, hier auf den Meinungsaustausch hinzuweisen, der 1955 in Rom (siehe *Atti del X Congresso Internazionale di Scienze Storiche*, S. 129—134) zwischen S. Kieniewicz und M. Kukiel stattgefunden hat; der letztere hat seither die ganze Frage in seinen *Dzieje Polski porozbiorowe*, London 1961, S. 284—290 objektiv dargestellt.

⁷⁵⁾ Auch die Rolle der Polen in den Revolutionen von 1848—49 ist in Kukiel's eben zitiertem Werk (S. 302—315 über die Ereignisse in der Habsburger Monarchie) eingehend geschildert. Für ihre Beteiligung an den Kämpfen in Ungarn ist Ludwik Rusjan, *Polacy i sprawa polska na Węgrzech 1848—1849*, Warszawa 1934, aufschlussreich.

⁷⁶⁾ M. Kukiel, a.a.O., S. 490, wo auch vorher (S. 379) die hier

im Texte angeführte Erklärung des galizischen Landtags von 1866 besprochen ist.

⁷⁷⁾ Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Oktoberdiploms habe ich dies auf dem Internationalen Historikerkongress betont, in dem Referate „Federalism in the History of East Central Europe“, *The Polish Review*, V (1960), S. 16.

⁷⁸⁾ Siehe M. Kukiel, *Czartoryski*, S. 307 f.

⁷⁹⁾ Für die internationale Lage der Jahre 1863-64, Österreichs Stellung eingeschlossen, sind besonders die Arbeiten von St. Bóbr-Tylingo aufschlussreich, der nach einer Reihe vorbereitender Studien, z. B. dem ebenfalls anlässlich des Stockholmer Historikerkongresses in *The Polish Review*, V, S. 77—94 veröffentlichten Referat „Un Congrès européen manqué (1863)“, eine umfangreiche Monographie „Napoléon III, l'Europe et la Pologne 1863-4“, *Antemurale VII—VIII* (Romae 1963), S. 1—362, verfasste, mit wertvollen Quellenbeilagen, von denen die meisten dem gründlich durchforschten Wiener Haus- Hof- und Staatsarchiv entnommen sind.

⁸⁰⁾ Die mit dem Krimkrieg zusammenhängenden Fragen, die seinerzeit H. Friedjung, *Der Krimkrieg und die österreichische Politik*, Stuttgart 1907, vom österreichischen Standpunkt aus untersucht hat, sind im III. Bande der oben (Anm. 70) zitierten Czartoryski—Biographie von M. Handelsman besonders gründlich bearbeitet worden.

⁸¹⁾ In den jetzt immer häufiger in Amerika erscheinenden Werken über die Geschichte Österreich—Ungarns findet man treffende Bemerkungen über Kaiser Wilhelm II oft zitierte Bemerkung vom glänzenden Sekundanten (bei Arthur J. May, *The Habsburg Monarchy 1867—1914*, Harvard Univ. Press 1951, S. 388 f.), die ebenso zutreffende Bezeichnung der österreichisch-russischen Beziehungen als *A Wavering Friendship* (im Titel des Buches von G. H. Rupp über *Russia and Austria 1876—1878*, ebendort 1941), sowie die sehr wichtige Betonung der Notwendigkeit einer Friedenspolitik für die Habsburgermonarchie in den Schlussfolgerungen von Robert A. Kann. *The Multinational Empire*, Columbia Univ. Press, 1950, II, S. 297 f; aber besonders das letzte dieser Werke wird der polnischen Frage kaum gerecht.

⁸²⁾ Dies wurde auch in der anlässlich des vorjährigen Jubiläums der Universität verfassten Festschrift des seither verstorbenen Rektors Kazimierz Lepszy, *Jagellonian University, Past, Present and Future*, Kraków 1964, S. 46—53, grundsätzlich anerkannt.

⁸³⁾ Wieder sei hier auf ein sehr richtiges Urteil in M. Kukiel's *Dzieje Polski porozbiorowe*, S. 528, verwiesen. Z. A. B. Zeman, *The Break-up of the Habsburg Empire 1914—1918*, London 1961, S. 107 f., betont Kaiser Franz Josephs Erregung über den Akt vom 5 Nov. 1916 und die Unzufriedenheit die seine Entscheidung über Galiziens Sonderstellung in Deutschland hervorrief.

⁸⁴⁾ Auch diese für die Geschichte der österreichisch-polnischen Beziehungen so bezeichnende Frage ist bisher noch nicht an und für sich, sondern nur im Zusammenhange mit der deutsch-polnischen dargestellt worden, wie z. B. in dem als objektiv zu begrüssenden Buche von Werner Conze, **Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkriege**, Köln—Graz 1958.

⁸⁵⁾ Über den Rücktritt und Protest des auch als Historiker hervorragenden Jan Kucharczycki nach den Verhandlungen von Brest—Litovsk siehe Bernadotte E. Schmitt in dem von ihm herausgegebenen Sammelwerk **Poland**, Univ. of California Press 1945, S. 75; neuerdings eingehender besprochen von Z. Nagórski, **Ludzie mego czasu**, Paris 1964, S. 86—88.

⁸⁶⁾ Bekanntlich hat Kaiser Karls I Manifest vom 16. Oktober 1918, in dem Österreich zu einer Föderation seiner Völker erklärt wurde, die Vereinigung seiner polnischen Gebietsteile mit dem unabhängigen polnischen Staate zur Kenntnis genommen und anerkannt.

⁸⁷⁾ Dies betont mit Recht T. Komarnicki, **The Rebirth of the Polish Republic**, London 1957, S. 387, dessen Buch auch für die Frage der austro-polnischen Lösung während des Krieges aufschlussreich ist.

⁸⁸⁾ Von den Vorarbeiten zu M. K. Dziewanowski's geplantem Buch über Piłsudski's föderalistische Pläne ist die neueste „The Making of a Federalist“ in den **Jahrbüchern für Geschichte Osteuropas**, XI (1963), S. 543—560, erschienen.

⁸⁹⁾ Dieser Krieg hat in T. Komarnicki's soeben (Anm. 87) zitiertem Werke eine besonders wertvolle Darstellung gefunden (in den Kapiteln IV—VIII des zweiten Teiles), wo ausser der berühmten Schlacht bei Warschau vom 16. August 1920, auch die militärisch vielleicht noch wichtigere Schlacht am Niemen vom 20. September entsprechende Berücksichtigung findet (S. 707).

⁹⁰⁾ Siehe die zutreffenden Bemerkungen über den Frieden von Riga auf S. 179 des in der nächsten Anm. zitierten Buches von P. Wandycz.

⁹¹⁾ P. Wandycz, **France and Her Eastern Allies 1919—1925**, Univ. of Minnesota Press 1962, ist von grösster Bedeutung nicht nur für die polnisch-tschechoslovakischen Beziehungen, sondern auch für die Geschichte des ganzen Donauraumes, Österreich inbegriffen, in den ersten Nachkriegsjahren.

⁹²⁾ R. Dębicki, **Foreign Policy of Poland 1919-39**, New York 1962, S. 114, zitiert in diesem Zusammenhange das interessante Buch von Hans Roos, **Polen und Europa: Studien zur polnischen Aussenpolitik**, Tübingen 1957. Er betont aber andererseits (S. 90) die Entrüstung, welche in Polen die Ermordung von Bundeskanzler Dollfuss erregte.

⁹³⁾ Grundlegend für die Kenntnis der seither so oft beschriebenen Geheimverhandlungen zwischen Hitler und Stalin ist die Veröffentlichung des amerikanischen Staatssekretariats **Nazi-Soviet Relations 1939—1941**, die 1948 erschien; siehe S. 103 über Stalins Ansicht, dass es ein Fehler wäre einen unabhängigen polnischen Rumpfstaat bestehen zu lassen, und S. 216—254 die Berichte über die Verhandlungen mit Molotov in Berlin im November 1940.

⁹⁴⁾ Über die Pläne der Grossmächte während des zweiten Weltkrieges unterrichtet eingehend J. A. Lukacs, **The Great Powers and Eastern Europe**, New York 1953; siehe S. 551 über die Österreich betreffende Erklärung der Moskauer Konferenz vom 1. November 1943. Die Pläne einer ostmitteleuropäischen Föderation, für die ganz besonders die polnische Exilregierung eintrat und in denen auch Österreich berücksichtigt wurde, bespricht Lawrence L. Barrell, „Poland and East European Union“ **The Polish Review**, III (1958), S. 87—127.

⁹⁵⁾ Für das Verständnis der tatsächlichen Pläne der Sowietunion sind die unter Marian Kukiel's Leitung herausgegebenen **Documents on Polish-Soviet Relations 1939—1945** von entscheidender Bedeutung; der I. Band der bis April 1943 reicht, erschien 1961 in London (General Sikorski Historical Institute).

⁹⁶⁾ Diese Bezeichnung, die dem letzten Kapitel von Harald Laeuen **Polnische Tragödie**, Stuttgart 1955, als Titel dient, ist hier natürlich in einem ganz anderen Sinne gemeint. Der Verfasser, der in den ersten Kapiteln viel Verständnis für die jagellonische Idee vergangener Jahrhunderte zeigt, bestreitet den Polen der Gegenwart jedes Recht auf ihre geschichtliche Tradition (siehe z. B. S. 307) und kommt zur Schlussfolgerung (S. 347), dass „Polen selber vom Geiste seiner Geschichte verlassen ist“ und die „Quellen, die auf polnischer Erde einst flossen... versiegt sind.“ Polens heutige Besinnung auf sein Millennium ist die beste Wiederlegung solcher Trugschlüsse. Das heutige Österreich kann am besten verstehen, wie ungerecht sie sind.

⁹⁷⁾ In den zwei Bänden des von Stephen D. Kertesz herausgegebenen Sammelwerkes über das Schicksal der Staaten Ostmitteleuropas seit dem zweiten Weltkrieg (**The Fate of East Central Europe**, Univ. of Notre Dame Press 1956, und **East Central Europe and the World: Developments in the Post-Stalin Era**, ebendort 1962), geben nur die von R. J. Rath verfassten Kapitel über Österreich ein erfreuliches Bild; der Staatsvertrag von 1955 ist im ersten Bande, S. 353—357, entsprechend gewürdigt; im zweiten kommt er (S. 353) zur Schlussfolgerung „Under their coalition government the Austrians have acquired a will to exist, developed a pronounced feeling of nationalism, regained their independence, and accomplished an economic miracle.“

DIE KRISIS DER UNIVERSITÄT

Gegen Ende des XII Jahrhunderts hatte der Kölner Domherr Alexander von Roes die Ansicht geäußert, es seien drei Kräfte (*virtutes*), die die Kirche regierten, nämlich das *sacerdotium*, das *regnum* und das *studium*. Unter diesen Namen verstand er das Papsttum, das Kaisertum und die Universität, auf welche sich entsprechend die Grösse Italiens, Deutschlands und Frankreich stützte.¹⁾

Nach acht Jahrhunderten dürfen wir wohl fragen, ob diese Kräfte noch stets die Welt regieren, denn wiewohl der Domherr von der Kirche sprach, war diese Kirche für ihn, so wie für alle seine Zeitgenossen, gleichbedeutend mit Christenheit und Europa, und Europa war für ihn die ganze Welt.

Es wird sich schwerlich jemand finden, der diese Frage bejahen würde. Das Kaisertum hatte sein Ende im Jahre 1806 und 1918 gefunden und gehört zu der ehrwürdigen aber toten Geschichte. Das Papsttum hatte alle Drangsale in Jahrtausenden überstanden, aber das gegenwärtige Konzil liefert den besten Beweis, dass die Kirche sich von den Angelegenheiten dieser Welt losreissen will. Nur die Universität steht da und scheint inmitten aller Bedrängnisse zu triumphieren. Ist sie nicht die einzige europäische Schöpfung, die alle Völker der Welt gutwillig übernehmen? Ist sie nicht die einzigartige Institution des Westens, die von der Jugend der ganzen Welt zu Tausenden besucht wird?

Lassen wir uns aber nicht verblenden und verleiten! Die Universität bildet eine der grossen Fragen der Gegenwart. Sie ist einem Andrang von aussen ausgesetzt, der in ihren Mauern die schwersten Wirren hervorgerufen hat,²⁾ die ihr Wesen erschüttert und sie vor die grösste Entscheidung stellen. Kurz gesagt — die Universität steht inmitten einer grossen Krisis, der man vielleicht nur die Bedrängnisse des XVII Jahrhunderts zur Seite stellen kann.

Die Krisis kam nicht unerwartet und man war ihrer schon ziemlich lange gewahr. Sie hat ja die Aufmerksamkeit der

hervorragendsten Geister unserer Epoche auf sich gezogen, so des grössten Ketzers in der Kirche — J. J. Döllinger und ihres grössten Bekehrten in der Neuzeit — des Kardinals J. H. Newman, solcher Philosophen wie J. Ortega y Gasset und Karl Jaspers, und endlich solcher Historiker wie Lord Acton und G. Ritter. Sie hatte eine unermessliche Literatur zur Folge, die wuchs und noch wächst, so dass ihre Beherrschung ein Problem für die Wissenschaft darstellt. Wir finden sie in allen Sprachen, in und ausserhalb der Universitäten, doch wohl meistens in der anglo-sächsischen Welt, wo man die Krisis mehr von soziologischen Voraussetzungen ausgehend erforscht. Zum Abschluss wurde diese Literatur, wenigstens mittlerweile, in dem grossen, im Jahre 1962 herausgegebenen Sammelwerk „Universität und die moderne Welt“, gebracht.³⁾ Unter den Auspizien des Pädagogischen Instituts der Wiener Universität veröffentlicht, von 29 Gelehrten verfasst, führt uns dieses grossartige Symposium in alle Probleme der Universität in der sie umgebenden Welt ein — aber nichts mehr. Es blickt mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit und ist mehr den der Universität notwendigen Reformen als den Ursachen der Krisis gewidmet. Das ist seine schwache Seite. Man wird aber dieses Verfehlen wohl verstehen, wenn man erwägt, dass als Mitarbeiter vorzugsweise Philosophen, Pädagogen, im geringeren Ausmass Vertreter der reinen Wissenschaften, jedoch gar keine Historiker angeworben wurden. Das ist zu bedauern.

Man muss sich doch fragen: Ist es überhaupt möglich, die Reform einer Institution zu unternehmen, ohne die Ursachen ihrer Krisis erforscht zu haben? Sicherlich nicht. Die Universität ist heute die einzige Institution, die auf eine Jahrhundert alte Vergangenheit zurückblicken kann, welche, abgesehen von allen Umwandlungen, bis in die neuesten Zeiten ihre Eigentümlichkeiten bewahrt hat. Jede Reform der Universität ist auch nichts anderes als eine Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit, d.h. mit den Prinzipien, auf welchen sie stand und steht, mit den Aufgaben, für die sie geschaffen wurde.⁴⁾ Eine solche Auseinandersetzung gehört in den Bereich der Historiker. Es hat niemals an ihnen gefehlt.

Der englische Pädagog Thomas Arnold hatte einmal gesagt, es möge sich niemand in die Universitäten einmischen, der sie nicht liebt und kennt. Jeder von uns hat seine Universität, die er kennt — ob er sie liebt, ist eine andere Frage. Wir

haben nur die Anmerkungen zum Aufsatz über „L'histoire des Universités au moyen âge et la renaissance au cours de vingt-cinq dernières années“, den Sven Stelling-Michaud dem Historiker-Kongress in Stockholm vorgelegt hat, durchzusehen,⁵⁾ um uns zu überzeugen, dass es am Bestreben, die Universität kennen zu lernen, nicht gefehlt hat. Und ohne die Liebe der Schüler für ihre *alma mater* hätten so viele, oft prunkvolle Werke über die einzelnen Universitäten niemals das Licht erblickt.

Aus der Unmenge der Literatur ragen dennoch drei synthetische Werke hervor, die uns trotz so vieler Ergänzungen und Einzelforschungen, namentlich H. Grundmanns⁶⁾ und G. Posts,⁷⁾ am besten mit dem Ursprung, der Entwicklung und der Blütezeit der Universität vertraut machen. Das sind bekannterweise die mehrbändigen und in der Gesamtauffassung unüberholten Publicationen H. Rashdalls, H. Denifles, G. Kaufmanns und Stephen d'Israys.

Obwohl diese Werke von der Kritik nicht verschont blieben, so hat doch unser *saeculum* keine neue Synthese gegeben, so dass wir uns mit der zweiten, von den Oxforder Gelehrten T. M. Powicke und A. B. Emden revidierten und vergrösserten, Auflage des Werkes H. Rashdalls begnügen müssen. Andererseits muss man sagen, dass die überaus reiche Forschung der letzten Jahrzehnte wenigstens ein Problem, nämlich den Ursprung der Universitäten, soweit dieser das Verhältnis zu der Kirche und die Abstammung von älteren „Universitäten“ betrifft, klar gemacht hat. Die europäische Universität hat keine genetische Abkunft von den Schulen im alten Rom, in Byzanz oder bei den Langobarden, auch lässt sie sich nicht aus den Cathedral-Schulen ausführen. Wie S. Stelling-Michaud den Stand der Wissenschaft angesichts dieses Problems zusammenfasste: „L'université médiévale (avec son prolongement dans le Nouveau Monde espagnol, au XVIe s.) est une création spontanée, dont les origines doivent être cherchées tout autant dans l'essor spirituel du XIIe s., dans la soif de connaître et l'amour désintéressé du savoir que le développement de la civilisation urbaine et du trafic international“. Das sind alles Fragen, die noch zu erforschen sind und man forscht auch nach ihnen.

Dennoch steht die Universität und stand durch Jahrhunderte wie eingemauert da und wenn sie heute einer Krisis ausgesetzt ist, so nur deshalb, weil die Idee der Universität auf eine Probe gestellt ist, die ihr ganzes Wesen bedroht. Denn wie

jede Institution, so wuchs auch die Universität aus einer Idee und die Krisis der Universität ist die Krisis ihrer Idee. Wie es Arnold S. Nash in seinem Buch „The University and the Modern World“ (1945) gesagt hat: „... we can say that each crisis in the life of nations, universities, churches or civilizations is the expression of a judgement on the ideas that have inspired them“.⁸⁾

Die Frage ist: erstens, was ist die Idee, der die Universität ihr Entstehen verdankt; zweitens, ist die Universität dieser Idee treu geblieben, hat sie die Mission, die sie mit dieser Idee auf sich genommen hat, erfüllt?

Es wird allgemein angenommen, dass die drei ältesten Universitäten, d.h. Bologna, Paris und Oxford nicht, wie alle späteren Universitäten, gegründet wurden, sondern dass sie einfach entstanden sind — wie und wann — weiss niemand. Dagegen ist man sich einig in der Anschauung, dass die Entstehung des ersten *studium generale* mit einem Gelehrten, der um sich eine Schar Schüler gesammelt hatte, in Verbindung zu setzen ist. In Bologna war es ein gewisser Irnerius, in Paris der bekannte Philosoph Abelard,⁹⁾ in Oxford der sonst unbekannte Geraldus de Barri.¹⁰⁾ Wenn etwas die Bedeutung eines Gelehrten für die Entstehung einer Universität überzeugend erklärt, so ist es der Ausdruck der Quelle über Irnerius: „cepit per se studere in libris nostris et studendo cepit velle docere in legibus...“ und über seinen Vorgänger Poppo: „cepit auctoritate sua legere in legibus“.¹¹⁾

Dieses *per se studere* und das *velle docere*, wie auch das *auctoritate sua* enthüllen uns am besten die Quelle der Idee, welcher die Universität ihre Entstehung verdankt. Diese Idee war die Freiheit des Unternehmens, als der Bedingung des *docere in legibus*, sei es *per se* oder *auctoritate sua*. Hier ist der Keim des Ideals des XVIII Jahrhundert, der Lernfreiheit und der Lehrfreiheit, verborgen, hier ist in den kürzesten Worten das ganze Wesen der Universität verkörpert.

Man könnte sagen — am Anfang der Universität war ein Mann, aber ein freier Mann. Sehr früh war man sich des Zusammenhanges zwischen diesen Männern und der Entstehung der Universität bewusst und man hat sie auch gepriesen. Neben Irnerius hatte sich der so berühmte Gratian die Verehrung des Dichters verdient, der ihm einen Platz im Paradies verschaffte und den ewigen Ruhm durch die *Divina Comedia* versicherte:

„Quell' altro fiammeggiare esce del riso
di Grazian, che l'uno e l'altro foro
aiutò sì che piace in paradiso“.

(Parad., X, 103-5).

Wenn wir zugestehen wollen, dass die Universität eine Revolution in der Geschichte Europas bewirkt hat, so müssen wir auch annehmen, dass diese Revolution mit einer Idee, die Idee aber mit einem Manne begonnen hat. Dieser Mann begann die Revolution in einem Versteck und in einem Versteck hat man oft den Anfang einer Epoche zu suchen. So war es mit Gratian. Bis zum Jahre 1374 hatte man im *monastero di S. Felice* in Bologna eine Zelle gezeigt, in welcher er sein *decretum* verfasst hatte. Als das Kloster umgebaut wurde, hatte der Abt Bartolomeo in dem neuen Gebäude eine huldigende Inschrift setzen lassen, die auch verschwand, deren Inhalt jedoch die *Chronica Civitatis Bononiae* bewahrt hatte:

„Hanc aulae partem, Lector, Reverenter Adito,
Namque loci monachus *decretum* hic condidit hujus
Divinum Gratianus opus quantumlibet arcto
contentus septo...“¹²⁾

Ein Mann steht so am Anfang der ältesten Universität, ein Mann hatte ihr den ewigen Ruhm verschafft. Wenn wir auch nicht sagen können, dass ein Gelehrter die Universität gegründet hat und ein solcher Mann bei den Gründungen der späteren Universitäten sicherlich fehlte, so steht doch fest, dass das *studium generale* mit einem *magister* und einer Schar ihm ergebener Schüler, die von Wissensdrang getrieben und von Wahrheitsliebe beseelt, sich um ihn sammelten, begonnen hat. Wenn uns etwas verwundert, so sind es zwei Sachen: Warum ist die Universität erst im XII Jahrhundert entstanden und wie ist der Andrang der Jugend aus der ganzen Welt an diese Universitäten zu erklären? Denn daran ist nicht zu zweifeln. Wir haben zu viele Zeugnisse, als dass man sie aus dem Wege schaffen könnte und wenn wir auch von diesen Zeugnissen absehen wollten, haben wir die *Autentica 'Habita'*, die von der Sorge über die nach dem Süden ziehenden Jugend ausgehend, uns eine Vorstellung über den Andrang der Studenten gibt, die ungeachtet aller Gefahren einer langen Reise, doch nach Italien hinzogen, um sich hier dem Studium der Rechte zu widmen.

Anderseits müssen wir uns hüten, das *studium generale* des XII Jahrhunderts als eine ganz vereinzelt und sonderbare Erscheinung in Europa zu betrachten. Das trifft nicht zu. In demselben Jahrhundert hatten sich in der Christenheit grosse Begebenheiten ereignet, um nur die Kreuzzüge und die Ketzereien, das Emporkommen der Städte und das Aufblühen einer genialen Baukunst, des gotischen Stils zu nennen. Alle diese Erscheinungen liefern den Beweis, dass Europa von einem Aufruhr begriffen war, den man die „Renaissance“ des XII Jahrhunderts zu nennen pflegt. Nichtsdestoweniger war man sich bewusst, dass mit dem *studium generale* eine neue Kraft emporkam, obwohl man sich nicht bewusst war, dass eine neue Epoche in der Geschichte der europäischen Kultur begonnen hatte. Die Kirche war die erste, den gewaltigen Einfluss der Universitäten auf das Leben Europas anzuerkennen, ohne doch die daraus folgenden Gefahren verspürt oder gut bemessen zu haben. Waren ja unter den Päpsten Protektoren der Universitäten, um nur Innocenz III zu nennen, schrieb ja Eugen III an den Rektor und *populus* der Stadt Bologna: „*multi diversarum gentium qui apud vos morari consueverunt manifestis rerum experimentis plenius agnoverunt, quos eorum nominis gloriosa fama est per diversa mundi climata nuntiata et longe lateque diffusa*“.¹³⁾

Das dauerte nicht lange. Bald war der Einfluss der Universitäten in den grössten politischen und kirchlichen Angelegenheiten Europas derart zu spüren, dass er die Einheit der Christenheit mehr als die Ketzereien zu bedrohen schien.

Wir wissen heute aus vielen Arbeiten, besonders jedoch aus den Forschungen P. Koschakers,¹⁴⁾ welch grosse Wirkung das römische Recht auf das Leben Europas ausübte und welche Rolle dem Bologneser *studium generale* in dieser Hinsicht zufiel. „*La fama di Bologna*“, sagt der Historiograph der Universität, A. Sorbelli, „*come centro di studi giuridici e luogo di interpretazione e diffusione del diritto romano, si estese a tutti i popoli d'Europa, con un ritmo che ha del meraviglioso*“.¹⁵⁾ Man darf sich nicht wundern, dass beide Mächte des Mittelalters, das Papsttum und das Kaisertum, sich den Einfluss des Rechtes zu eigen zu machen suchten, um es zur gegenseitigen Bekämpfung auszunützen. Das römische Recht wurde so eine die Einheit Europas sprengende Kraft. Die Christenheit zerfiel in zwei Lager. In einem behauptete man: „*Unum esse ius, cum unum sit imperium*“, im anderen erwiderte man:

„Sed est unum solum in toto mundo verum ius divinum, videlicet unus cultus veri Dei, et unum verum ius humanum, scilicet canones et leges consonae iuri divino“.¹⁶⁾

Doch war der Einfluss des römischen Rechts, da ja auch die *ecclesia vivit lege Romana*, überwältigend und die von den Glossatoren begründete Wissenschaft gewann alsbald einen europäischen Charakter. Wie P. Koschaker sagt: „Wäre auch das römische Recht hundertmal vollkommener gewesen, als man ihm nachrühmt, so wäre doch kein einziger Student zu den Glossatoren nach Bologna gezogen, wäre es nicht das Recht des imperium romanum gewesen“ (S. 80). Und mehr in dem praktischen Nutzen, welchen die Kenntnis des römischen Rechts darbot, als in dem Studium der Theologie, das ja bis zum Jahre 1348 der Pariser Universität vorbehalten wurde, lag das Geheimnis der Vermehrung der Universitäten. Alle Herrscher, Könige und Fürsten, später Städte, wollten ein eigenes *studium generale* haben und so entstanden im XIV Jahrhundert 22, im XV-34 neue Universitäten. Gegen Ende des Mittelalters wird es kaum einen Staat gegeben haben, der nicht eine Universität besass, Italien zählte ihrer 17, Frankreich 18, Spanien und Portugal 14.

Die Universität war eine romanische Schöpfung und als solche diente sie als Vorbild den 16 deutschen und allen slavischen Universitäten. Andererseits war die Universität ein internationales Gebilde, in dem alle nationalen Sonderheiten verschmolzen, und wo alle Sprachen Europas vor der lateinischen Sprache wichen. Dank ihrer Zahl und dem Einfluss der Wissenschaften wurde die Universität erst in diesem XV Jahrhundert so, wie sie Alexander von Roes schon im XII Jahrhundert haben wollte: die dritte Kraft Europas. Diese Kraft war sowohl im Papsttum, wie im Kaisertum, besonders doch in der Kirche in der Konzil-Epoche zu spüren und nie waren die Universitäten so selbständig und eigenmütig wie in diesem XV Jahrhundert. Sie wurden von den einen gefürchtet, von anderen gepriesen, von allen geachtet.

Und noch Eines. Das humanistische Ideal, „Scientia donum Dei est unde vendi non potest“, das so vielen edlen Geistern vorschwebte und letzten Endes in der Lehre des Apostels (Mat. 10, 8) wurzelte, ist auch ein Vermächtnis dieser Glanzperiode der Universitäten.¹⁷⁾ Hatten ja die Kanonisten des XIII Jahrhunderts gepredigt, dass die Meister auf den Universitäten und in den Kathedralschulen, die kirchliche Benefizien

genossen, keine Schulabgaben von den Studenten verlangen sollten. Wunderbar ist auch ein anderes nobles Ideal, das ein Ideal eines jeden Gelehrten bleiben muss, und das der Augustiner Konrad Waldhauser den Prager Studenten in einer *Postille* anheim brachte: „Quicumque enim vult fieri bonus predicator debet prius ponere omnes vanitates, sicut dixit Richardus Hugoni de Sancto Victore, cum ab eo quereret consilium et adhuc carnalis esset, quomodo fieret valens doctor: videtur respondisse, *Si vis fieri bonus doctor, efficiaris prius bonus homo*. Alias enim illa quam studentibus offero postilla nec quicumque libri ad faciendum bonum predicatorem aliquatenus valebunt“.¹⁸⁾

Es war inmitten des Ringens um solche Ideale, dass die Universitäten sich eine Sonderstellung gegenüber den zwei mittelalterlichen Mächten erkämpft hatten. Leicht war es nicht.

Hätten sich die Universitäten mit der Pflege der Wissenschaften begnügt und dieselben in ihren Mauern verschlossen, so hätten sie ein ruhiges Leben führen können. Das war ihnen nicht vergönnt. Es zeigte sich, dass das *studium generale* nicht dasselbe wie eine Klosterschule oder Kathedralschule war. Sehr früh wurden die Universitäten in die politischen und religiösen Wirren mit einbezogen und konnten dem Leben nicht entrinnen. Das Leben stellte sie auf die Probe und vor das Dilemma: Entweder die Idee eines freien Studiums preiszugeben oder um die Freiheit zu kämpfen.

Zwei Institutionen waren es, die sich dieser Idee widersetzen, von denen sich die Universität nicht hatte losmachen können: die Kirche und der Staat.

Der Staat hatte zuerst und sehr gut begonnen. Hatte nicht Kaiser Friedrich I schon im Jahre 1158 in einer feierlichen Verfassung die Universitäten unter den Schutz des Staates gestellt und ihnen die Grundlagen der Autonomie gewährt? Trotz der verschiedenen Interpretationen, die ihr W. Ullmann¹⁹⁾ und H. Grundmann geben, ist es nicht zu bezweifeln, dass die *Autentica 'Habita'* das „Palladium akademischer Freiheiten“ darbietet, auf welches alle späteren Universitäten als auf die „goldene Bulle“ zurückblickten. Sie wurde zum Privileg, dessen Geist in alle Stiftungen der mittelalterlichen Universitäten überging. Da diese Stiftungen, wohl vom Papst bestätigt, fast ausnahmsweise fürstliche Schöpfungen waren, ist das der beste Beweis, dass die Universitäten wenigstens bis zum XVI Jahrhundert von der weltlichen Gewalt nichts zu fürchten hatten.

Ganz anders hatte sich das Verhältnis zwischen den Universitäten und der Kirche gestaltet.

Die Kirche strebte immer nach der Einigkeit in der Christenheit, nach der *unitas* im Haupt, in der Verwaltung und in der Lehre. Die Kirche hatte lange Zeit diese Einheit aufrechterhalten können, wiewohl nicht ohne Kampf gegen die Ketzerei, das Schisma und gegen die weltliche Gewalt. Sie fürchtete alle drei, aber die *haeresis* fürchtete sie mehr als die Türken und verfolgte sie strenger als die Heiden. Sie erlitt dabei Verluste, die sie niemals hatte gutmachen können und sie bediente sich solcher Mittel, die sie vor der neuen Welt verabscheuungswürdig machten. Es ist ein trauriger Abschnitt in der Geschichte der Kirche, die für die Inquisitionen selbst bei den nachgiebigsten Historikern keine Duldung finden kann.

Es ist aber auch erklärlich, dass sie die neue Institution, in welcher man auch kirchliche Wissenschaften pflegte, wenn nicht in ihre Gewalt, so doch unter ihre Aufsicht bringen wollte. Nicht ohne Grund hatte sie die Universitäten in Verdacht gehabt, denn diese entstanden in Städten und in den Städten tauchten die Ketzereien auf. Wir wissen heute, was man damals nur ahnte, dass die Ketzereien eine „Ausgeburt“ der Städte und der Universitäten waren, selbst wenn man den Häresien einen orientalen Ursprung nachweisen kann. Wie sollte die Kirche nicht bekümmert gewesen sein, wenn sogar auf der Sorbonne Lehren gepredigt wurden, die mit der hl. Schrift nicht in Einklang zu bringen waren und die Christenheit mit einem *scandalum* bedrohten? Es ist schliesslich dazu gekommen, dass es in Paris, wo nur die Theologie herrschte, vielleicht gerade deshalb, „so viel Fehler wie Doktoren, so viel Skandale wie Vortragssäle, so viel Gottlosigkeit wie Strassen waren“ gab.²⁰⁾

Das klang gefährlich, aber um diese Zeit, als der Bischof von Tournai diese Worte an den Papst richtete, hatte man sich doch mit den Worten Abelards trösten können: „Es ist nicht meine Ansicht, ein Philosoph gegen den hl. Paul, auch nicht ein Aristoteles vom Christ getrennt zu werden. Denn es gibt unter dem Himmel keinen Namen, in dem ich erlöst werden könnte... Und der Fels, auf dem ich meine Wissenschaft aufgebaut habe, ist derselbe Felsen, auf den Christus seine Kirche aufgebaut hat“. So sprach der Philosoph den die Kirche nicht ohne Grund in Verdacht hatte und fürchtete.^{20a)}

Dieser Standpunkt, erklärlich vor dem Jahre 1000, wo die

sozialen Verhältnisse die Einheit der Kirche begünstigten und die Masse der *illiterati* das Aufkommen der Ketzerei fast ausschlossen, wurde mit der Entwicklung der Universitäten mehr und mehr unsicher, schliesslich unhaltbar. Der prinzipielle Gegensatz zwischen den Lehren der Kirche und denen der Universitäten, zwischen der Anschauung über die Quelle und Natur der *veritas* der Theologie und der reinen Wissenschaften kam mehr und mehr zum Vorschein und musste auch früher oder später einen Bruch zwischen der Kirche und den Universitäten herbeiführen. Der Gegensatz war auch unüberbrückbar, da der Begriff der Freiheit, so wie sie z. B. Gregor VII verstand, mit dem Begriff der *libertas*, um welche die Universität rang, unvereinbar war. Auf der einen Seite war es die „Freiheit in ihrem tiefsten Sinne“ dem Mittelalter gleichbedeutend mit „Unterworfenheit unter Gott“ und „Dienst für ihn“, Eingefügt — sein und Sich — einfügen in eine gottgewollte, hierarchisch gestufte Ordnung, auch Rechtsordnung, die jedem das seine gibt, auch seine Freiheit, immer im Verhältnis zur Freiheit der anderen als eine relative, bedingte, gestufte, nie als absolute Freiheit, die nur Gott und dem Jenseits zukommt...“²¹) Auf der anderen Seite war die Wahrheit, die der Mensch suchte, ohne die Androhungen der Kirche zu fürchten und sich um die Lehren der Theologie zu kümmern.

Dieser Standpunkt war nicht gefährlich, solange seine Vertreter mit ihren Wahrheiten hinter den geweihten Mauern versteckt blieben. Wie viele Häresien hat es gegeben, die in einer Zelle geboren, in einem Kloster verklungen. Anders war es, wenn eine solche Wahrheit zum Vorschein kam, oder gepredigt wurde. Hier kommen wir zu der grössten Angelegenheit der Universität, der *licentia docendi*, die trotz so mancher Bemühungen, besonders der Arbeit G. Posts, noch immer umstritten ist. Und doch ist in ihr die akademische Freiheit verkörpert, auf ihr stand und steht die Sendung der Universität. Die Krisis war damals unvermeidlich und sie besteht heute und wird so lange bestehen, solange die Universität diese Sendung nicht verraten wird.

Zum Ausbruch kam sie in den dramatischen Ereignissen in Paris in den Jahren 1229-31, denen der grösste *exodus* der Meister und Jugend vorausging und die zur Folge die Bulle Gregors IX. *Parens scientiarum* hatten. Das Eingreifen Roms brachte in diesem Falle eine der grössten Entscheidungen für das innere Leben der mittelalterlichen Universitäten. Der Sieg

blieb bei der Kirche. Die Universität behielt ihre geraubte Autonomie, aber die *licentia docendi* wurde dem Kanzler, wie-wohl seine Rechte beschränkt wurden, zuerkannt. Das sollte für alle spätere Universitätsgründungen massgebend bleiben und von nun an beschied die Kirche durch den Kanzler, der immer ein Geistliche war, meistens der *ordinarius loci* oder sein Stellvertreter, über den Stand der Wissenschaften auf den Universitäten.²²⁾ Manche Universitäten und Herrscher sträubten sich gegen diese Obhut, die den Schulen in vielen Fällen sicherlich zu Gunsten war, doch ohne Erfolg. Die Kirche beharrte auf seinem Standpunkt und behielt ihn gegenüber allen Universitäten in ihrem Bereich.²³⁾

Die Bulle „*Parens scientiarum*“ hatte weder den Häresien in der Kirche vorgebeugt, noch die Universitäten in ihrem freien Lauf gehemmt. Alle Verfolgungen misslangen und überall waren es die *magistri*, die sich durch Häresien der Kirche anstössig machten. Schlimmer noch — die freien Geister mehrten und mehrten sich und fanden überall Anhänger und Bewunderung. Hat doch Dante einen von ihnen, Siger von Brabant, in der *Divina Comedia* gepriesen:

„Questi onde a me ritorna il tuo riguardo,
è 'l lume d'uno spirto che 'in pensieri
gravi a morir li parve venir tardo:
essa è la luce eterna di Sigieri,
che, leggendo nel vico delli strami,
sillogizzò invidiosi veri“.

Parad., X, 133-8.

Diese gehässigen Wahrheiten brachten eine Ketzerei nach der anderen, die von der Kirche verfolgt ihr schliesslich das grösste Unheil brachten. Die Reformation hatte eine Teilung Europas zur Folge, die auch Dasein und das Wesen der Universitäten umstürzten und die Idee der Universität vor die schwerste Probe stellte. Da der Teilung die Satzung „*cuius regio, eius religio*“ zugrunde lag, mussten sich die Universitäten dem Glauben der Herrscher fügen und zum ersten Mal hatten sie die Hand der politischen Obrigkeit kennengelernt. Die schon bestehenden katholischen Universitäten sollten nun oft unter Schwur an der Verfolgung der Ketzler teilnehmen, diese wieder, die einst zur Bekämpfung der Häresien gegründet wurden, sollten, wie es Knox angesichts der Universität St.

Andrews erklärt hatte, „der frommen Erziehung der protestantischen Jugend“ dienen.²⁴⁾ Die Universitäten zerfielen so unverschuldet in zwei Lager und wurden den religiösen Bestrebungen und Zielen untergeordnet.

Wir werden die Folgen dieser Spaltung niemals voll verstehen, wenn wir uns nicht vergegenwärtigen, welchen Preis die Universitäten für diese Spaltung bezahlt hatten. Es war die akademische Freiheit, ihre Mission, ihre Idee. Die Frage ist, wen man am meisten für diese Herabwürdigung der Universität verantwortlich machen soll: Das Papsttum, die Fürsten oder die Universitäten selbst.

Sicherlich nicht die Universitäten, da diese zu schwach waren, um sich der Willkür der Herrscher zu widersetzen oder der Autorität der Kirche zu trotzen. Um so mehr muss man diese von ihnen bewundern, die die alten Freiheiten oft unter schwierigsten Umständen und selbst unter Lebensgefahr ihrer Mitglieder zu retten suchten. Ihre Liste ist zu lang, um sie hier darzulegen. Ein schönes Beispiel bietet der Professor der Universität in Louvain J. Franz Van der Velde, welcher, als die französische revolutionäre Armee näherte und man keinen Zweifel darüber haben konnte, was die *Sedes Sapientiae* von ihr zu erwarten hat, noch einmal seine *alma mater* angerufen hat: „Puisqu'il faut mourir, mourons debout pour la défense de notre Sainte Foi, pour nos vieilles moeurs, pour nos coutumes pieuses et chrétiennes. La tombe de notre université sera du moins ornée de cette gloire posthume, qu'elle n'est pas tombée par sa propre lâcheté, mais qu'elle a été brisé par les coups de ses ennemis, qui sont aussi ceux de la Foi“.²⁵⁾

Was die Kirche anbelangt, so steht sie immer verrückt da unter dem Pranger der gelehrten Kritik und dem Hasse der ungelehrten Gegner. Wer ihr aber gerecht werden will, darf nicht vergessen, dass sie um ihre Wahrheit kämpfte und diese Wahrheit einem Ziele untergeordnet hatte, zu dem wir heute wie zu einem goldenen Traum hinblicken — der Einheit der Welt und des allgemeinen Friedens. So wie Papst Eugen IV in einem Schreiben an die theologische Fakultät der Wiener Universität geäußert hat: „ut ex agro Domini haereses extirpentur et ecclesia Dei in unitate et pacis dulcedine conquiescat“.^{25a)}

Sehen wir den Fürsten zu, so ist es genug, auf die Stellung Heinrichs VIII gegenüber der *Universitas Oxoniensis* hinzu-

weisen. Als diese mit einem günstigen, die Heirat mit Anne Boleyn angehenden Verdikt zögerte, drohte er zürnend den Meistern: „Non est bonum irritare crabrones“.²⁶⁾ Die Universität wich der Willkür des Monarchen, ohne seiner Wut entgegen zu sein. Er rächte sich, indem er ausser anderen Eingriffen in das Leben der Universität auch das Collegium des Kardinals Wolsey konfiszierte. Der Tod des Protektoren brachte den Niedergang der ältesten und um die Kultur Englands und Europas so verdienten Universität mit sich.

Solches war das Dasein der Universitäten im XVII Jahrhundert, in der Epoche ihres grössten Zerfalls. Von dem alten „Palladium akademischer Freiheit“ blieb nicht viel übrig. Man musste die Universitäten retten, aber wie? Es war ein Glück, dass einige von ihnen die Rettung unternahmen, wiewohl die Anregung von den Fürsten kam, es war ein Segen, dass sie die Rettung von dem Aufleben ihrer Grundidee, ihrer Mission und ihrer Freiheit her begannen. Dies geschah im XVIII Jahrhundert.

Den Anfang hatten aber nicht die alten Universitäten gemacht, die zu lange unter der Obhut der Kirche und der absoluten Fürsten verweilten, um eine Loslösung zu wagen.²⁷⁾ Der Anstoss kam von den jüngeren Universitäten in Halle, Göttingen und später in Berlin. Ihr Schlagwort war — „Lehrfreiheit“ und „Lernfreiheit“, ihr Streben die „*integra libertas philosophandi*“, die zum Ziel hatte, die Wahrheit vom Dogma, die Forschung von Aufsicht zu befreien. So wie es Grundling in seiner Inaugural-Adresse in Halle in 1711 geäußert hatte: „*Veritas adhuc in medio posita est; qui potest, adscendat, qui audet, rapiat; et applaudemus*“.²⁸⁾

Doch war der Weg zur „Renaissance“ der Universitäten noch weit, selbst wenn einzelne Fürsten auch den Durchbruch unterstützten.²⁹⁾ Die „*integra libertas philosophandi*“, die sich mehr und mehr den Weg zu allen Universitäten bahnte, hatte noch lange Zeit der Willkür der Fürsten Rechnung tragen müssen.

In Halle, zum Beispiel, hatte Christian Wolff einige Zeit die Lehrfreiheit genossen, als aber die Berater Friedrich Wilhelm I überzeugten, Wolffs Lehre von der Unfreiheit des Willens könnte auch das Desertieren der Soldaten entschuldigen, da erliess er am 8. November 1723 einen Befehl, dass er gehängt werden solle, wenn er nicht binnen 48 Stunden Halle und alle königlichen Länder geräumt haben würde. Ebenso rücksichtslos waren Friedrich Wilhelm II und sein Minister Wöllner gegen

Kant und die theologische Fakultät in Halle. Degegen hatte Friedrich Wilhelm II vier Wochen nach dem Frieden von Tilsit einer Deputation der Professoren aus Halle erklärt: „Der Staat muss durch geistige Kräfte gewinnen, was er an physischen verloren hat“. Damit das geschehen könnte, musste den Universitäten die alte Freiheit wiedergegeben werden. Sie erhielten sie und erst jetzt „wurde diese Freiheit zum herrschenden und trotz mannigfacher Anfechtung siegreich behaupteten Grundsatz und zum charakteristischen Merkmal der deutschen Universitäten dieses Jahrhunderts“.

Während des XVIII Jahrhunderts vollzog sich so eine Revolution in der Geschichte der Universitäten, die dann im XIX Jahrhundert, ebenfalls dank der Mitwirkung der veränderten politischen und sozialen Verhältnisse, ihnen die Stellung einer freien Korporation versicherte. Der Staat hatte von nun an alles getan, um den Universitäten alle jene Bedingungen zu verschaffen, die ihnen zur Erfüllung ihrer Mission nötig waren — die freie unabhängige Forschung und die alte *libertas docendi*. So ist es beinahe auch heute.

Kann man da über eine Krisis der Universität sprechen? Hat sie sich nicht von den Bänden der Kirche losgelöst? Hat sie nicht eine privilegierte Stellung errungen, die vielen anderen Institutionen nicht zuteil wurde? Und dennoch, damit ist die Frage nach der Krisis der Universität nicht erschöpft. Es bleibt die Frage nach der Kultur.

Auch diese Mission verlor ihre Erhabenheit, Grösse und Wichtigkeit, denn die Universität ist nicht mehr, was sie durch sieben Jahrhunderte gewesen war — der *praeceptor* und Erzieher Europas, sie ist nicht einzig für den Fortschritt der Wissenschaften und der intellektuellen Kultur in Europa verantwortlich. Betrachten wir nun dieses Problem.

Europa wurde bis zum XIX Jahrhundert durch drei Institutionen erzogen, die chronologisch aufeinander folgten, ohne jedesmal eine Krisis hervorgerufen zu haben. Bis zum Ende des X Jahrhunderts waren es die Klöster, vom XI-XIII Jahrhundert die Kathedralschulen, insgesamt die Kirche, die *mater ecclesiae*. Vom XIV Jahrhundert an ging die Erziehung im Westen an die Universitäten über, womit noch nicht gesagt ist, dass die Kirche den Einfluss auf das intellektuelle Leben der Christenheit verloren habe. Im Gegenteil, sie behielt, von den grösseren Städten abgesehen, das niedere Schulwesen und hatte durch den Kanzler einen Einfluss auf die Universitäten be-

wahrt. Dennoch waren es die Universitäten, die in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters die europäische Kultur schufen. Sie gaben Europa den *homo literatus* und diesem *homo literatus* die Weltanschauung. Es war durch lange Zeit hindurch vorwiegend ein Geistliche, und der geistliche Stand bildete die gebildete Schicht der europäischen Völker. Aber Geistliche oder Laie, dieser *homo literatus* besass eine und dieselbe Bildung, er war in einer und derselben Religion erzogen, er sprach eine und dieselbe Sprache — die lateinische Sprache. Würde man ihn fragen — für wen er sich hielt, er würde antworten — für einen Christen.

Der Humanismus hatte diese mittelalterliche Bildung wesentlich vertieft, indem er sie den antiken Quellen näher brachte. Die religiöse Spaltung des XVI Jahrhunderts hatte dieser vertieften klassischen Bildung nicht vorgegriffen, denn auf beiden Seiten pflegte man die klassischen Wissenschaften und beide Lager beugten sich vor dem Zauber der Antike. Zum Vorschein kam ein neuer menschlicher Typus, der mit dem alten nicht mehr dieselbe religiöse Gesinnung teilte, aber doch, ungeachtet der konfessionellen Spaltung, an der Heranbildung der europäischen Kultur wirkte. Wenn man diesen neuen Mann fragen würde, für wen er sich hielt, er würde antworten — für einen Europäer.

Die Renaissance der Universitäten im XVIII Jahrhundert hatte an dieser Sachlage nichts verändert. Zwar wurde Latein als Vortragssprache an den Universitäten durch die nationalen Idiome verdrängt, aber die Grundlagen der Bildung blieben dieselben. Das waren die klassischen Wissenschaften. Einst spärlich in den Klosterschulen gepflegt, dann in den Kathedralschulen und schliesslich auf den *facultates artium* der Universitäten ausgebaut, wurden sie nun verallgemeinert und einer neuen Schule übertragen. Das war das Gymnasium. In ganz Europa, sowohl im Westen, wie im Osten, gab es einen Typus dieser Mittelschule, die kurzhin das „klassische Gymnasium“ genannt wurde. Dieses Gymnasium hatte der Universität einen fertigen Mann gegeben, der von wo er kam, auf welcher Universität er studierte und welche Fakultät er besuchte eine und dieselbe Bildung besass. Wenn man ihn fragen würde, für wen er sich hielt, er würde antworten — für einen Intelligenzen. Diesem Intelligenzen war dieselbe klassische Bildung, die Bewunderung der Antike und das Bewusstsein, dass diese die Grundlage seiner Kultur bildete, gemein. Wo sind aber die

Zeiten, wenn ein britischer Prime-Minister sich glücklich fühlte, weil er nach seiner Entlassung sich dem beliebten Horatius widmen konnte, wo ist der andere, der in derselben Lage den beliebten Kipling ins Griechische zu übersetzen begann.³⁰⁾ Das werden wir wahrscheinlich nicht mehr erleben. Das Problem des Intelligenten ist doch nicht so einfach.

H. Seton-Watson hatte diesem Intelligenten und der „Intelligentsia“ viel Aufmerksamkeit geschenkt,³¹⁾ wobei er diese Schicht der europäischen Bevölkerung als eine Sondererscheinung Ost-Europas anerkannte. Das ist sicherlich zutreffend, doch nur so, wenn man die ost-europäische „Intelligentsia“ von dem Standpunkt ihrer sozialen und nationalen Bedeutung für die Geschichte ihrer Völker betrachtet. Die kulturelle Vision aller dieser Europäer des XIX Jahrhunderts, ungeachtet ihrer Nationalität und Standeszugehörigkeit war aber ein und dieselbe. Was dagegen die Intelligentsia von Ost-Europa von dem gelehrten Mittelstand im Westen unterschied, war die Weltanschauung. Diese hatte sich bei den Polen, Böhmen, Slowaken sowie bei anderen staatslosen Nationen der österreichischen Monarchie grundsätzlich verschieden von dem nationalen Bewusstsein der freien Völker im Westen gestaltet. Deshalb fielen auch den Universitäten Ost-Europas, neben der Erfüllung einer allgemeinen kulturellen Mission, Aufgaben zu, die den Universitäten im Westen erspart blieben und noch heute fremd sind. Kurz gesagt, in Ost-Europa vollzog sich im XX Jahrhundert eine nationale Revolution, die damals unterschätzt, heute verkannt, ohne den Anteil der Intelligentsia und so der Universität undenkbar ist. Niemand verkörperte diese Intelligentsia besser als Thomas Masaryk, in keiner Nation ist der Zusammenhang zwischen der Universität, der Intelligentsia und dem nationalen Erwachen besser greifbar als bei den Böhmen.

Man braucht aber nur die grossen historischen Synthesen durchzusehen, um sich zu überzeugen, wie unbekannt den Historikern der Anteil der ost-europäischen Universitäten an der Kultur Europas blieb, man wird sich vergebens nach Werken umsehen, in denen man die Bedeutung der Universitäten in Ost-Europa für das nationale Erwachen ihrer Völker auch nur ahnte. Eine Ausnahme gibt es jedoch, nämlich die „Prague Essays. Presented by a Group of British Historians to the Caroline University of Prague on the Occasion of its Six-hundredth Anniversary“. Kehren wir nun zu der Krisis der Universität zurück.

Die Krisis ist da, und alle sind sich darüber einig, dass es

eine Krisis ihrer Idee ist. Schrieb ja Karl Jaspers schon 1923 und wiederholte in 1946 und 1961 in der „Idee der Universität“ in „heute zum Teil überholten Fassungen“:

„Die Idee ist dieselbe geblieben, die ganz veränderte Daseinsituation aber verlangt, dass ihre Erscheinung sich wandelt“.

„Heute wird die Reform der Universität als eine für den Staat lebensentscheidende Aufgabe erkannt. Grosse organisatorische Vorarbeiten sind geleistet worden. Trotzdem sind viele der um die Reform Bemühten: Forscher und Gelehrte wie die Beauftragten der Regierungen, von der Sorge bedrückt, ob es in Zukunft noch Universitäten oder unter ihrem Namen etwas ganz anderes geben wird“.

„Das Bekenntnis zur Traditionsform genügt nicht mehr. Die Alternative ist heute: Entweder gelingt die Erhaltung der deutschen Universität durch Wiedergeburt der Idee im Entschluss zur Verwirklichung einer neuen Organisationsgestalt oder sie findet ihr Ende im Funktionalismus riesiger Schul — und Ausbildungsanstalten für wissenschaftlich-technische Fachkräfte“.

„Deshalb gilt es, aus dem Anspruch der Idee die Möglichkeiten einer Erneuerung der Universität in einer den Prinzipien des geistigen Lebens und der modernen Wissenschaftlichkeit selber entsprechenden inneren und äusseren Struktur zu entwerfen und zu beurteilen“.³²⁾

Wie wir sehen, steht die Frage stets offen — „Ob es in Zukunft noch Universitäten oder unter ihrem Namen etwas ganz anderes geben wird“.

Wenn die Universität das sein sollte, was sie war, dann musste man sie re-humanisieren und re-christianisieren. Ist jemand, der es für möglich hält?³³⁾ Die Universität hatte nach zwei Jahrhunderten die drei alten Wesenszüge wiedergewonnen, die ihre Idee bestimmten: Die klassische Bildung, die Lehr- und Lernfreiheit und die kulturelle Sendung. Dank dieser Renaissance im XVIII-XIX Jahrhundert hatten die Universitäten bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges das intellektuelle Leben Europas geleitet und der Kultur Europas ein eigentümliches Gepräge gegeben. Die Kultur war aber durch das Aufrechterhalten der humanistischen Tradition bedingt, die wiederum aus der antiken Zivilisation und der christlichen Ethik emporwuchs.

Alles das ist zu Ende. Die Universität war die Schöpfung des Mittelalters zu einer Zeit, wo Europa, Christenheit und

Westen ein und dasselbe bedeuteten. Dieses Europa besteht nicht mehr. Was wir nun erleben, ist ein „post-Christian age“ oder ein „post-European age“, es ist ein neues Europa, das in der neuen Welt mehr und mehr versinkt und dem alten Europa ganz unähnlich ist.

Die Universität hatte sich den Bedingungen des neuen Staates und den Forderungen der Massen anpassen müssen, was die Preisgabe des humanistischen Ideals unabwendbar nach sich zog. Darin liegt die Krisis ihrer historischen Sendung. Sie ist stets da, aber nur dem Namen nach und mit dem alten *studium generale* hat sie nichts zu tun. Abgesehen von den ethischen Grundlagen, die in der Religion wurzelten, hat die Universität die klassische und humanistische Bildung verworfen was in der Abschaffung der lateinischen Sprache als Gegenstandes in den Mittelschulen den besten Ausdruck fand.

Die einzige Grundlage der neuen Universität ist die neue „madame la haute science“ — die Technologie mit ihren unzähligen Abzweigungen. Sie arbeitet an der Erziehung eines neuen Menschen, gibt ihm eine neue Weltanschauung und schafft eine neue Kultur, die mit der alten hebräisch-griechischen und patristischen Kultur und Tradition weniger und weniger Gemeinschaft hat. Sie hat den Menschen durch die Erfindungen verblindet und durch ihren Segen die Massen gewonnen. Sie führt einen Siegeszug über die Kontinente, wo man zum Aufbau einer neuen Zivilisation der verhassten Ethik der Europäer, so wie der Weisheit der Griechen nicht bedarf. Es geht ihr blendend, denn der Staat unterstützt sie, sie hat nichts zu fürchten, denn ihre Sendung der Wahrheit liegt in Erfindungen, die der Staat gut bezahlt. Freiheit ist nicht notwendig für sie.

Ist es wirklich so? Tauchen nicht vor uns Lysenko und Pasternak empor? Hatten wir nicht die Hoffnung gehegt, dass wir ein für alle Mal das finstere Buch der Verfolgungen würden schliessen können? Nein — das erwies sich als eine Illusion.

Denn die Welt ist erneut in zwei Lager geteilt und so sind es auch die Universitäten. Nirgends hat man das besser beobachten können, als auf den Historiker-Kongressen, da ja keine Wissenschaft mehr der Freiheit bedarf und mehr an das Leben gebunden ist, als die Geschichte. Wie im XVII Jahrhundert handelt es sich auch heute um die Lehrfreiheit und

Lernfreiheit, die die Universitäten nach hartem und zähem Kampf im XIX Jahrhundert endlich wieder errungen haben. In diesem Worte Freiheit ist alles enthalten, diese Freiheit ist der Talisman akademischen Wesens. Es kann aber keine — wie sie G. Kaufmann zutreffend beschrieb, — erbettelte Freiheit sein, es handelt sich um eine Freiheit, um die man nicht wie um ein Privileg oder ein Lebensziel kämpfen muss, sondern um eine Freiheit, die dem Gelehrten als eine Lebensnotwendigkeit, ja als eine Lebensbedingung gegeben werden muss.

Im Westen genießen die Universitäten eben diese Freiheit³⁴⁾ und man könnte sie ihrer Freiheit nicht berauben, ohne die demokratische Verfassung der Staaten umzustürzen. Dagegen hat das sowjetische System die Universität verknechtet und in das XVII Jahrhundert zurück versetzt. Es graut uns, wenn wir lesen, was Konst. F. Shtepa letzthin über die Herabwürdigung der russischen Geschichtsschreibung durch den sowjetischen Staat geschrieben hat: In der Sowjet-Union geschieht alles nach einem Plan. Alles ist diesem Plane untergeordnet, so auch die Wissenschaft, und zwar nicht nur in ihren Formen, d.h. in Institutionen, Ausstattung und wissenschaftlichen Kräften, sondern auch in der Auswahl der zu untersuchenden Probleme und in den Forschungsmethoden.

Die Geschichtsschreibung nimmt einen besonderen Platz in dem ideologischen Kampf und im Kampf auf der „historischen Front“ spiegeln sich am besten die Wandlungen in der Politik der sowjetischen Regierung wieder. Die sowjetische Geschichtsschreibung liefert uns ein gutes Beispiel der Unterordnung der Wissenschaft den politischen Zielen der Partei.

Der sowjetische Historiker ist in diesem Kampfe und in den Händen der Partei nicht so sehr ein Subjekt als ein Objekt, nicht ein Teilnehmer sondern eine Waffe. Der Kampf muss seine Tätigkeit beeinflussen und lässt ein Gepräge auf seinem Leben.³⁵⁾

Man kann Gelehrte, denen ein solches Schicksal zuteil wurde, bemitleiden, aber man muss sich hüten sie voreilig zu verurteilen. Wir wissen ja niemals, ob sie frei sind. Eine solche Verknechtung muss, wenigstens im Bereiche der Humanistik, mit der Katastrophe des Menschen enden. Er muss schweigen, wenn er nicht lügen will, oder wenn er die Wahrheit spricht, dann in der Überzeugung, dass er nur diese Wahrheit verkündigen kann. Das ist unvereinbar mit der Würde des Men-

schen, dem Sinne der Freiheit und der Sendung des Gelehrten. Die Universität steht auf Gelehrten, auf freien Gelehrten, die nur ihrem Gewissen und der Wahrheit treu sind. Wie es B. Malinowski trefflich ausgelegt hatte:

„Freedom of conscience is the essence of religion, and religion is the core of civilization. Cast off Christianity, and religion enters as the Nordic myth of Aryan superiority, the ritual of Hitler worship, and the Nazi ethics of domination. Proscribe God through the anti-God campaign in Russia, and you will worship the spirit of Marx and his gospel at the shrine of Lenin's embalmed body. „Fascism is the new religion of the Italian people“ was proclaimed by Mussolini, who graciously tolerated Christianity among his people, but who preached the true religion of the Black shirt“.³⁶⁾

Die Krisis der Universität ist so letzten Endes die Krisis der Freiheit. Selbst die neue Universität kann sie nicht entbehren, wenn auch sie, losgerissen von der klassischen Kultur und der christlichen Ethik, eine ganz neue Mission zu erfüllen hat und an der Schöpfung einer neuen, technologischen Kultur arbeitet.³⁷⁾ Denn, um sich noch einmal der Lehre des grossen Ethnologen zu bedienen: „It might as well be said that culture is a gift of freedom, for from the very beginnings of humanity freedom is a prerequisite of the exercise, the maintenance and the advancement of cultural achievements“.

ANMERKUNGEN

1) „Et est nota dignum, quod debitus et necessarius ordo requirebat, ut sicut Romani tamquam seniores sacerdotio, sic Germani vel Franci tamquam iuniores imperio, et ita Francigene vel Gallici tamquam perspicatiores scientiarum studio ditarentur, et ut fidem catholicam, quam Romanorum constantia firmiter tenet, illam Germanorum magnanimitas imperialiter tenere precipiat, et eandem Gallicorum argutia et facundia ab omnibus esse tenendam firmissimis approbet rationibus et demonstret. Hiis siquidem tribus, scilicet sacerdotio, imperio et studio, tamquam tribus virtutibus, videlicet vitali naturali et animali, sancta ecclesia catholica spiritualiter vivificatur augmentatur et regitur. Hiis etiam tribus tamquam fundamento pariete et tecto eadem ecclesia tamquam materiali perficitur...“ (Alexander von Roes Schriften. Hrsg. von H. Grundmann und H. Heimpel. Mon. Germ. Hist. Staatsschriften des späteren Mittelalters, I, 1 Stuttgart 1958, c. 25, S. 126-7, auch 2 u. 15).

2) Es ist denn auch gerecht über die Krisis der Universität, aber auch über die Krisis in der Universität zu sprechen. Von diesem Standpunkt ist das Buch: Sir Walter Moberly, *The Crisis in the University* (SCM Press Ltd., London 1949) geschrieben.

3) *Universität und Moderne Welt*. Ein internationales Symposion. — Hrsg. von R. Schwarz. Walter de Gruyter & Co. Berlin 1962 (Bildung/Kultur/Existenz. Veröffentl. des Institut f. Pädagogik d. Universität Wien, Bd. I). Der Verfasser hatte das motto diesem Buche aus M. Schellers Abhandlung: *Die Formen des Wissens und der Bildung*, 1925 gegeben: „Freiheit als eine regsame persönliche Spontaneität des geistigen Zentrums im Menschen — des Menschen als Menschen — ist die fundamentalste schon aller Möglichkeiten von Menschenbildung und Menschenerhellung“.

4) In diesem Geiste ist der Aufsatz Karl Jaspers: *Das Doppelgesicht der Universitätsreform* geschrieben (S. 36—51). Auf S. 50 lesen wir: „Nur wer die Idee der Universität in sich trägt, kann für die Universität sachentsprechend denken und wirken. Wer nicht, der sieht nur einen Betrieb, der sich organisieren lässt nach Zweck und Mittel, und der die Sache einer konventionellen Gesellschaft und ihrer Manieren ist. Der Zweck gilt als bekannt: Ausbildung zu den Berufen, in denen man spezifische Kenntnisse braucht. Die Berufe sind Leistungsweisen wie die Herstellung und der Vertrieb der Waren. Dieser Betrieb wird unter traditionellen rhetorischen Wendungen verkleidet“.

5) XIe Congrès International des Sciences Historiques. Stockholm, 21—28 Août 1960, Rappports I, S. 97—143.

6) Von allen anregenden Studien des Autors besonders doch: *Vom Ursprung der Universität im Mittelalter*. Berichte über die Verhandl. d. Sächs. Akademie d. Wissenschaften zu Leipzig Phil. Hist. Klasse. Bd. 103, H.2. Akad. Verlag Berlin 1957. In diesem Studium wird die Bedeutung Irnerius hervorgehoben, so wie man sie später in Bologna sah.

7) Gaines Post, Alexander III, the 'licentia docendi' and the rise of the Universities. *Anniversary Essays in Medieval History* by Students of Ch. H. Haskins, 1929, 255—277.

8) A. Nash, *The University & the Modern World*. An Essay in the Social Philosophy of University Education. With a Foreword by Reinhold Niebuhr. London 1945, 180.

9) Eine Ahnung, wie schwer er sich durchmachen musste mit seiner Philosophie, aber auch wie erregend sein Einfluss war, gibt uns seine „*Historia calamitatum*“ (Patr. Lat. Bd. 178, Sp. 114—26).

10) H. C. Maxwell Lyte, *A History of the University of Oxford from the Earliest Times to the Year 1530*, London 1886, S. 1—2, 13—15.

11) Die Quelle ist Odofredus (1. Ius Civile. Dig. Vet. De iustitia

et iure 1550. I. f. 7), der Text ist angeführt in dem Buche H. Rashdalls: *The Universities of Europe in the Middle Ages*, Oxford 1936, Bd. I, 2 Aufl. S. 111, Anm. 1: „Signori, Dominus Yrnerius qui fuit apud nos lucerna iuris, id est primus qui docuit in civitate ista, nam primo cepit studium esse in civitate ista in artibus: et cum studium esset destructum Rome, libri legales fuerunt deportati ad civitatem Ravenne et de Ravenna ad civitatem istam. Quidam Dominus Pepo cepit auctoritate sua legere in legibus; tamen quidquid fuerit de scientia sua, nullius nominis fuit. Sed Dominus Yr., dum doceret in artibus in civitate ista, cum fuerunt deportati libri legales, cepit per se studere in libris nostris, et studendo cepit docere in legibus, et ipse fuit maximi nominis; et fuit primus illuminator scientie nostre; et quia primus fuit qui fecit glossas in libris nostris, vocamus eum lucernam iuris“.

Auch H. Grundmann, *Vom Ursprung der Universitäten im Mittelalter* (Berichte über die Verhandlungen d. Sächs. Akademie d. Wissenschaften zu Leipzig. Phil. Hist. Klasse, Bd. 103, H. 2. 1957, 40—41). — Ebenso hebt hervor die Bedeutung Irnerius F. Calasso: „La scuola di Bologna nasce, tra lo scorcio del sec. XI e gl'inizi del XII, per opera di un semplice maestro di arti liberali, Irnerio, il quale rivela il suo genio con una grande intuizione: dare all'insegnamento del diritto quel posto autonomo che, come si vide, nella enciclopedia del sapere medievale non gli era riconosciuto, e, nel tempo stesso, studiare il diritto giustiniano nei teste genuini e completi, mettendo da parte epitomi ed estratti di cui l'età precedente s'era compiaciuta...“ (Medio evo del diritto. I. Le fonti. Milano 1954, S. 368-9). Über Odofredus s. N. Tomassia: *Odofredo* (Atti e Memorie, III, Bd. XI, S. 185—216).

¹²⁾ Fr. Cavazza, *Le scuole dell'antico studio di Bologna* (Atti e Memorie della R. Deputazione di Storia Patria per le Provincie di Romagna. Ser. III, vol. XI, Bologna 1894, S. 85-6).

¹³⁾ Nach P. Kibre, *The Nations in the Mediaeval Universities*. *Mediaeval Academy of America*. Cambridge, Mass. 1948, S. 5.

¹⁴⁾ P. Koschaker, *Europa und das römische Recht*. München—Berlin 1953, S. 80. Ebenso F. Calasso, *Medio evo del diritto*. I. *Le fonti*. Milano 1954, S. 309 ff.

¹⁵⁾ Alb. Sorbelli, *Storia della Università di Bologna*. Vol. I. *Il medioevo* (Sec. XI-XV). Bologna 1944, S. 209.

¹⁶⁾ P. Koschaker, *Europa und das römische Recht*, S. 69—70.

¹⁷⁾ G. Post, K. Giocarinis, and R. Kay, *The Medieval heritage of a humanistic ideal: 'Scientia donum Dei est, unde vendi non potest'* (Traditio, Bd. XI, 1955, 197).

¹⁸⁾ „Postilla studencium sancte Pragensis Universitatis“ wurde durch C. Waldenhausner auf den Wunsch der Prager Studenten verfasst (Prague Essays. Presented by a Group of British Historians to the Caroline University of Prague on the Occasion of

Its Six-hundredth Anniversary. Edited by R. W. Seton-Watson. Oxford Clarendon Press 1949, S. 143-4).

¹⁹⁾ W. Ullmann, The medieval interpretation of Frederick I's Autentic 'Habita'. *L'Europa e il diritto romano. Studi in memoria di Paolo Koschaker*. I. Milano 1953, S. 101—136.

²⁰⁾ „ut tot jam sint errores quot doctores, tot scandala quot auditoria, tot blasphemiae quot plateae“ (Chartul. Univ. Paris. I, nr 48).

^{20a)} Seine Erlebnisse schildert er in der in den Jahren 1131-6 verfassten „*Historia calamitatum*“ (Ed. J. T. Muckle, *Med. Studies*, Bd. 12, 1950, S. 175-213).

²¹⁾ So G. Tellenbach: Das Problem der Freiheit in der deutschen und schweizerischen Geschichte. — Mainau Vorträge 1953. Vortr. u. Forsch. hrsg. v. Institut f. Geschichtl. Landesforschung des Bodengebietes in Konstanz, gel. v. Theodor Mayer, Bd. 2, 1955, angeführt von H. Grundmann: Freiheit als religiöses, politisches und persönliches Postulat im Mittelalter, *Hist. Ztschr.* 183, 1957, S. 26-7.

²²⁾ Die Bulle Gregors IX. wurde nicht ohne Grund die „*magna charta*“ der Universität in Paris genannt (Chart. Univ. Paris, I, nr. 79. Laterani 13 IV 1231), aber sie hatte dem ewigen Streit zwischen der Universität und dem Kanzler nicht gänzlich vorgebeugt. In sich selbst ist dieser Streit, der sich noch lange ziehen sollte, der beste Beweis, dass die *licentia* den Kern der akademischen Privilegien bildete. — Die beste Darstellung gibt P. Kibre, *Scholarly Privileges in the Middle Ages. The Rights, Privileges, and Immunities, of Scholars and Universities at Bologna, Padua, Paris, and Oxford*. *Mediaeval Acad. of America*. Publication No. 72. London 1962, S. 88—129. Ausser der in der Anm. 7 angeführten Arbeit G. Posts, siehe Peter R. McKeon: *The Status of the University of Paris as Parens scientiarum: An Episode in the Development of its Autonomy* (*Speculum*, XXXIX, 4, 1964, 651-675).

²³⁾ So war es mit den deutschen Universitäten. Von den 18 Universitäten, die vor der Reformation gegründet wurden, nur eine hatte den Kanzler, der ein Mitglied der Universität selbst war, das ist Tübingen. An allen anderen war der Kanzler der Diözese oder sein Stellvertreter, jedenfalls ein Geistlicher, z. B. in Wittenberg der Präzeptor der Antonierherrn zu Lichtenburg (G. Kaufmann, *Geschichte der deutschen Universitäten*, II, Graz 1958, S. 110, Anhang).

²⁴⁾ Als die Universität in 1413 gegründet wurde, hatte man gehofft, dass durch ihren Einfluss man den Häresien entgegenwirken wird: „*fides catholica... haeresibus et erroribus valeat resistere...*“ (*Acta Facultatis Artium Universitatis Sanctiandreae 1413—1588*. Edited by Annie J. Dunlop, Olive & Boyd 1964, XI, 173).

²⁵⁾ L'Université de Louvain à travers cinq siècles. Études Historiques. Publiées par Léon van der Essen, Bruxelles 1927, 14. Es geschah im J. 1797.

^{25a)} 16 II 1432 (Der Katholische Charakter der Wiener Universität. Eine Denkschrift der Theologischen Facultät, Wien 1863, S. 35). Seit 1421 hatten alle zu schwören: „Sexto, iurabitis, quod perfidiae et haeresi Hussitrum moderne frmiter uelitis resistere, as eorum nefandos errores et pera uitare, tanquam ueri fideles et orthodoxae fidei christianae cultores...“ (Ibidem, S. 33).

²⁶⁾ H. C. Maxwell Lyte, A History of the University of Oxford from the Earliest Times to the Year 1530, London Macmillan 1886, 470, 473, 477, 479—483.

²⁷⁾ Bekannterweise hatten die alten Universitäten sich vor dem Eindringen der neuen rationalistischen Ideen in ihre Mauern gewehrt. So z. B. hatte man in Marburg beschlossen: „Illam philosophandi rationem ab auctore Cartesianam dictam, quae de omnibus dubitandum esse docet, nec probant ipsi nec iuventuti docentes tradunt. Sunt enim quaedam de quibus citra piaculum ne momento quidem dubitare licet, . . . sed et philosophia ista Cartesiana Aristotelis caeterorumque omnium, qui hactenus claruerunt et recepti fuerunt, philosophorum maximum contemptum instillat, ab eorum lectione studiosos avocat, methodumque praescribit non omnibus ingeniis conducibilem, quam proinde ab Academia nostra omnibus modis publice et privatim exulare iubemus“ (Academiae Marpurgensis Privilegia Leges generales et Statuta facultatum specialia anno 1653 promulgata, ed. J. Caesar Marburgi 1858, p. 53). Angeführt von G. Kaufmann, *Lehrfreiheit*, 42.

²⁸⁾ A. Olubummo and J. Ferguson, *The Emergent University*, Longmans 1960, 5.

²⁹⁾ Zusammenfassend ist das Durchdringen der neuen Universitätsideen von G. Kaufmann dargestellt: *Die Lehrfreiheit an den deutschen Universitäten im neunzehnten Jahrhundert*, Leipzig 1898.

³⁰⁾ E. Jameson: 10 Downing Street. *The Romance of a House*, London 1946, 2 ed., S. 511.

³¹⁾ H. Seton-Watson, *Intelligentsia and Nationalism in Eastern Europe 1848—1918* (XIe Congrès International des Sciences Historiques. Stockholm, 21—28 Août 1960, *Resumés des Communications*, S. 210—212).

³²⁾ Die Idee der Universität. Für die gegenwärtige Situation entworfen von Karl Jaspers und Kurt Rossmann. Spring Verlag, Berlin—Göttingen—Heidelberg 1961, Vorwort. Das Buch wurde übersetzt: *The Idea of the University*. Edited by Karl W. Deutsch. Peter Owen: London 1960. Preface by O. L. Zangwill.

³³⁾ Doch wohl so. Man erinnere sich nur dessen, was W. Jaeger noch im Jahre 1960 schrieb: „Unsere Zeit besitzt keine einheitliche

Kultur, wie das Altertum oder das Mittelalter, ja noch das XVIII. Jahrhundert sie kannte... wir müssen Sorge tragen, dass über der Zersplitterung die Kontinuität des geistigen Lebens gewahrt wird, dass den reinsten, unvermischtesten und echten Elementen der bunten geschichtlichen Kräteschar ihre entscheidende erzieherische Wirkung erhalten bleibt. Unter diese gehört mit an erster Stelle das Erbe der Griechen und Römer — die man nicht trennen kann; als Priester und Wächterin dieser Güter bestellt, muss die Wissenschaft vom klassischen Altertum sich des Kulturgefühls wieder stärker bewusst werden... Darum seien wir Interpreten: Verkünder der Sonne Homers, Deuter aeschyleischen Ernstes, pin-darischer Frömmigkeit, Wecker demosthenischer Glut, Mysten platonischen Tiefsinns, Sucher aristotelischer Forschung, Ausbeuter platonischer Wahrheit...“ (Humanistische Reden und Vorträge. Zweite erweiterte Auflage. Berlin 1960, S. 15—16).

³⁴⁾ Selbst wenn es auf der anderen Seite nicht anerkannt wird. Die Karl-Marx-Universität Leipzig hatte in 1963 ein Buch „Wissenschaft aus nationaler Verantwortung (Beiträge zum nationalen Kulturvorbild der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Wissenschaft) veröffentlicht, in welchem wir, in dem Aufsätze J. Dieckmanns über „Freiheit und Wissenschaft“ folgende Vergleichen finden: „Die Zeit des grossen Irrtums von einer „voraussetzungslosen“ Wissenschaft ist vorüber. In den Schoss der Zeiten versunken ist auch, was Schiller zu Beginn des 19. Jahrhunderts von der Existenz der Freiheit „nur im Reich der Träume“ geschrieben hat. Die Freiheit — nicht zuletzt gerade auch die Freiheit der Wissenschaft — hat dieses Reich der Träume, in dem sie zu Schillers Zeiten in der Tat allein Wohnrecht hatte, verlassen und sich längst, seit 45 Jahren, im Reich der Wirklichkeit angesiedelt, wo sie jedoch auch nur von denen „verdient“ wird, die sie täglich neu „erobern“. Dass unter diesen die Wissenschaftler mit in vorderster Front stehen, ist ebensowohl ihr Verdienst wie in der Sache selbst begründet. Auch die Wissenschaft ist im Raume des Sozialismus frei geworden von den Fesseln, die sie in der Vergangenheit gebunden haben und die sie im Kapitalismus heute noch trägt: frei von der Abhängigkeit von Launen aller möglichen und oft genug unmöglichen Fürstlichkeiten; von Verboten und Verfolgungen klerikaler Inquisition; von dem zu schlechten Kompromissen führenden Zwang, unter den Bedingungen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen existent zu bleiben; von den den Wissenschaftlern in der imperialistisch-kapitalistischen Gesellschafts—„ordnung“ gesetzten Grenzen ihrer Forschung, von ihrer systematischen Einordnung in ein grundsätzlich unfriedliches Gesellschaftssystem...“ (S. 7). Ein weiterer Aufsatz W. Müllers ist dem „Fortschritt und Freiheit in unserer Epoche“ gewidmet (S. 15—36). — Eine ruhige Auseinandersetzung mit der Konzeption

der Universität in Soviet Russia gibt A. S. Nash in dem Abschnitt— „The Marxist Synthesis and the Soviet University“ (The University & the Modern World, S. 137—161).

³⁵⁾ Konst. F. Shtepa, Russian Historians and the Soviet State. Foreword by Alex. Dallin. Rutgers University Press. New Brunswick. New Jersey 1962, S. XI-XII, 382. Vergl. auch Vera Piroshkova: Sowjetische Geschichtswissenschaft im inneren Widerstreit (1956—1959), in Saeculum, IX, 1—2, 1960, S. 180—198.

Andererseits ist es schwer zu begreifen, wie die sowjetischen Universitäten in den Internationalen Verband der Universitäten hätten aufgenommen werden können, da ja die Konstitution dieser Institution so viele erhabene Worte über die Verantwortlichkeit der Universität für das intellektuelle Leben, Freiheit der Forschung, Toleranz, Gerechtigkeit, menschliche Würde enthält, die mit dem Zustand auf den Universitäten in der Sowjet-Union unvereinbar sind (Vergl. den Auszug aus der Konstitution, die sich die International Association of Universities in 1950, in Nicea gegeben hat. Intern. Handbook of Universities and Other Institutions of Higher Education 1962. Editor: H. M. Keyes, Edinburgh 1962, 2nd edition, S. 727).

³⁶⁾ B. Malinowski, Freedom and Civilization, Roy Publishers, New York 1944, S. 22, 29.

³⁷⁾ Über diese Kultur vergl. die neueste Erscheinung: J. Ellul, The Technological Society. Transl. from the French by J. Wilkinson and with an Introduction by R. K. Merton, Jonathan Cape, London 1965, die Aufmerksamkeit verdient weil sie weder durch einen Soziologen noch durch einen Technologen geschrieben ist.



Adam Sawczyński

DAS XVII JAHRHUNDERT IN DER POLNISCHEN GESCHICHTE UND GESCHICHTSSCHREIBUNG

I. Der Wendepunkt in der Geschichte der polnischen Republik

Innerhalb des XVII Jahrhunderts liegt zweifellos der Wendepunkt im polnischen Geschichtsgeschehen.

In der ersten Hälfte des XVII Jahrhundert „die polnische Republik der beiden Nationen“ bildete einen grossen Staat mit grossem Ansehen in der damaligen politischen Welt, mit grosser Bewegungsfreiheit in der auswärtigen Politik. Sie wurde anerkannt als wichtiges Mitglied in der europäischen Staatssordnung.

Weit ausgedehntes Staatsgebiet und beträchtliche militärische Stärke verliehen der Republik Sicherheit nach aussen in grossem Ausmass. Zahlreiche Bevölkerung (etwa 6 Millionen), wirtschaftlicher Wohlstand und hoher Bildungsgrad der führenden Schichten der Nation wirkten dabei mit.

Man muss aber auch betonen, dass die damalige internationale Konjunktur für Polen ausserordentlich günstig war. Sie wurde bedingt durch die langdauernde relative Schwäche nicht nur Russlands aber auch der Türkei, die Gebundenheit der österreichischen Habsburger und bald auch Schwedens in den mitteleuropäischen Wirrungen, die im 30-jährigen Kriege gipfelten. Auch das Sichfernhalten Polens von konfessionellen Konflikten und Kriegen spielte dabei grosse Rolle und wirkte in demselben Sinne.

Im Innern war der polnische Staat sicher schon sehr reformbedürftig. Der mittelalterliche Ständestaat war selbstverständlich veraltet und unfähig die neu auftauchenden Aufgaben zu übernehmen. Dazu kam es, dass die innere sozialpolitische Entwicklung in Polen offenbar zur Ausartung der Ständeversammlung führte und zwar im doppelten Sinne: an Stelle des

Stände-Gleichgewichts befestigte sich endgültig das Prinzip der Vorherrschaft des Adelstandes und innerhalb des Adels wuchs immer Stärker die Macht der Magnaten.

Aber das innere Gefüge der Republik war immer noch stark. Mit Ausnahme des sich stets verschärfenden Kosakenproblems, gab es keine separatistischen Tendenzen in dem vielsprachigen Staate. Der Staatsapparat wies freilich viele Mängel und Schwächen auf — besonders auf dem Gebiete des Finanzwesens — war aber noch immer fähig in wichtigen Momenten tatkräftig aufzutreten. Das volle Versagen der Reichstage war noch immer eine Ausnahme und die grosse innere Krise während des „Zebrzydowski-Rokosz“ konnte schliesslich — wenn auch nicht spurlos — bewältigt werden. Es gab noch Staatsmänner mit breitem politischen Horizont. In der Masse des Adels und nicht selten auch unter den Magnaten spürt man noch deutlich sowohl politische Vernunft als auch bürgerliches Pflichtgefühl, obwohl die Stimmung der materiellen „Sättigung“ und immer stärkeres Streben zum Fortleben im Frieden um jeden Preis sich zweifellos schon sichtbar machen.

Das wäre in Kürze das Bild der Republik in der ersten Hälfte des XVII Jahrhunderts.

* * *

In der Mitte des Jahrhunderts kommt es zum gewaltigen und vollständigen Umsturz.

Den Prolog bildet die Empörung der Kosaken unter Chmielnicki. Darauf folgt allmähliches Auftreten immer neuer Gegner: Moskau, Schweden, der Kurfürst von Brandenburg und endlich auch Siebenbürgen. Alles in allem wird als grosser „nordischer“ Krieg bezeichnet. Er dauerte 12 Jahre.

Die Folge war zunächst militärischer Zusammenbruch Polens und Verlust fast des ganzen Staatsgebietes.

Letzten Endes jedoch zeigte Polen grosse Abwehrkraft wobei aber Mangel an Solidarität bei den Gegnern und auch Hilfe allmählich auftretender Verbündeten — der Tartaren, Österreichs und schliesslich auch Dänemarks und Brandenburgs — eine nicht geringe Rolle spielten.

* * *

Das Bild, das die Republik nach diesen schweren Ereignissen darstellte, weichte sehr stark ab von dem aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts.

Das Staatsgefüge war gelockert und drohte mit der Auflösung. Die nicht bezahlten Truppen, anstatt mit dem Feind zu kämpfen, verwüsteten und ruinierten das eigene Land. Infolgedessen die Gelegenheit Moskau zu schlagen und somit Smolensk und Kiew wieder zu gewinnen, konnte nicht ausgenützt werden. Die gesunden Bestrebungen nach inneren Reformen, die schon während des nordischen Krieges und knapp nach dem Kriege sich fühlbar machten, arteten in inneren Wirrungen aus, (vorerst „Lubomirski-Rokosz“ und dann die „Konfederation von Gołab“), die die Abwehrkraft des Reiches in dem eben ausbrechenden neuen Krieg lahmlegten. Die Reichstage versagten oft und in den wichtigsten Momenten.

Im Kriege mit der Türkei kam es gleich am Anfang zur schweren Niederlage (Verlust der Festung Kamieniec Podolski) und zum schmachvollen Friedensvertrag in Buczacz. Die nachfolgenden siegreichen Feldzüge des Königs Johann III — Chocim und Wien — vermochten für einige Zeit das Ansehen Polens wieder zu heben, schliesslich aber konnten sie nicht ausgenützt werden.

Inmitten der inneren Wirrnisse und Ränke und angesichts des immer mehr unbeholfen geführten Krieges gegen die Türkei, sank immer tiefer die bürgerliche Moral und der politische Gedanke bei den führenden Schichten der Nation sowie auch das Ansehen der Republik im Ausland.

Als Folge der zahlreichen Kriege vollzog sich eine bedeutende Verkleinerung des Staatsgebietes der Republik. Es wurden verloren: an Schweden — Livland, an Moskau — Smolensk und die linksseitige Ukraine samt Kiew, an Brandenburg — das Herzogtum Preussen, an die Türkei — für eine längere Zeitspanne — Podolien und die rechtsseitige Ukraine. Man könnte annehmen, dass alle diese Gebietsabtretungen ein Vorspiel für die späteren Teilungen Polens andeuteten.

Die Lage am Ende des XVII Jahrhunderts könnte man folgend zusammenfassen:

Wesentliche Verkleinerung des Territoriums, allgemeine Erschöpfung des Landes (seit dem Jahre 1648 nur acht Jahre ohne Krieg), fortschreitende Anarchie in der Staatsverwaltung, Lähmung des Militärwesens, Verfall sowohl des politischen Denkens und der bürgerlichen Morale, als auch des Ansehens im Ausland. Dazu trat noch die Verschlechterung der internationalen Konjunktur auf: allmählich tauchten auf — westlich

von Polen das neue Preussen unter dem Grossen Kurfürsten und östlich — das neue Russland unter Peter dem Grossen.

Der Kontrast im Vergleich mit der Lage am Ende der ersten Hälfte des Jahrhunderts ist auffallend sichtbar.

Man kann nicht behaupten, dass diese grosse Wandlung schon damals Polen auf den Weg zur Katastrophe endgültig und rettungslos gebracht hat. Die Republik war immer noch ein grosser Staat und vor allem sowohl die Nachbarn Polens, als auch die westeuropäischen Mächte waren noch gar nicht auf das Verschwinden Polens von der Karte Europas eingestellt. Vor allem die für Polen tödliche Zange von Ost und West — Russland — Preussen — war noch nicht verwirklicht.

Nichtsdestoweniger — die Wandlung war gross und durchaus negativ. Nur eine rasche Mobilisierung sämtlicher nationalen Kräfte zwecks Wiederaufbau der verlorenen Machtstellung konnte noch die vorige Lage herstellen.

Bekanntlich aber ist es damals nicht dazu gekommen.

Wie war es möglich, dass es in kurzer Zeit zu einer so grossen Degradierung des Staates gekommen ist?

War das bloss die Uebermacht der Gegner, gegen die man nichts mehr machen konnte, als das was getan wurde?

Oder waren es die Folgen der inneren Schwäche der Republik — Mangel an Voraussicht oder Opferwilligkeit, Leichtsin, Verfall des politischen *Denkens*?

Auf diese Fragen können die bisherigen Forschungen keine eindeutige Antwort geben.

Um dieses „Denken“ handelt es sich besonders. Was haben die damals lebenden und wirkenden Leute über die ganze so katastrophale Entwicklung der Dinge gedacht? Wie reagierten sie auf alles was geschah und was sich ankündigte? Nur eine tiefgreifende Analyse dieses Gedankenganges bei den einzelnen Staatsmännern und Politiker — und in der Masse der führenden Schichte der Nation kann es klarmachen, warum die Erfolge nicht anders und nicht besser waren.

Ich glaube, dass die Suche nach menschlichen Gedanken und auch nach den irrationalen Elementen, die unser Denken so stark beeinflussen, letzten Endes das Hauptziel jeder historischer Forschung bilden muss. Gerade in unseren Zeiten, wo von verschieden Automatismen und Determinismen so viel geredet wird, müsste der Wert des menschlichen Gedankens als wichtigster geschichtlicher Faktor stets in den Vordergrund der geschichtlichen Forschung gehoben werden.

II. Der Rückstand in der Erforschung des XVII Jahrhunderts in der polnischen Geschichtsschreibung

Es ist ein Paradox, dass eben das XVII Jahrhundert in der modernen polnischen Geschichtsschreibung verhältnismässig am wenigstens erforscht wurde. Wie ist dies zu erklären?

Es sei vor allem bemerkt, dass es nicht immer so war. In den früheren Perioden der neuzeitlichen polnischen Historiographie (im Zeitalter Naruszewicz und Lelewel) war das Interesse für das XVII Jahrhundert keineswegs geringer als für die anderen Perioden der polnischen Geschichte. Die Änderung hat sich angedeutet und vollzogen erst in den letzten hundert Jahren im Zeitalter der Krakauer historischen Schule und ihrer Nachfolger.

Die Krakauer Schule hat nämlich das Prinzip des chronologischen Verfahrens für das Erforschen der polnischen Geschichte angenommen. Man begann mit dem tiefen Mittelalter, um erst nachher, allmählich und stufenweise, die Forschungen auf die Neuzeit zu erweitern.

Im Laufe dieses systematischen Verfahrens begann man sich eben in das Studium des XVI Jahrhunderts zu vertiefen, als der erste Weltkrieg ausbrach, demzufolge die intensive Fortsetzung der Arbeiten unmöglich wurde.

Die Realisierung des chronologischen Prinzips des grossen Planes der Krakauer Schule konnte übrigens schon vorher nicht im vollen Umfang durchgeführt werden, da das Interesse für die spätere Geschichte Polens ständig wuchs und die Forscher, die sich mit dem XVIII und XIX Jahrhundert befassten, nicht warten wollten (z. B. Kalinka, Korzon, Askenazy).

So geschah es, dass das XVII Jahrhundert gewissermassen übersprungen wurde und blieb auch weiterhin die am wenigsten erforschte Zeitperiode in der polnischen Geschichte.

Diese Tatsache tritt am stärksten auf dem Gebiete der Quellenpublikationen auf. Während die Masse der bestehenden mittelalterlichen Quellen schon vor dem ersten Weltkrieg veröffentlicht wurde und auch für das XVI Jahrhundert grosse Quellensammlungen im Druck erschienen, blieb das XVII Jahrhundert gänzlich im Hintergrund. Es genügt zu erwähnen, dass für die Regierungen der drei Könige aus der Familie Waza und des Königs Michael bis jetzt nicht einmal die wichtigsten Staatsakten im Drucke veröffentlicht wurden. Nur für

die Regierung des Königs Johann Sobieski wurde eine grosse Aktensammlung vor achtzig Jahren angekündigt und eingeleitet. Sie sollte etwa 25 Bände umfassen, tatsächlich aber sind nur drei Bände erschienen. Überhaupt muss man feststellen, dass in den beiden älteren Zeitperioden der polnischen Geschichtsschreibung (Naruszewicz-Lelewel), für das XVII Jahrhundert, viel mehr Quellen veröffentlicht wurden als in den nachfolgenden Perioden bis zur unseren Zeit. Da muss man aber gleich hinzufügen, das jene alten Quellenpublikationen in keiner Beziehung den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechen.

Auch in der letzten Zeit — nach dem zweiten Weltkrieg — ist in Polen auf diesem Gebiete kein wesentlicher Fortschritt zu bemerken. An Quellenpublikationen erscheinen dort, wenn es sich um das XVII Jahrhundert handelt, fast ausschliesslich nur Quellen zur wirtschaftlichen und sozialen Geschichte. Politische und Verfassungsgeschichte sind Ausnahme.

Nur im Ausland — in der polnischen Emigration — wurde auf diesem Felde ein grossangelegtes Unternehmen eingeleitet und auch schon teilweise realisiert. Das in Rom gegründete „Institutum Historicum Polonium“ begann, im Rahmen eines umfangreichen Planes, die sich im Ausland befindenden Quellen zur polnischen Geschichte — zu veröffentlichen. Es handelt sich meistens um Staatsakten, die die politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Beziehungen Polens zum Ausland betreffen. Bis jetzt erschienen bereits 10 Bände dieser „Elementa ad fontium editiones“, die im Wesen eine gross angelegte Sammlung der polnischen „Acta Extera“ darstellen. Ein grosser Teil derselben bezieht sich auf das XVII Jahrhundert.

Auf dem Gebiete der *geschichtlichen Literatur* spürt man auch — obwohl nicht im so hohen Grade — die oben erwähnte Lücke in der Erforschung des XVII Jahrhunderts. Es haben sich zwar mit diesem Jahrhundert viele Historiker befasst und es fehlten unter ihnen nicht sehr gründliche und sogar hervorragende Forscher (Kubala, Czermak, Korzon, Hierszberg, Szlągowski, Konopczyński — und eine ganze Reihe seiner Schüler mit W. Czapliński an der Spitze — und dann Sobieski, Mienicki, Tomkiewicz, Chowaniec, Tyszkowski), jedoch die schmale Quellenunterlage musste sich an ihren Werken negativ auswirken. Erst nach dem ersten Weltkriege ist da eine Besserung der Lage zu beobachten. Was die letzte Zeit anbelangt, soll es hervorgehoben werden, dass in Polen bedeutende

Belebung der dem XVII Jahrhundert gewidmeten Studien wahrzunehmen ist. Eine grosse Anzahl von älteren und jungen Historikern ist dabei tätig. Abgesehen von der unumgänglichen, grundsätzlichen Tendenz, wurde viel auf diesem Gebiete geleistet. Was dabei besonders betont werden muss, das ist das Bestreben, womöglich das ganze bestehende (auch archivalische) Quellenmaterial völlig auszunutzen.

Im allgemeinen besteht also die Hoffnung auf eine günstige Wandlung in der Geschichtsschreibung über das XVII Jahrhundert. Die bisherigen Fortschritte muss man jedoch im grossen und ganzen als verhältnismässig gering bezeichnen. Am stärksten empfindet man dies bei der Lektüre grosser syntetischer Werke. Liesst man z. B. über das XVII Jahrhundert in der „Geschichte Polens“ von Szujski (ausgegeben in den 60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts) und zugleich in der „Neuzeitlichen Geschichte Polens“ von Konopczyński (erschienen achtzig Jahre später), so kann man sich schwerlich des Gefühls erwehren, dass die beiden Darstellungen — was die Hauptprobleme und die leitenden Gedanken anbelangt — nur verhältnismässig kleinen Unterschied aufweisen. Nebenbei hat man den Eindruck, dass in der Darstellung der Tatsachen der Einfluss der zahlreichen zeitgenössischen Geschichtsschreiber noch immer eine grosse Rolle spielt, was übrigens mangels anderer und besserer Quellen allzu natürlich ist. Und aus demselben Grunde war es bis jetzt unmöglich, jene zeitgenössischen Historiker einer gründlichen Analyse zu unterwerfen.

Übrigens kann man nicht aus den Augen lassen, dass dieser ungünstige Stand der Dinge auch andere tiefere Gründe hat.

Der gesamte, aus dem XVII Jahrhundert stammende, archivalische Quellenbestand ist seit jeher sehr unvollständig und lückenhaft. Bereits die Lockerung des polnischen Staatsapparates eben im XVII Jahrhundert, brachte mit sich Verminderung der Sorgfalt für die Staatsakten und Vernachlässigung der Archive. Das Aussterben der Familie Waza hatte zur Folge Zerstreung und schliesslich — zum grossen Teil — auch Vernichtung der persönlichen königlichen Archive. Das sinkende Interesse für das öffentliche Leben war die Ursache, dass auch in den privaten Archiven (vor allem der Magnaten) vorwiegend gerichtliche und wirtschaftliche — nicht aber politische — Akten aufbewahrt wurden.

Dazu kamen die sich fortwährend wiederholenden Kriegs-

verwüstungen. Schon die Kriege im XVII Jahrhundert — besonders die Kosaken- und Schwedenkriege — haben da viel Übel getan. Im Laufe der danach folgenden politischen und kriegerischen Ereignissen — die Katastrophe der altpolnischen Republik und die Freiheitskämpfe im XIX Jahrhundert — mehrten sich die Verwüstungen der Archive, bis endlich jenes grosse, allmähliche Vernichtungswerk in der beispiellosen Einäscherung so vieler wichtigsten Archive und Bibliotheken nach dem Warschauer Aufstand 1944 — seine tragische Krönung fand. Und gerade die das XVII Jahrhundert betreffenden Quellen haben dabei besonders stark gelitten.

Die oben geschilderten Vorgänge haben den archivalischen Quellenbestand des XVII Jahrhunderts nicht nur beträchtlich reduziert, aber sie haben ihn auch in einem fast unglaublichen Grade zerstreut und durchgemischt — und zwar sowohl im allgemeinen als auch in kleineren und kleinsten archivalischen Einheiten. Nach den Teilungen Polens wurden grosse Teile des polnischen Archivalbestandes in die Archive Russlands, Preussens und Österreichs einverleibt, wo sie für die polnischen Historiker nur schwer zugänglich oder überhaupt nicht zugänglich waren. Nur ein Teil davon konnte nach dem ersten Weltkriege von Polen revindiziert werden. Auch jetzt befindet sich ein grosser Teil der für das XVII Jahrhundert wichtigen polnischen Quellen (20-25%) auf dem Gebiete Soviet-Russlands.

Aber auch das, was sich an Ort und Stelle in Polen befindet, bietet den Forschern wegen Zerstreuung und Vermischung die grössten Schwierigkeiten. Bis jetzt gibt es eigentlich keine Konzentrationen und systematische Rekonstruktionen der zerstreuten archivalischen Einheiten, ja sogar keine gründliche Registrierung des gesamten archivalischen Bestandes. In konkreten Fällen muss sich da jeder Forscher selbst helfen.

*

*

*

Wenn es sich um die politische Geschichte und die Verfassungsgeschichte handelt, liegt der Schwerpunkt auf der Geschichte der polnischen Reichstage. Es ist dabei gleichgültig, was sie wert waren und wie ihre Tätigkeit endgültig beurteilt wird.

Tatsächlich bildeten sie das Zentrum des politischen Geschehens im Polen des XVII Jahrhunderts. Alle auswärtigen und inneren Probleme, Krieg und Friede, Verwaltung, Finanzwesen, Heerwesen — das alles konzentriert sich im Reichstage.

Alles was zwischen den Reichstagen geschieht, steht im engsten Zusammenhang entweder mit dem vorherigen oder mit dem nächsten Reichstag.

Die Lage ist insofern günstig, dass gerade die dazu gehörigen Akten im grossen Ausmasse erhalten sind und im wesentlichen komplettiert werden können.

Die Korrespondenz, die vor jedem Reichstag stattfindet, die „Litterae deliberatoriae“ des Königs an die Senatoren und die Antworten derselben, die „Legationen“ und „Propositionen“, die der König an die Landtage der einzelnen Wojewodschaften — samt den Budget-Vorlagen — richtet, die „Lauda“ und „Instruktionen“ für die Landtags-Deputierten — das alles ist noch in grosser Anzahl zu finden und könnte zusammengestellt werden.

Zum Verlauf der Reichstage besitzen wir fast immer noch zahlreiche „Diarien“ (Tagebücher), unter denen die Berichte der Danziger Residenten und Abgesandten eine grosse Bedeutung haben. Nebenbei sind noch einzelne im Reichstag gehaltene Reden, Protokolle der Reichstagskommissionen, Gesetzentwürfe und endlich Reichstagsbeschlüsse und Gesetze („Constitutionen“).

Schliesslich folgen die Akten, die die Vollziehung der Reichstagsbeschlüsse betreffen. Die Protokolle des residierenden Senatsausschusses sind hier vor grösster Bedeutung.

Man könnte sagen, dass jeder Reichstag zu einer grossen Aussprache zwischen allen massgebenden Faktoren in politischem Leben der Republik, Gelegenheit gab. Im Rahmen dieser Aussprache hören wir die Stimmen des Königs, der Senatoren und des Adels. Eine vertvolle Ergänzung jener Gespräche ist in den erhaltenen Brüchen der politischen Korrespondenz der Könige mit den einzelnen Magnaten sowie in der zeitgenössischen publizistischen Literatur zu finden.

Das ganze Material gibt einen tiefen Einblick in das politische Wirken und Denken sämtlicher wesentlicher Faktoren.

Durch systematische Erforschung dieser Quellen könnte am schnellsten eine tiefgreifende Revision der das XVII Jahrhundert betreffenden, bisherigen Geschichtsschreibung durchgeführt werden. Freilich müsste das diesbezügliche Quellenmaterial vorerst registriert und zusammengestellt werden. Es ist ein grosser Schaden, dass die ähnlich gemeinte Initiative des Prof. Konopczyński (vom Jahre 1916) nicht realisiert werden konnte.

Jeder Reichstag mit seiner Vorperiode und Nachperiode müsste gründlich durchgearbeitet und in Form einer Monographie dargestellt werden. Was für ein dankbares Feld für kollektive Arbeit! Man könnte dazu junge Mitarbeiter als immerneue Hilfskräfte heranziehen. Für diese wäre es eine glänzende Gelegenheit zur fachmässigen Fortbildung unter Leitung der älteren Generation.

Ein solches systematisches Durcharbeiten der Geschichte des polnischen XVII Jahrhunderts würde sicher ein neues, gründlicher dokumentiertes Bild jener Epoche geben. Besonders zur tiefen Erkenntnis des politischen Gedankens bei den leitenden Persönlichkeiten und in den führenden Schichten der Nation wäre damit eine neue und feste Grundlage geschaffen.

Es wäre nicht richtig die oben dargestellte Problematik als eine nur lokale, partikulare oder rein polnische Angelegenheit zu betrachten. Es handelt sich um das Wesen und die Entwicklung der Bedeutung und der Rolle des polnischen Elementes in der allgemeinen europäischen Geschichte. Denn eines ist jedenfalls sicher: inmitten des sich im XVII Jahrhundert in Polen abspielenden geschichtlichen Prozesses — Aufstieg, Umsturz und Absturz der Machtstellung der altpolnischen Republik — ging verloren die Jagiellonische Idee, die auf das politische Zusammenleben sämtlicher Völker zwischen Deutschland und Moskau eingestellt war. Dies sollte auf die weitere Entwicklung der politischen Lage in Europa und schliesslich auch in der Welt einen gewissermassen entscheidenden Einfluss ausüben, indem es zur Machtstellung Russlands zuerst in Europa und dann in der Welt führte.

SONDAGES AUTRICHIENS AU SUJET DU RETABLISSEMENT DE LA POLOGNE EN 1854

La part que la question polonaise a jouée dans l'histoire diplomatique de la guerre de Crimée fut notée à peine dans les oeuvres de Friedjung et du vicomte de Guichen. Elle fut abordée avant la seconde guerre mondiale par l'historien polonais Henri Wereszycki dans une étude basée surtout sur les documents des Archives d'Etat à Vienne („Kwartalnik Historyczny“ v. 41, 1927). Son analyse des entretiens du baron Hübner, ambassadeur d'Autriche à Paris avec l'Empereur Napoléon III et le ministre des Affaires Etrangères Drouyn de Lhuys, ainsi que ses conversations avec le comte Buol à Vienne ont fait ressortir combien la cause polonaise s'imposait aux alliés de l'Ouest et à la Monarchie Habsbourgeoise: dès que la guerre turco-russe s'alluma l'intervention des puissances occidentales aboutissait à la rupture avec la Russie et le rôle décisif de l'Autriche devenait évident. La question polonaise soigneusement éliminée d'abord pour ne pas faire d'une guerre à but limité une lutte mortelle, reparaisait tout de même pendant toute sa durée.

Les recherches sur son histoire diplomatique furent reprises à plus large envergure par l'éminent historien de cette époque, le regretté Marcell Handelsman. Il était en train de compléter les recherches lorsque la deuxième guerre mondiale éclata. Son atelier de travail aux archives du Ministère de l'Instruction Publique fut détruit avec des matériaux accumulés pour son oeuvre ainsi que ses propres manuscrits et lui même devenait un proscrit traqué par les occupants. C'est dans ces conditions difficiles à imaginer qu'il réussit à écrire son oeuvre sur „Adam Czartoryski“ (trois volumes, Vars. 1948-1950), dont le troisième volume engloba son étude inachevée sur la guerre de Crimée, avec une documentation imposante, basée sur les sources documentaires et imprimées des archives et collections

polonaises, françaises, anglaises, autrichiennes, belges, italiennes et autres. Sa mort dans un camp de concentration en 1945 portait un coup cruel à son oeuvre. Cependant des films furent sauvés et le texte publié tel qu'il l'avait laissé, avec des lacunes inévitables dans la documentation et l'exposition. Discutable parfois dans ses interprétations et jugements, c'est une oeuvre imposante par l'ampleur des recherches, la profusion des sources exploitées, la connaissance approfondie des événements et des acteurs de ce drame historique.

Or parmi les thèses controversables de cet exposé de l'histoire politique des années 1853-1855, on trouve une concernant la question polonaise dans la politique de Napoléon III et celle de l'Autriche. Handelsman attribuait à Napoléon le mérite d'avoir mis la question polonaise à l'ordre du jour et de ne l'avoir plus abandonné. Et il dénonçait le jeu insidieux de l'Autriche, qui tout en évitant la rupture avec la Russie, parvint à s'assurer tous les avantages des victoires des alliés et à faire sombrer les plans polonais de Napoléon. Cette interprétation des documents qui abondent m'a paru contestable; j'ai proposé une autre dans mon livre „Czartoryski and European Unity“ (Princeton, 1955, chapitre 19). Si je reviens à ce sujet, c'est pour tâcher d'élucider les cas de sondages secrets et énigmatiques de la part de l'Autriche, concernant le caractère et les buts de la guerre et particulièrement le sort de la Pologne. La correspondance presque journalière entre Prince Czartoryski, résidant à Paris à l'Hôtel Lambert et reconnu par les trois puissances alliées: la France, la Grande Bretagne et la Turquie comme porte-parole de la Pologne, et Lord Dudley Coufts Stuart, son représentant confidentiel à Londres, permet de suivre jour par jour les vacillations de la politique des alliés en général et en particulier dans tout ce qui concerne la Pologne et l'Autriche aussi. Handelsman connaissait ce fond qui fait partie des collections du Musée Czartoryski à Cracovie. Il en avait emprunté les volumes respectifs et était en train de les dépouiller quand les archives à Varsovie, où ils se trouvaient, furent bombardées; il les croyait détruits. Il paraît qu'on a réussi à les sauver, et les plus importants, ceux de 1854, ont été retrouvés à Cracovie. Mais en écrivant son oeuvre il n'en avait plus tous les textes sous ses yeux.

Avant même la rupture entre la Turquie et la Russie l'Emigration polonaise était en pleine activité. Depuis le mois de jan. 1853 Czartoryski conférait avec l'empereur Napoléon sur la

probabilité du conflit; au mois de février il soumettait un mémoire à ce sujet à Drouyn de Lhuys.

Après la rupture des négociations entre la Russie et la Turquie et l'entrée des troupes russes en Moldo-Valachie il se rendit le 22 juin à Londres avec un mémoire sur les buts et la conduite de la prochaine guerre. Il insistait sur la nécessité d'une solidarité entière avec la France et d'une action commune pour sauver et renforcer l'Empire Ottoman, pour obtenir l'émancipation des populations chrétiennes en Turquie et pour résoudre en même temps la question polonaise. Il se rendait nettement compte de l'importance de la coopération de l'Autriche et il suggérait de créer un royaume roumain pour les Habsbourgs comme compensation pour la Galicie, qui serait restituée à une Pologne indépendante, neutre, dont l'existence serait garantie par les puissances comme celle de Belgique. Or il se heurtait à l'impassibilité des hommes d'Etat britanniques qui ne voulaient pas admettre la possibilité d'une guerre. Palmerston seul se rendait compte de son inévitabilité. A Paris Drouyn de Lhuys et les autres hommes d'Etat se refusaient à discuter la question de la Pologne.

Au début des hostilités — octobre 1853 — la coopération entre la Porte et l'Hôtel Lambert fut établie par l'entremise de Czaykowski, ci-devant agent diplomatique du Prince, devenu général turc sous le nom de Sadyk Pasha. Des officiers polonais émigrés furent invités à commander les troupes ottomanes, la formation des Cosaques ottomans de Sadyk devenait le noyau d'une force armée polonaise, la question d'une légion polonaise avec le drapeau national fut posée à Constantinople, à Paris et à Londres. Les hommes d'Etat alliés n'y voulaient voir qu'une „légion désertionnaire“, un instrument pour provoquer la décomposition des troupes russes. Ils refusaient de lui attribuer une signification politique. Stratford de Radcliffe lui même dont l'autorité avait contribué à l'échec de la mission de Menshikov et à l'attitude ferme de la Turquie dans les négociations qui s'ensuivirent, s'opposait maintenant à la création des légions polonaises et à toute évocation de la question de la Pologne pour ne pas compliquer le problème essentiel, le sauvetage de la Turquie. A Constantinople, comme à Londres on préférerait ne pas s'aliéner l'Autriche par des formations portant le nom et le drapeau de la Pologne.

Cependant toutes les trois puissances alliées reconnurent Czartoryski semi-officiellement comme „centre et intermédiaire pour

toutes les matières concernant la création d'une légion polonaise" et Lord Dudley Stuart ainsi que le général Zamoyski comme ses plénipotentiaires à Londres et Constantinople. Le Prince fut reçu par l'Empereur le 13 avril — deux semaines après la déclaration de la guerre. Il fut assuré de son désir chaleureux et sincère de restaurer la Pologne, avec cette restriction qu'il était nécessaire de gagner d'abord la coopération de l'Autriche. L'Empereur fit mention de son idée de créer d'abord un Duché de Varsovie. Il y croyait voir un moyen pour introduire le problème polonais. Or le nom de „Duché de Varsovie“, pars pro toto de la question polonaise, n'avancait guère celle-ci, vu l'existence légale d'un „Royaume de Pologne“ sous la souveraineté et l'occupation militaire russe et il paraît difficile de concevoir pourquoi ce nom diminutif serait plus agréable à l'Autriche. S'il y avait un sens politique, c'était de ressusciter le boulevard avancé de l'Empire Napoléonien sur la Vistule, qui avait été créé à Tilsit par un accord franco-russe et augmenté en 1809 par le traité de Schönbrunn aux dépens de l'Autriche. Le retour à cette situation paraissait remplacer la position menaçante de la Russie dans le bassin de la Vistule par une place-d'armes française, non moins redoutable. Cette suggestion ne trouva d'accueil favorable ni à Londres ni même à Paris. Persigny, l'éminence grise de Napoléon III, avertit le Prince que la question polonaise était un pot d'eau bouillante où se trouvait la clef de la situation, et personne n'avait le courage d'y toucher. On négociait avec l'Autriche et la Prusse et on n'osait pas poser le problème polonais sans leur accord; Drouyn de Lhuys s'opposait à toute action polonaise, la France ne pouvant rien entreprendre sans accord avec l'Autriche, et le Duc de Morny avertissait que les Polonais doivent se comporter comme s'ils étaient morts, car c'est la France qui s'en occupait. Et Walewski lui-même, ci-devant officier et agent diplomatique polonais — disait à ses anciens compatriotes: „Restez tranquilles, la Pologne sera restaurée par une action diplomatique des puissances de l'Ouest et de l'Autriche“. Clarendon, le secrétaire des Affaires Étrangères à Londres, partageait ses vues. Tout restait donc subordonné à l'alliance avec l'Autriche.

Avant même la rupture avec la Russie, 7 janvier 1854, Drouyn de Lhuys avertit le baron Hübner qu'une attitude neutre de l'Autriche était désormais impossible et il y ajouta la menace, que dans le cas où les forces autrichiennes néces-

saires pour vaincre la Russie feraient défaut, on aurait recours aux Polonais, Hongrois et Italiens „sous la bannière des nationalités“. La réaction fut inévitable: Buol demanda le 7 février une déclaration formelle pour décourager toute tendance révolutionnaire. L'Empereur François Joseph nourrissait une défiance profonde envers Napoléon III. Il demanda à son ambassadeur à Paris l'assurance que son partenaire éventuel méritait sa confiance et qu'il a sérieusement rompu ses liens avec les révolutionnaires. Il ne voulait pas avoir à faire au lieu du protectorat russe, qu'il détestait, protectorat des puissances de l'Ouest. Il était conscient du péril de la domination russe aux bouches du Danube. Au mois de mars il avertit le roi de Prusse, que le salut de l'Autriche exigeait l'évacuation des Principautés danubiennes par les Russes et même leur occupation par les troupes autrichiennes. Il ne voulait pas déclarer la guerre au Tsar et gardait l'espoir qu'une fois les Principautés évacuées, il pourrait arrêter son avance contre les Russes sur la frontière du Pruth.

Une alliance défensive et offensive conclue avec la Prusse le 20 avril prévoyait son concours pour imposer l'évacuation et même l'entrée simultanée en guerre si la Russie voulait incorporer les principautés ou avançait par les Balkans.

La crise était sérieuse et on se trouvait au mois de mai à un pas d'une guerre générale. L'archiduc Albert — le gouverneur général de la Hongrie, constatait dans son mémoire que l'Autriche avait de toutes les puissances les plus grandes possibilités de tenir en échec les plans russes: „Dès ce moment et pour longtemps peut-être l'Autriche semble destinée par la Providence d'être l'adversaire politique de la Russie“. Ce mémoire préparait la décision et l'ultimatum fut présenté le 3 juin à St. Petersburg.

Or, dans cette période de crise, Hübner ainsi que Buol cherchaient à convaincre l'Empereur que dans le cas d'une guerre contre la Russie le premier coup de feu tiré sur la Vistule souleverait inévitablement le problème polonais.

En attendant on se plaignait cependant à Paris des activités politiques de l'Hôtel Lambert et des projets de légions polonaises en Turquie. Ceci provoqua (le 21 mai) un entretien avec l'Empereur. Celui-ci lança son ballon d'essai: Si la Russie poussait l'Europe à l'extrême, il faudrait rétablir le Duché de Varsovie élargi vers l'est, sans toucher aux provinces de la Pologne appartenant à l'Autriche et la Prusse.

Hübner considérait cette proposition comme dangereuse. Elle serait exploitée à Vienne par les nombreux et influents adversaires d'une guerre contre la Russie; il faut espérer que la crise pourra être achevée sans changement de frontières. Napoléon insistait sur le caractère conservateur de la guerre même si elle devenait une guerre à outrance, et Drouyn de Lhuys y ajoutait que le gouvernement français ne procéderait au rétablissement de la Pologne que sur une proposition faite par l'Autriche d'accord avec la Prusse. Il faisait même entrevoir une sorte de protectorat des puissances sur un Duché de Varsovie. Ceci fut confirmé dix jours après par une instruction à Bourgueney, l'ambassadeur à Vienne. La proposition était irréaliste: on ne pourrait s'entendre avec la Prusse que pour le maintien du statu quo en Pologne ou pour un nouveau partage et non pas pour sa reconstitution.

Le 4 juin Buol prenait bonne note de l'assurance reçue, mais il insistait encore sur l'importunité de ranimer les espoirs des émigrés polonais et d'aborder la question de la Pologne tant que l'Autriche n'avait pas encore rompu avec la Russie. Une lettre confidentielle admettait la possibilité de changements territoriaux dans l'avenir.

Czartoryski informa Dudley Stuart le 16 juin des propos de Walewski à plusieurs Polonais, que „la Prusse et l'Autriche n'étaient trop opposées au rétablissement de la Pologne mais qu'elles ne voulaient pas en faire la première proposition“ — ce qu'il attribuait à leur crainte d'une vengeance russe — „et l'Occident ne le fait pas par crainte d'une guerre à mort avec la Russie“. Le prince faisait (le 27 juillet) un bilan amer des pourparlers avec l'Autriche: ils ont abouti à la relégation de la question polonaise à un avenir indéfini et au retard de l'expédition de Crimée.

Cependant, quelques jours à peine écoulés, il informait Lord Dudley d'une situation bien changée (lettre du 3 août).

„Il paraît que les paroles du Comte Walewski sur les dispositions des puissances allemandes relativement à la Pologne étaient fondées sur un fait véritable. L'Autriche dans ce moment a changé de langue et sa conduite en Galicie. Des employés haut placés ont parlé à des citoyens de marque du pays de manière à leur faire entendre que l'Autriche (...) pensait au rétablissement de la Pologne et qu'elle le désire“. Et il confrontait cette nouvelle avec les assertions contraires des hommes d'Etat alliés qui „disent qu'ils ne peuvent rien nous

accorder de peur de mécontenter l'Autriche!“ Il continuait: „Il y a là, si je ne me trompe, quelque chose de bien machiavélique... C'est un labyrinthe où je me perds. Ne pourriez-vous pas m'aider à trouver le fil qui nous en fera sortir...“

Le 15 août il lui passait la communication suivante: „Il y a environ un mois que Mr de Mercandin, Gouverneur de Cracovie et de la Galicie Occidentale vint rendre visite où il n'avait jamais été, à Cte M. (=Pierre Moszyński) homme d'un caractère infiniment intègre et honorable et qui à cause d'une vie remplie de sacrifices et de persécutions exerce une grande influence sur ses compatriotes. Mr de Mercandin lui dit, que les circonstances étaient de nature à rendre probable un changement heureux dans le sort de la Pologne: que l'Autriche avait souvent regretté d'avoir pris part au partage de ce pays; qu'elle avait été punie de cette grande faute par la malédiction qui pesait depuis lors sur elle et qui l'avait attaché forcément à la politique russe, mais qu'elle voulait maintenant se laver de sa faute et se libérer de la malédiction; que l'Autriche rendrait même sans difficulté la Galicie; que ce point convenu, elle ne pourrait que trouver des avantages dans l'existence d'une Pologne indépendante; et qu'il était venu demander au Cte M., comment ces communications de la part de l'Autriche seraient accueillies par les Polonais de sa domination et engager le comte à user son influence pourqu'ils les reçussent avec confiance et lui prêtassent leur concours (Il est bon de remarquer que M. de Mercandin avait été jusqu'à présent très opposé personnellement à tout ce qui ressemblait à une tendance polonaise, que ses paroles par conséquence ne pouvaient être que la suite des instructions de Vienne).

„Le Cte Moszyński lui répondit que le Gouvernement autrichien savait qu'en Galicie il n'y avait que deux classes qui eussent de l'importance politique, c'était la classe éclairée et jouissant de quelque aisance, et le clergé. Qu'il devait avouer que ces deux classes, ayant vu le Gouvernement autrichien depuis le 1-er partage toujours occupé à miner l'indépendance de la Pologne et à détruire sa nationalité, elles ne pouvaient avoir de confiance dans ses intentions. Que si lui, le Cte Moszyński, prétendait leur inspirer cette confiance, il n'y réussirait pas, et que seulement cela lui ferait perdre la popularité et l'influence qu'il avait acquis et qui pouvait être utile dans un autre moment. Mais que le Gouvernement autrichien avait un moyen sûr de s'éclairer sur la manière d'effec-

tuer les intentions qu'il paraissait avoir: c'était de s'adresser à l'émigration et nommément au Prince Czartoryski qui se trouvait à sa tête, et qui étant dans une position indépendante, pouvait traiter efficacement des intérêts du pays avec un espoir certain de lui inspirer pleine confiance.

„Le même discours a été tenu à Léopol par (Cte Gołuchowski) Gouverneur de la Galicie méridionale (sic!) au Cte D. (Aléxandre Dzieduszycki), également recommandable et influent sur ses compatriotes et il a reçu la même réponse. Ces messieurs ont crû devoir me prévenir de ces circonstances, supposant que le baron de Hübner serait ici chargé de me faire quelque ouverture à ce sujet, ce qui n'a pas eu lieu jusqu'à présent. Ils m'ont envoyé une personne de confiance à cet effet, ce qui doit rester très secret, car ils pourraient par là être gravement compromis. Il est cependant de mon devoir de ne pas cacher aux ministres anglais ce nouvel incident qui dans la crise actuelle peut annoncer et donner une marche différente aux événements. Je vous laisse le soin de faire cette communication comme vous la jugerez le plus à propos; et de savoir ce qu'ils en penseront et d'obtenir, s'il est possible, pour me gouverner leur avis...“

Les ouvertures de Mercandin semblent trop solennelles pour ne pas y voir l'expression des intentions du souverain. Or, il faut rappeler que la tradition des larmes de Marie Thérèse obligée à signer l'acte du partage de la Pologne et de ses angoisses au sujet des conséquences funestes de ce fait, restait vivante dans la Maison impériale et il y eut dans chaque génération des membres de cette Maison qui se firent entendre en parler avec regret ou effroi. Il paraît que l'Archiduchesse Sophie, la mère du jeune Empereur, le prenait très au sérieux. On sait qu'elle était très antirusse et convaincue que le salut de la Monarchie demande l'entrée de l'Autriche en guerre. Les lettres de François Joseph à sa mère ne laissent aucun doute quant à ses sentiments et sa conviction: „Es ist hart gegen frühere Freunde auftreten zu müssen, allein in der Politik ist das nicht anders möglich und im Orient ist Russland unser natürlicher Feind“.

La déclaration de guerre au mois de juillet semblait inévitable, la concentration des armées autrichiennes était avancée, le projet d'alliance avec la France et l'Angleterre prêt, l'Empereur décidé à le signer si les Russes refusaient l'évacuation des Duchés.

Les sondages au sujet de la Pologne correspondaient à une situation bien précisée.

La réaction des Polonais qu'ont avait choisi et avec bonne raison pour les apprôcher n'était guerre encourageante. Il faut se souvenir cependant que huit ans seulement se sont écoulés depuis les massacres en Galicie, six ans depuis les bombardements de Cracovie et Léopol, deux ans depuis les dernières exécutions.

Quant à Czartoryski, au lieu de risquer un sondage lui même et approcher Hübner, il demanda conseil aux ministres anglais et à l'Empereur Napoléon. Il apprit presque en même temps qu'un autre sondage autrichien avait eu lieu, concernant les buts de la guerre et la Pologne. Le général Duplat, délégué britannique au Commandement Interallié, ci-devant consul anglais à Varsovie, ami intime de Dudley Stuart et Czartoryski, confia au Prince, qu'on lui avait montré au „Foreign Office“ (il s'agissait du Ministère des Affaires Étrangères à Paris, mais Czartoryski avait crû que c'était à Londres) une note confidentielle qu'on appelait l'ultimatum autrichien. Il y a trouvé comme condition *sine qua non* d'une pleine participation à la guerre d'accepter comme but essentiel la reconstitution d'un État intermédiaire qui séparerait l'Autriche et l'Allemagne de la Russie et leur assurerait la sécurité de ce côté. C'était mettre la question de la Pologne au premier plan. Czartoryski passa cette nouvelle à Lord Dudley demandant des explications des ministres anglais. Ceux-là assuraient de n'en rien savoir. Ils mettaient en doute l'existence d'un tel document, trop important pour ne pas avoir été présenté au Conseil. Il paraît qu'à Paris on niait son existence. Mais Duplat ne voulait pas démentir; Dudley Stuart était fermement convaincu de l'exactitude de son information et Czartoryski constatait, que les expressions citées par Duplat étaient presque identiques à celles que Gołuchowski avait employées à Dzieduszycki à Léopol: „L'Autriche était obligée de se tenir avec l'Occident car sa perte était certaine et immédiate si elle s'en séparait à cause de l'Italie, de la Hongrie etc., tandis qu'en agissant *de concert* elle pouvait encore se soutenir longtemps; mais que dans ce cas il lui fallait absolument un État intermédiaire qui la séparasse et la garantisse de la Russie...“

Palmerston et Clarendon ainsi que les ministres français étaient unanimes à persuader le Prince que ce qu'on a dit en Galicie n'était pas sérieux, qu'il s'agissait simplement

d'un guet-apens. Comme si une démarche de deux gouverneurs au nom de leur gouvernement n'était qu'un tric policier. Czartoryski restait dans le doute.

Ce qui n'est pas douteux, c'est qu'on préférait à Paris et à Londres de ne pas pousser quant aux buts de la guerre au delà du renforcement du statu quo.

La réponse polonaise aux sondages de 1854 ne vint que neuf ans après, pendant l'insurrection de 1863, dans une brochure intitulée: „L'Empereur François Joseph, roi de Pologne“ (Paris 1863, Dentu), où on croit découvrir la plume de Julien Klaczko, l'éminent écrivain politique, future éminence grise au Ballhaus Platz à l'époque de Beust; et c'est dans ce sens que l'adresse de la Diète Galicienne déclarait à l'Empereur en 1866 la volonté des Polonais de se rallier à sa personne et à sa politique annoncée de faire respecter les droits des nations.

La question des démarches de 1854 exige des recherches ultérieures. C'est aux historiens autrichiens d'élucider ce qui semble avoir été un „secret de l'Empereur“.

LA PLACE DU DROIT DANS LA COMMUNAUTÉ INTERNATIONALE — POINT DE RENCONTRE ENTRE LES SCIENCES HISTORIQUES ET JURIDIQUES

L'objet des sciences historiques est l'étude des faits relatifs à l'activité humaine, développée à des époques déterminées, dans le cadre d'un groupe étatique, national ou ethnique et, au fur et à mesure du développement de la civilisation, dans le cadre, plus ou moins large, d'une communauté internationale. Ceci nous amène à poser la question qu'est-ce qu'une communauté internationale à un moment donné de l'histoire et quelle est l'influence des règles juridiques sur la conduite des Etats. C'est, sans aucun doute, une des questions les plus troublantes de notre époque. Elle doit préoccuper non seulement le juriste, mais aussi l'historien, le sociologue, l'économiste, l'homme politique et, en général, tous ceux qui soit étudient les problèmes complexes de la vie internationale soit prennent part active à celle-ci. La réponse à cette question ne doit pas, par conséquent, être laissée aux juristes seuls, une telle recherche ne saurait être entreprise par la seule méthode logico-juridique. Tout en reconnaissant la parfaite autonomie de la science du droit qui a recours à des critères qui lui sont propres, on est nécessairement amené à se baser sur les données qui peuvent être fournies par d'autres disciplines.

L'histoire de l'évolution de la communauté internationale au cours des siècles et le rôle joué par le droit dans les rapports internationaux restent, en grande partie, le domaine exclusif des juristes, malgré l'importance de ce sujet surtout pour l'histoire diplomatique. Pour un historien ce n'est, bien entendu, qu'un des aspects de l'histoire des relations internationales, mais c'était un aspect trop souvent négligé par les non-juristes. D'autre part ce n'est qu'un historien qui peut voir la complexité de la vie internationale dans toute son étendue et il

est le seul qui est à même d'assigner au droit sa place dans les rapports internationaux.

Remarquons tout d'abord qu'à notre avis le point de vue d'un historien ne différera certainement pas beaucoup de celui d'un homme politique qui au cours de sa vie active a dû faire face aux réalités politiques. Citons l'opinion de Jules Cambon, un des diplomates les plus éminents de la III^e République qui dans, son ouvrage classique „Le Diplomate“ a fait ressortir avec la plus grande clarté la différence entre „l'esprit juridique“ et „l'esprit diplomatique“ :

„Burke disait que gouverner, c'est transiger (all government is founded on compromise). L'art du diplomate tient de l'art de gouverner, car toute action diplomatique aboutit à une négociation, et qui dit négociation dit, pour une partie au moins, transaction. On voit par là combien l'esprit diplomatique diffère de l'esprit juridique. L'application des lois et leur interprétation comportent théoriquement une certaine rigueur qui s'accommode mal de l'empirisme de la politique. Tenir compte des faits, avoir souci de l'opinion publique, s'incliner devant la nécessité, s'inquiéter des répercussions lointaines d'une décision, souffrir même un tort pour éviter un plus grand mal, tout cela est le fait d'une raison qui ne s'en remet pas uniquement à la lettre des textes pour décider. Il est vrai qu'il y a un droit des gens, mais quelque progrès qu'il ait faits depuis Grotius, il n'a pas encore la précision impérative de nos codes. C'est peut-être heureux, car c'est à peine si les peuples commencent à comprendre que leurs relations doivent être réglées par le droit. Le droit des gens, encore à ses débuts, ne peut guère être jusqu'à présent autre chose qu'un droit coutumier. Assurément, les traités, les conventions d'arbitrage, les décisions du Tribunal de la Haye créent des rapports de droit entre les nations, mais où trouver la force exécutoire qui leur imposera le respect? Jusqu'ici, il n'y en avait point d'autre que le recours à la fortune des armes, et tout effort de la diplomatie était de chercher par quels moyens on pourrait éviter d'en être réduit à cette extrémité“.¹⁾

Le point de vue empirique qui prédomine dans la vie politique s'accorde mal avec certaines tendances de la théorie du droit international. Nous savons, que des tentatives ont été faites

de séparer complètement la science du droit comme science normative des autres branches de la science qui s'occupent des phénomènes de la vie sociale. C'est l'opposition entre „le devoir-être“ (Sollen) et „l'être“ (Sein), prêchée par l'école néo-positiviste des néo-kantiens dont le fondateur est Hans Kelsen. On sait que d'après Kelsen le caractère normatif d'une norme ne découle que de la norme fondamentale, celle-ci n'étant qu'une hypothèse initiale de l'intelligence humaine. Kelsen prétend que cette hypothèse initiale transforme la force en droit. Ainsi, comme le remarque le professeur C. Rousseau „le droit tient sa force obligatoire non de la volonté étatique, mais d'une norme comme une simple donnée hypothétique adoptée par le juriste pour les besoins de sa construction technique“.²⁾

De cette façon le droit se détache complètement de la réalité sociale. Hans Morgenthau observe à ce propos que „ce sont précisément les néo-kantiens qui jugent que toute considération de la réalité est de la part d'un théoricien des normes quelque chose de détestable, quelque chose comme une inconvenance de l'esprit“.³⁾

La doctrine du droit pur trace une ligne de partage très nette entre la validité (Geltung) et „l'effectivité“. Si comme le professeur C. Rousseau le constate „la norme juridique est une déduction constante du monde phénoménal“⁴⁾ il est clair que la logique qui sert de base à toute la doctrine du droit pur ne saurait nous donner une réponse adéquate au problème de la naissance et de la disparition des normes juridiques. Il y a lieu de rappeler ce que Henri Bergson a dit à ce propos: „Géométrie et logique sont rigoureusement applicables à la matière. Elles sont là chez elles, elles peuvent marcher là toutes seules. Mais, en dehors de ce domaine, le raisonnement pur a besoin d'être surveillé par le bon sens, qui est tout autre chose“.⁵⁾ Il a dit aussi: „On n'a pas remarqué combien la portée de la déduction est faible dans les sciences psychologiques et morales. D'une proposition vérifiée par les faits on ne peut tirer ici des conséquences vérifiables que jusqu'à un certain point, dans une certaine mesure. Bien vite il faut en appeler au bon sens, c'est à dire à l'expérience continue du réel, pour infléchir les conséquences déduites et les recourber le long des sinuosités de la vie“.⁶⁾

Une norme de droit reste-t-elle valide si une grande partie de la communauté internationale refuse de s'y conformer? H. Morgenthau répond à cette question d'une façon catégorique:

„La vérité est... que le défaut de la reconnaissance d'une norme par une grande partie de la communauté diminue considérablement la possibilité de la réaliser, c'est à dire son efficacité juridique“.⁷⁾ On peut se demander quelle est la valeur sociale d'une règle juridique si elle n'est pas une règle de conduite sociale d'un grand nombre des membres de la communauté internationale. Cette norme cesse de gouverner les rapports entre les membres de cette communauté ou alors la communauté elle-même rétrécit son cadre.⁸⁾

M. Reglade consacre à ce sujet quelques passages pertinents : „Sans être une science des phénomènes le Droit est intimement lié aux sciences de cette espèce, à l'inverse de la morale. Tandis que celle-ci est purement normative, le Droit est comme un trait d'union entre les sciences de faits et les sciences normatives. Le Droit peut sembler être comme le produit d'un milieu social donné, car un système juridique a pour raison d'être apprécié comme des valeurs sociales, c'est-à-dire valorisé par rapport aux conditions d'existence et de développement d'un groupement social donné. Ces valeurs constituent son ordre social“.⁹⁾

Il est évident que l'efficacité et par conséquent, jusqu'à un certain point, la validité d'une norme juridique dépend toujours d'un certain état de fait, d'une réalité sociale sous-jacente. Il en résulte qu'une incertitude plane toujours sur l'existence même des normes juridiques, et ceci infiniment plus que dans le droit interne. Stone parle à ce propos d'une „pénombre de doute qui règne aux abords de l'aspect phénoménal du droit international“.¹⁰⁾ Après avoir établi l'insuffisance de la méthode logico-juridique pour déterminer le rôle joué par le droit dans la vie internationale à certaines époques, la science juridique ayant besoin du concours d'autres disciplines s'occupant des faits, entre autre l'histoire, mentionnons brièvement une autre méthode qui peut aussi intéresser l'historien, notamment la méthode sociologique. Il ne faut pas oublier que la sociologie qui doit son nom, comme on le sait, à Auguste Comte, est née en opposition à toute notion de droit, comme émanation de l'esprit métaphysique et, par conséquent, fausse et anarchique. La doctrine positiviste développée par Auguste Comte dans „Le Catéchisme Positiviste“ n'admettait jamais que les devoirs chez tous envers tous, tout droit humain est donc aussi absurde qu'immoral“.¹¹⁾ Comte croyait que le droit disparaîtrait quand l'humanité serait entrée dans l'époque du positivisme. Dans

cette première période de la sociologie les esprits humains étaient fascinés par le progrès des sciences naturelles et ceci explique la transposition des lois naturelles dans le domaine des sciences sociales. D'après Comte qui, ne l'oublions pas, était mathématicien, „il y a des lois aussi déterminées pour le développement de l'espèce humaine que pour la chute d'une pierre“.¹²⁾ On a appelé la sociologie de Comte: „une technologie de la machine sociale, un manuel des forces inanimées qui font tourner les roues des âges“.¹³⁾ Nous trouvons les mêmes idées chez Gumpłowicz pour qui „ce ne sont que les faits et leur conformité aux lois qui intéressent le sociologue“.¹⁴⁾

Si le rôle du juriste, comme nous l'avons dit, devait se réduire à la découverte de ces lois scientifiques, découlant de la „nature de l'homme“, la norme juridique perdrait son vrai caractère et „le devoir-être“ se confondrait avec „l'être“. Il y avait beaucoup de fatalisme dans cette école de sociologie qu'on a souvent appelé „école mécanique“.¹⁵⁾

On peut dire la même chose du matérialisme historique qui réduisait tous les phénomènes de droit au jeu des forces économiques.

La vie sociale est trop complexe pour qu'on puisse jamais arriver à établir des lois générales dans le domaine des sciences sociales. Déjà Bergson a remarqué: „qu'aucune catégorie de notre pensée, unité, multiplicité, causalité mécanique, finalité intelligente etc. ne s'applique exactement aux choses de la vie“.¹⁶⁾ Dans les sciences sociales nous avons à faire avec le principe „d'indétermination“ qui provient de la „multiplicité de causalités“.¹⁷⁾

En raison de la multiplicité de facteurs contribuant à la formation du droit, la méthode sociologique doit être circonscrite à l'étude des principaux phénomènes sociaux comme systèmes de valeurs sociales. „L'essence de l'examen sociologique“ — écrit Schindler — „consiste dans le fait que le droit n'est pas étudié comme un domaine isolé, mais dans ses relations avec l'ensemble de la réalité sociale et comme partie de celle-ci. Au point de vue sociologique, il y a lieu d'examiner quelle est l'influence du droit sur le reste de la réalité sociale et comment celle-ci, à son tour, influence le droit; comment, en d'autres termes, le monde en dehors du droit influe la formation, le maintien et la destruction du droit, comment il favorise certaines institutions juridiques et en paralyse d'autres“.¹⁸⁾ Le progrès de la sociologie du droit depuis le milieu du siècle

passé a énormément contribué à l'élargissement de nos vues sur la fonction du droit dans la vie sociale. Qu'il suffise de mentionner les noms tels que Benjamin Cardozzo, Durkheim, Duguit, Lévy, Letourneau, Le Bon, Gurvich, Hauriou, Max Weber, E. Ehrlich, Tawney, Gumplowicz, Roscoe Pound, Julius Stone. Il n'y a pas de doute que l'école historique d'abord et l'école sociologique ensuite ont attiré l'attention sur les facteurs sociaux dans la formation des règles du droit que l'école positiviste voulait ramener à l'idée simpliste du consentement, exprès ou tacite. Partant du point de vue que le droit n'est pas une construction intellectuelle, détachée des facteurs phénoménologiques,¹⁹⁾ nous ne pouvons que souscrire à l'opinion exprimée par Roscoe Pound dans son étude, „Philosophical Theory and International Law“ qui considère qu'une des raisons principales de la décroissance de l'autorité du droit international provient du fait que la théorie s'est détachée des faits. Il estime que la doctrine classique du droit international du XVII et XVIII siècles a montré beaucoup plus de compréhension pour la structure sociale de son temps que ce ne fut le cas au XIX et XX siècles. D'après lui la doctrine classique s'est basée sur la tendance qui s'est fait jour de donner aux faits un moule juridique et métaphysique afin qu'ils s'adaptent à la théorie. D'après lui „les faits de droit international... demandent une théorie qui doit se développer des faits et ceux-ci doivent être interprétés par nous en termes d'efforts efficaces et propres à atteindre les buts poursuivis“.²⁰⁾

Mario Giuliano dans son ouvrage „La Comunità Internazionale e il Diritto Internazionale“ émet le même jugement sur la valeur éminemment sociale de la doctrine classique du droit international. D'après lui: „Le Jus Naturae était basé sur la réalité sociale, sur une réalité sociale bien déterminée dont les exigences, les problèmes, les rapports se reflétaient dans la conscience, dans la „recta ratio“ de ceux qui participaient à ces rapports, en termes de valeurs juridiques, des faits juridiques, licites ou illicites.²¹⁾ L'immutabilité de „Jus Naturae“ voulait plutôt dire que ce droit n'était pas laissé à la discrétion des législateurs individuels, qu'il n'était pas laissé à l'initiative de tel ou tel souverain, cette immutabilité n'existait pas par rapport à la société prise dans son ensemble.²²⁾ A la doctrine classique le phénomène juridique apparaissait essentiellement comme système juridique coutumier, logique et naturel, expression et manifestation des rapports de la vie sociale, telle qu'elle,

s'était stabilisée entre les divers Etats souverains et indépendants qui, à cette époque, s'étaient établis définitivement en Europe²³⁾

Les opinions ci-dessus énoncées sont entièrement confirmées par l'analyse historique pénétrante faite par J. Kosters dans son ouvrage capital, „Les Fondements du Droit des Gens“. Il rappelle que déjà Saint Thomas d'Aquin „s'inspirant évidemment d'Aristote avait professé que par exception la mutabilité de la nature humaine avait pour corollaire la mutabilité du droit naturel“²⁴⁾ Pour Grotius „le droit des gens qui, comme droit volontaire, ne concerne pas les actions qui sont bonnes ou mauvaises en elle-mêmes, mais rend celles-ci obligatoires ou illicites, uniquement parce ce droit le commande ou les prohibe. Le droit des gens est un droit humain, un droit positif. Dès que la volonté unanime des peuples se modifie aussi se modifie le droit des gens“²⁵⁾ Kosters remarque aussi qu'il „n'est pas inutile de faire remarquer de quel positivisme prudent et sensé la grand naturaliste fait constamment preuve. Cette circonstance n'a pas échappé à Bynkershoek qui montre que Grotius se tient toujours aux coutumes et aux usages, à tel point que lorsqu'ils font défaut, il ose à peine poser quelque règle de droit des gens“²⁶⁾ Pour ce qui concerne Bynkershoek lui-même, Kosters cite l'opinion exprimée par lui „Ut mores gentium mutantur, sic et mutatur jus gentium“, (Ad Lectorem, IV, 1737). Il ressort de tout ce qui précède que l'historiographie ne saurait se désintéresser du problème de la formation et de la validité des normes du droit international dans les rapports entre les Etats à certaines époques déterminées. D'autre part, le contact avec les sciences historiques ramène le juriste à l'étude des faits et lui permet de corriger certaines conceptions détachées de la vie. L'historien pourra plus facilement comprendre les crises successives du droit des gens au cours des différentes périodes. Ces crises accompagnent d'habitude les périodes de tension internationale quand certaines règles de la conduite internationale ne correspondent plus aux réalités sociales. Si cela arrive la faute n'en est pas toujours aux juristes. Charles de Visscher dans un article publié dans La Revue Générale de Droit International Public²⁷⁾ s'en prend à ce qu'à son avis constitue la raison principale du malaise actuel et de la perte de confiance dans le droit international comme vrai système de valeurs sociales. De Visscher attire l'attention sur l'affaiblissement progressif du processus coutumier qui est un

processus „de consolidation de certaines régularités matérielles en un principe général“, et son remplacement par la réglementation conventionnelle“. „Or, le traité“ — comme le dit avec raison M. de Visscher — „est loin de garantir cette adéquation de la réglementation juridique aux réalités sociales qu'assure spontanément la formation coutumière“. Cet état de choses engendre chez les hommes de gouvernement „une propension aux anticipations contractuelles, elle les entraîne dans la vie de planification, inspirée par l'idéologie ou par l'esprit de système. Il n'y a que trop de preuves récentes des dangereuses facilités qu'offre le traité à des entreprises hâtives et artificielles“. Je ne peux que souscrire à cette diagnose du mal existant depuis bien d'années. En effet, la facilité avec laquelle on a stipulé certains engagements internationaux que personne n'avait l'intention de mettre à l'exécution fait que de pareils traités sont devenus lettre morte dès leur naissance. Il incombe à l'historien d'explorer les causes de la faillite de certains engagements internationaux qui ne correspondaient pas aux réalités sociales et au système commun de valeurs. Pour pouvoir le faire l'historien devra se servir, entre autres, des données fournies par la science juridique.

*

*

*

Une société ne peut exister sans un certain nombre de règles de conduite dans les rapports réciproques. „Le fait qu'il existe une pluralité d'Etats“ — écrit le célèbre juriste italien Giulio Dena — „qui, en outre de rester en rapports réciproques, se soumettent à certaines règles, donne la vie à ce qu'on appelle 'La Société des Etats' qui ne peut s'établir qu'entre les Etats partageant certaines idées morales et juridiques et qui possèdent ce qu'on appelle une conscience juridique commune“.²⁸⁾ La notion de société, d'après Gerhard Niemeyer, „est une des conceptions les plus axiomatiques de toute la théorie du droit international. Son caractère axiomatique se manifeste dans le fait qu'on pourrait trouver à peine des tentatives de prouver l'existence de la société internationale“.²⁹⁾ Ce n'est qu'après la I-ère guerre mondiale que les doutes se sont élevés quant à l'existence d'une telle société. Le juriste belge Charles de Visscher affirme que „cette faible perception du bien commun international n'autorise pas à parler d'une communauté internationale comme d'un ordre déjà établi“ Tout en constatant que „la croyance en une communauté plus vaste et plus haute

que les unités politiques entre lesquelles se répartissent les hommes, répond assurément à une exigence de raison“, il arrive à la conclusion que „la communauté internationale est un ordre en puissance dans l'esprit des hommes; elle ne correspond pas à un ordre effectif. Il lui manque, pour être une communauté juridique, le contrôle du droit sur l'emploi de la force, ce qui implique essentiellement: une adhésion générale à la distinction entre l'usage légitime et l'usage illégitime de la force, l'instauration d'un système de transformation politique, l'organisation de la répression collective de l'agression“.³⁰⁾

Je ne peux souscrire à cette assertion qu'avec certaines réserves. Il n'y a pas de doute que la communauté internationale n'est pas une société „juridiquement organisée“;³¹⁾ qu'elle ne correspond pas à la définition employée par l'école viennoise d'une „Rechtsgemeinschaft“³²⁾ et, que si l'on veut se placer, sur le terrain des réalités il faut admettre la conception d'une société d'Etats „superiorem non reconscentes“. Le milieu social international est bien différent du milieu social interne. Il n'en pourrait pas être autrement tant que les Etats s'interposent entre l'individu et l'humanité. „Il est impossible“ — écrit Timasheff — „de considérer le droit international comme un ensemble des normes juridiques imposées aux nations souveraines, étant donné que ceci supposerait une structure de pouvoir planant au-dessus des Etats. Il n'y a qu'une seule construction possible du droit international et elle est la suivante: Le droit international est formé par les règles juridiques similaires des différents Etats, en ce qui concerne les rapports inter-étatiques“.³³⁾ Non seulement c'est par l'intermédiaire des Etats que les normes du droit international sont créées mais ce sont eux aussi, qui, en pratique, exécutent et, par conséquent, interprètent ces normes et puisque la communauté internationale n'est pas juridiquement organisée, il n'y a aucune instance qui pourrait prétendre au rôle de gardien du droit. Burckhardt consacre à ce sujet des remarques particulièrement pertinentes: „L'application n'est possible sans l'interprétation et qui peut interpréter, peut en fait changer. Qui peut défendre aux parties d'interpréter un traité comme elles veulent, un tiers le peut, s'il y voit son intérêt, mais il ne peut le faire qu'en exerçant ses droits conférés par le traité, il agit dans ce cas comme porteur des droits subjectifs auxquels il peut renoncer ou qu'il peut mettre de côté, s'il est d'accord, mais non comme gardien d'un droit ayant une valeur absolue

et qui doit être inconditionnellement exécuté ou qui ne saurait être rendu inefficace par aucune autre partie³⁴⁾ On peut en conclure que l'exécution d'une obligation internationale n'est qu'une fonction du jugement d'un Etat particulier, jugement qui dépend en dernier lieu du prix qu'il attache au respect du droit international et au maintien de sa position au sein de la communauté internationale. C'est une considération d'ordre social et psychologique, essentiellement extra-juridique. Cet état de choses est entièrement confirmé par la pratique. Kopelmanas qui a consacré à cette question une étude bien intéressante dit à ce propos: „L'organisation de la société internationale est purement anarchique: les rapports entre les ordres internes et l'ordre international ne sont régis que par la force. Il est vain de vouloir ériger en système une situation désordonnée. La science du droit ne peut que la décrire et en montrer les imperfections. Si elle essaye de les cacher sous les artifices d'une construction juridique hasardeuse, elle n'arrive qu'à édifier une théorie qui s'écroule dès qu'on la confronte avec les faits“³⁵⁾

Si la contrainte est parfois exercée dans la vie internationale elle n'est que la résultante de facteurs politiques, une tentative d'amener la distribution du pouvoir. Elle ne pourrait jouer que vis-à-vis des Etats plus faibles et ceci nous amène à mettre en évidence un autre trait caractéristique de la communauté internationale, celui de la coexistence des Etats grands et petits, ce qui a de graves repercussions dans le domaine de la formation du droit. En effet, depuis la fin du XVIII siècle, tous les actes internationaux et surtout les conventions multilatérales ont été le résultat de négociations entre les Grandes Puissances, les autres Etats étant obligés de suivre leurs directives. La position des Grandes Puissances a été caractérisée par les compétences législatives et exécutives qui leur ont été accordées. D'après J. Markus: „la position hégémoniale d'une Grande Puissance se reconnaît aussi par ce qui n'est pas devenue une règle du Droit International à cause de l'attitude d'une ou plusieurs Grandes Puissances ou autrement exprimé, par la capacité d'empêcher la création des normes du droit international ce qu'on pourrait appeler en allemand „Rechtsverhinderungs-fähigkeit“³⁶⁾

Parlant du Concert Européen avant la Ière Guerre Mondiale dans un livre remarquable à plusieurs points de vue, Stanley Hoffmann s'exprime de la façon suivante: „Toutes les com-

pétences des petits Etats-territoriales, personnelles, en raison de services publics, compétence de guerre, se trouvaient mises en cause“.³⁷⁾

Il peint un tableau bien sombre du point de vue des petits Etats quand il parle de la situation au lendemain de la I-ère Guerre Mondiale: „Les Grands se réservant non seulement le droit de discuter seuls de l'élaboration du nouveau statut, mais aussi celui de régler seuls les questions essentielles-politiques ou territoriales... de telle sorte que la puissance des Grands Etats, et spécialement celle de la France s'affirma dans toutes les parties du monde. Par ses effets sur les petits Etats enfin, aux dépens desquels tout le système a été construit, aux dépens desquels, dans les questions politiques au moins, il fonctionne lorsque les Grands sont unis, et qui ne peuvent préserver leur compétence que lorsque le mécanisme est paralysé par les divisions de ses membres“.³⁸⁾

Revenons à notre point de départ: la contrainte comme le prétendu trait indispensable de l'ordre juridique international ne peut être opérante que vis-à-vis des Etats faibles, non protégés par aucun des Grands. La contrainte ne peut jouer un rôle, de plus en plus limité, d'ailleurs, vis-à-vis d'une grande Puissance, que dans certaines conjonctures internationales. Mais il serait erroné de prétendre que ce sont les critères juridiques qui déterminent l'action des Puissances, bien que cette action apparût parfois sous le couvert de droit et qu'il pût arriver que l'action collective des puissances coïncidât avec les demandes basées sur le droit. Il n'est pas tout à fait sûr d'ailleurs que l'interprétation du droit sur laquelle l'action est basée soit une interprétation justifiée par des raisons strictement juridiques. A quoi sert un titre valide possédé par un petit Etat si ce dernier ne peut pas le faire valoir?

L'inégalité de fait peut apparaître aussi dans les traités négociés apparemment sur un pied de parfaite égalité. Cambon dans son livre cité au début de cet article rappelle 'le mot terrible' de Tite Live: „Sub umbra foederis aequi, servitutem pati possumus“, et il y ajoute: „Ce qui était vrai du temps de Rome l'est aussi de nos jours. Tant qu'il y aura de grands Etats et d'autres petits, la servitude pourra prendre couleur d'une union entre prétendus égaux“.³⁹⁾

Schindler a dit très pertinemment à ce propos: „Le dogme de l'égalité des Etats se prête tout particulièrement à un examen sociologique. En effet, la divergence entre principe juridique

et réalité sociale saute ici aux yeux. L'inégalité de fait et l'égalité juridique se trouvent côte à côte⁴⁰⁾ Et il fait l'observation identique à celle de Cambon: „La suprématie politique d'une Grande Puissance peut même se faire valoir au moyen d'un traité conclu sur la base d'une égalité juridique parfaite. Il en est ainsi, par exemple, lorsqu'une grande Puissance conclut avec un Etat plus faible une alliance défensive... L'Etat plus petit sera d'autant plus dépendant du plus grand que l'alliance avec l'une des Grandes Puissances aura pour effet de l'éloigner des autres grandes puissances, si bien que l'équilibre des grandes puissances, avantageux pour l'indépendance des petits Etats, ne pourra lui servir“⁴¹⁾

Je ne voudrais pas par ces remarques contester l'importance, même pratique dans certaines circonstances, du principe de l'égalité juridique des Etats. Je suis d'accord avec E. van Bogaert, que „le concept de l'égalité des Etats ne saurait être éliminé du droit international public comme une règle générale, aussi longtemps que l'organisation internationale attribuera aux Etats dits souverains, l'égalité de compétence de créer le droit“⁴²⁾ En effet procéder autrement équivaldrait à la légitimation de la force dans les rapports internationaux. Bogaerts remarque à ce propos qu'il ne suffit pas „de démontrer que les Grandes Puissances ont joué un rôle de premier plan dans toutes les négociations diplomatiques importantes: une telle activité peut être limitée *en fait* sans que le situation privilégiée se soit traduite en règle *de droit*... faire appel aux pressions politiques exercées dans les négociations diplomatiques n'est pas une raison pour conclure à une inégalité en droit mais à une inégalité de fait“⁴³⁾ Du point de vue sociologique le principe de l'égalité juridique des Etats est, d'ailleurs, une idée-force qui, à certaines époques de l'histoire, façonne la réalité internationale, surtout quand les Grands ne sont pas d'accord.

* * *

Il est évident que l'historien doit prendre en considération le système de valeurs sociales existant à une certaine époque. La réduction de ces valeurs est un symptôme grave de la détérioration dans les rapports internationaux. Il y a des périodes de progrès et les périodes de la régression dans l'histoire de l'humanité. Nous sommes loin de l'idée du progrès continu dans l'histoire de l'humanité. Cette idée comme de Bury l'a prouvé est une idée relativement récente, car ne datant que de la

seconde moitié du siècle dernier par suite du développement formidable de la science, de la technologie, des échanges économiques et des progrès de la démocratie dans la vie interne de plusieurs pays du monde.⁴⁾ Dans la hiérarchie des valeurs sociales le désir de la paix peut cependant donner lieu à de tels bouleversements de toute notion de droit que l'existence même de la communauté internationale basée sur un système de valeurs sociales communes peut être mise en doute.

¹⁾ Le Diplomate, Les Caractères de ce Temps. Paris, Hachette, 1926, p. 23. Pareillement, Diplomacy by Harold Nicolson, London, Thornton Butterworth Ltd. 1939, p. 50: "Diplomacy is not a system of moral philosophy; it is, as Sir Ernest Satow defined it, "the application of intelligence and tact to the conduct of official relations between the governments of independent States. The worst kind of diplomatists are missionaries, fanatics and lawyers; the best kind are the reasonable and humane sceptics". Voir aussi la condamnation de la diplomatie dans "Essai sur la Diplomatie" par Prince Adam Czartoryski, Paris, 1864, p. 7: "Dans toutes les choses de ce monde, publiques ou privées, l'intérêt personnel, si puissant sur la terre, n'est pourtant jamais reconnu comme principe unique des actions. La justice et la morale sont toujours là pour diriger, le modifier ou le combattre. Il n'y a que le domaine de la diplomatie où l'intérêt règne sans partage; il s'y est constitué seul arbitre entre ce que l'on peut et ce que l'on doit faire".

²⁾ C. Rousseau, Principes Généraux du Droit International Public, Pédone, Paris, 1944, p. 48.

³⁾ H. Morgenthau, La Réalité des Normes, en particulier des Normes du Droit International, Paris, Félix Alcan, 1934, p. 12. Voir aussi la critique de P. E. Corbett, Social basis of a Law of Nations, Recueil des Cours de l'Académie De Dr. In. de la Haye, 1954(1), p. 479: "They are concerned exclusively with the world of the ought and must, at the certain cost of vitiating impurity, avoid contact, in their quality of juristic scientists, with the world of the is".

⁴⁾ o.c.p. 51.

⁵⁾ H. Bergson, L'Evolution créatrice, p. 170.

⁶⁾ ibidem, p. 219—220.

⁷⁾ o.c.p. 31.

⁸⁾ Quincy Wright, Problem of Stability and Progress in International Relations, University of California Press, 1954, p. 264:

"If a supposed jural law is too frequently violated over a period of time it ceases to be a law".

⁹⁾ M. Reglade, *La Notion Juridique en Droit Public Interne et en Droit International Public* (études en l'honneur de Georges Scelle p. 511).

¹⁰⁾ J. Stone, *Problems confronting sociological enquiries concerning Int. Law* (Rec. d. C. Ac. Dr. In. de la Haye) 1956, (I) p. 119.

¹¹⁾ Bion Smyrniadis, *Positivisme et Morale Internationale en Droit des Gens*, *Revue Générale de Droit International Public*, tome LVIII, 1955, p. 101.

¹²⁾ C. Boasson, *Sociological Aspects of Law and International Adjustment*, Amsterdam, 1950, p. 27.

¹³⁾ Small, *The Meaning of Social Science*, p. 74.

¹⁴⁾ L. Gumplowicz, *Grundriss der Soziologie*, 1885, p. 1895.

¹⁵⁾ Il y a lieu de remarquer qu'à cette époque l'historiographie commettait la même erreur. Il suffit de citer l'exemple de Henry Buckle dont le livre "The History of Civilization" a joui pendant un certain temps d'une énorme popularité. D'après Buckle l'histoire est un développement régulier, soumis à certaines lois immuables, (All the events which surround us even to the farther limits of the material creation, are but different parts of a single scheme, which is permeated by one glorious principle of universal and undeviating regularity). Dans la biographie de Buckle (*A Victorian Eminence*, London, Barrie, 1957), Giles St. Aubyn remarque: "Buckle fails to consider human development in terms other than those of mechanical causality".

¹⁶⁾ Bergson, o.c.p. 12.

¹⁷⁾ Harold D. Lasswell and Abraham Kaplan, *Power and Society. A Framework for Political Inquiry*, New Haven, Yale University Press, 1960, p. XVII: "Full emphasis is given to the multiplicity of factors involved in any given political event—an emphasis that may be designed as a principle of "multiple causation". But more is involved than multiple causes: there are multiple effects as well, and more important, there are patterns of interaction in which it is impossible to distinguish between cause and effect".

¹⁸⁾ D. Schindler, *Contribution à l'étude des facteurs sociologiques et psychologiques du Droit International*. *Recueil des Cours de l'Académie de Droit International de la Haye*, 1933, IV, p. 237.

¹⁹⁾ M. Huber, *Wandlungen des Völkerrechts und Probleme der Erforschung seiner Geschichte*. *Die Friedenswarte*, 1955, No. 4: "Es ist notwendig dass der eigentlich rechts-geschichtlichen Forschung eine soziologische vorangehe, denn das Völkerrecht ist nur eine von vielen Erscheinungen des zwischenstaatlichen Lebens".

²⁰⁾ o.c.p. 73—82.

²¹⁾ o.c.p. 21.

²²⁾ *ibidem*, p. 24.

²³⁾ *ibidem*, p. 39.

²⁴⁾ *Bibliotheca Visseriana*, IV, 1925, p. 26.

²⁵⁾ *ibidem*, p. 45.

²⁶⁾ *ibidem*, p. 49.

²⁷⁾ Charles de Visscher, *Coutume et Traité en Droit International Public*, R.G.D.I.P. tome 59, 1955.

²⁸⁾ Giulio Diena, *Principi di Diritto Internazionale*, I, Milano, Seconda Edizione, p. 5. Quincy Wright, *The Study of International Relations*, New York, Appleton, 1955, p. 21: "A society cannot exist without some degree of commitment to a value system". Max Huber, *Beiträge zur Kenntnis der soziologischen Grundlagen des Völkerrechts und der Staatengesellschaft*, (*Jahrbuch des öffentlichen Rechts*, Band IV, 1910), p. "Wenn von der Staatengesellschaft und dgl. gesprochen wird, so verbindet man stets die Vorstellung einer alle Staaten oder wenigsten die Staaten eines bestimmten Kulturkreises umfassenden Ordnung, welche sich nicht in konkreten Verhältnissen zwischen zwei oder mehreren Staaten erschöpft, sondern den Rahmen bildet, innerhalb dessen sich die Akte des Staatenverkehrs abspielen und die Staaten mit ihrem Besitzstande eine Stellung als Glieder der Ganzen einnehmen... Zur Gesellschaft ist aber andererseits auch Organisation nicht notwendig, noch weniger herrschaftliche Organisation. Wesentlich jedoch ist dass Kollektivinteresse".

²⁹⁾ Gerhard Nemeyer, *Law without force. The function of politics in international law*, Princeton U. P. 1941, p. 289.

³⁰⁾ Charles de Visscher, *Théories et Réalités en Droit International*, Paris, Pédone, 1953, p. 95, 114.

³¹⁾ Louis Le Fur, *Eléments de Droit International Public*, p.: "jusqu'à notre époque la communauté internationale n'a connu qu'un état préjuridique".

³²⁾ A. Verdross instituta un de ses livres: "Die Verfassung der Völkerrechtsgemeinschaft, Wien—Berlin, 1926.

³³⁾ N. S. Timasheff, *An Introduction to the Sociology of Law*, Harvard University Committee on Research in the Social Sciences, 1939, p. 261.

³⁴⁾ Walther Burckhardt, *Die Organisation der Rechtsgemeinschaft*, Bâle, 1927, p. 390.

³⁵⁾ Lazare Kopelmanas, *Du Conflit entre le Traité international et la Loi interne*, *Revue de Droit International et de la Législation Comparée*, 1937, p. 367.

³⁶⁾ Joseph Markus, *Grandes Puissances, Petites Nations et le Problème de l'Organisation Internationale*, Baconière, Neuchâtel, 1947, p. 28. Aussi Alfred Zimmern, *The League of Nations and the Rule of Law*, Macmillan, London, 1939, p. 22: "A great

power is a power that is in a position to apply more pressure than the majority of States in order to make its will prevail. The test, in other words, is one of force."

³⁷⁾ Stanley Hoffmann, *Organisations internationales et Pouvoirs Politiques des Etats*, Paris, 1954 p. 85.

³⁸⁾ Du même auteur, *Deux Directoires des Grandes Puissances au XX siècle*, *Revue Générale du Droit International Public*, vol. 58, 1944, p. 260.

³⁹⁾ J. Cambon, o.c.p. 108.

⁴⁰⁾ D. Schindler, o.c.p. 260.

⁴¹⁾ *ibidem*, p. 263.

⁴²⁾ E. van Bogaert, *Considérations sur la théorie de l'égalité des Etats*, *Revue Générale du Droit International Public*, vol. 59, 1955, p. 98.

⁴³⁾ *ibidem*, p. 90.

⁴⁴⁾ John B. de Bury, *The Idea of Progress: An Inquiry into its Origin and Growth*, Macmillan, London, 1921, p. 346.

MONDE SLAVE, EUROPE ORIENTALE, EUROPE CENTRALE

Au congrès de Bruxelles, en 1923, où la création du Comité international des Sciences historiques fut décidée, un échange de vues entre historiens polonais et russes aboutit au voeu de faire étudier de plus près l'histoire de l'Europe orientale aux congrès ultérieurs. Il n'était que naturel que ce voeu se réalisa lorsque dix ans plus tard un de ces congrès se réunit à Varsovie: après y avoir entendu une communication de l'éminent historien tchèque Jaroslav Bidlo, on commença très justement par se demander ce qu'était au fond l'histoire de l'Europe orientale. Ce qui, par contre, est étonnant, voire inquiétant, c'est qu'aujourd'hui, après trente deux années de plus, le Congrès de Vienne soit obligé de se poser la même question; de chercher, comme à Bruxelles, une place dans l'histoire mondiale pour une partie considérable de l'Europe; et d'essayer, comme à Varsovie, de trouver pour cette vaste région une définition appropriée. Les historiens continuent à hésiter s'il vaut mieux l'appeler monde slave ou Europe orientale et se rendent compte de l'impossibilité d'identifier ces deux conceptions, puisque dans une autre section du présent congrès on place des Etats slaves en Europe centrale en vue d'étudier leurs origines médiévales. Si l'on ajoute à ces difficultés celle de se mettre d'accord sur la signification du nom, si important, de „Russie“ dans ses formes différentes et dans les différentes époques — difficulté qui réapparaît à tous les congrès historiques — on comprend pourquoi dès celui de Bruxelles un savant épris de synthèse, comme l'était Henri Berr, demandait plus de précision dans le vocabulaire des sciences historiques.

Cependant, sans attendre la solution de ces questions terminologiques, il faut, si l'on veut aborder le fond du problème, essayer dès à présent d'établir le bilan du progrès achevé, depuis la création du comité international, dans l'étude de l'histoire d'une Europe plus ou moins „inconnue“, dont la désignation même reste une source de confusion.

„Inconnue“ n'est certes plus ni l'histoire byzantine ni celle de la Russie moderne, qui toutes les deux font incontestablement partie de l'histoire de l'Europe orientale. En ce qui concerne Byzance dont l'inoubliable Charles Diehl venait d'évoquer la grandeur jusque dans sa décadence, on créa dès le lendemain des discussions de Bruxelles une organisation de congrès spéciaux consacrés aux études byzantines de plus en plus appréciées. Plus frappant encore est le progrès des études russes, au moins depuis la deuxième guerre mondiale, visible dans tous les congrès internationaux, comme dans l'enseignement universitaire de tous les pays; l'intérêt particulièrement vif pour la Russie soviétique a ranimé encore celui, plus ancien, pour la Russie des Tsars, posant le problème nouveau de la continuité ou du contraste entre leurs histoires respectives et faisant ressortir l'importance de l'étude de leurs rapports avec l'Europe occidentale.

On n'en ressent que d'autant plus qu'il reste toujours une grave lacune dans toutes les études de l'histoire de l'Europe orientale, slave ou non-slave, et chose étonnante, c'est précisément sa partie la plus proche géographiquement de l'Occident qui continue à être négligée au détriment de l'universalité de l'histoire européenne et mondiale. Très instructive était à cet égard la discussion du rapport soumis au congrès de Paris de 1950 sur l'étude historique du „monde russe“, qui par une erreur très caractéristique figurait au programme comme rapport sur „le monde slave“. Malgré certaines réserves, on a dû reconnaître alors que dans l'étude des pays slaves et de toute l'Europe orientale l'accent principal était mis sur la Russie et l'Union soviétique. Cette situation qu'on a voulu trouver naturelle, n'a pas beaucoup changé depuis, et pire encore est le remède qu'on essaie parfois d'y appliquer, traitant l'histoire, ou plutôt des fragments de l'histoire des pays situés entre le monde russe et le monde germanique comme annexes à l'histoire de leurs grands voisins. Grande est, en effet, la tentation de simplifier une situation complexe en essayant d'identifier l'Europe orientale avec le monde slave, puisqu'il en constitue la majeure partie, et ce monde slave avec le monde russe qui y occupe depuis longtemps une place prépondérante. Et dans les cas où cette double identification semblerait décidément trop artificielle, on peut toujours rattacher l'histoire de certaines populations slaves nettement occidentales à celle des puissances allemandes auxquelles elles étaient soumises.

d'une manière ou d'une autre. La carte politique de l'Europe entre 1815 et 1914, carte qui a laissé une si forte empreinte sur bien des esprits, favorise de telles interprétations auxquelles même la péninsule balkanique, si troublée pendant cette centaine d'années, n'échappe pas complètement.

Il faut bien admettre qu'il y a des excuses pour cette simplification de l'histoire européenne. Une première difficulté à laquelle se heurt un traitement intégral de cette histoire, résulte du fait que la région négligée du continent, malgré une communauté incontestable de ses destinées, a toujours manqué d'unité non seulement politique, mais aussi ethnique, linguistique et religieuse. Il en résulte également le désaccord, déconcertant hélas, entre les historiens des nations particulières de cette région. Rappelons cependant que malgré toutes les controverses entre ces nations, il a pu fonctionner de 1927 à 1938, sinon 1939, une fédération de leurs sociétés historiques, qui avait été fondée grâce à l'initiative de l'historien polonais Marcell Handelsman, si actif à côté de Bronisław Dembiński dans le Comité international, et qui devint un terrain de collaboration amicale entre, par exemple, les historiens tchécoslovaques et hongrois les plus distingués.

A cette double difficulté s'ajoute une autre, d'un caractère purement scientifique. S'il est une erreur de considérer toute la région entre l'Allemagne et la Russie comme une „Europe intermédiaire“, il est incontestable que cette vaste région, au lieu d'être nettement délimitée de part et d'autre, est entourée de zones de transition, telles que, par exemple, l'Autriche aux frontières tant de fois modifiées, du côté de l'ouest, ou bien l'Ukraine dont on a voulu si longtemps contester l'existence même, du côté de l'est.

Cependant, tout ceci étant reconnu, il reste profondément regrettable qu'à une époque où l'on réclame à juste titre que tous les continents du monde soient étudiés par tous les historiens sur un pied d'égalité, une bonne partie du continent européen, attendant toujours un traitement pareil, reste exposée à de vieux préjugés et clichés qui l'empêchent de trouver sa place légitime dans l'histoire. Qu'il nous soit permis de donner d'abord quelques exemples qui concernent des nations particulières et des groupes de nations, et de passer ensuite à un problème plus vaste, particulièrement délicat.

Il est vrai qu'on abandonne peu à peu le classement des différentes „nationalités“ de cette région en peuples historiques

et „non-historiques“, sans histoire propre. Mais il a fallu pour les Slovaques et les Slovènes le onzième centenaire de l'activité des Saints Cyrille et Méthode parmi leurs ancêtres, célébré il y a deux ans, afin que leur rôle historique fût dûment reconnu. Et l'initiative des savants lettons et estoniens de faire mieux comprendre celui des nations baltiques en organisant des congrès spéciaux dont un seul s'est tenu en 1937 à Riga, n'a pas pu être reprise jusqu'à présent. Certes, une de ces nations a joué depuis le treizième siècle un rôle si considérable qu'on ne peut plus l'ignorer; mais on continue à parler du Grand Duché de Lithuanie comme d'un Etat „Lithuano-russe“ dont la majeure partie n'aurait été qu'une „Russie occidentale“ avec une petite minorité lithuanienne. Se refusant à reconnaître les valeurs positives des unions politiques et religieuses qui rapprochèrent Lithuaniens et Ruthènes des Polonais, l'histoire générale ne s'intéresse à la Pologne elle-même qu'à propos de ses partages „tragiques“ comme on veut bien le reconnaître, mais qui semblent bien mérités étant donné les prétendus méfaits de sa „*Szlachta*“, et qui exposent l'Europe depuis bientôt deux siècles aux revendications d'un nationalisme polonais démesuré. De même, la libération des nations slaves et non-slaves du sud-est européen d'une domination ottomane qui, après tout, aurait été tolérable, n'a fait qu'exposer, suivant une interprétation assez répandue, l'Europe limitrophe à un gros danger de „balkanisation“. C'est en vain qu'un Nicolas Iorga, victime de ses inlassables efforts, essayait de montrer que même une nation balkanique pouvait mériter une place dans l'histoire universelle.

Ce cas spécial nous amène à une constatation générale de grande importance. Il est facile de reprocher aux historiens roumains de trop insister sur la continuité de leur nation depuis l'antiquité et sur sa romanité. Mais il faudrait plutôt se rendre compte que chez eux comme dans les autres historiographies de toute la région étudiée ici, une telle attitude est très compréhensible: c'est une réaction naturelle et nécessaire contre celle de leurs confrères étrangers qui se demandent si la continuité historique de ces nations peu connues et leurs liens avec l'Occident ne sont pas un produit d'imagination et de propagande. Certes, la tradition des couronnes du roi Tomislav, de Saint Venceslas et de Saint Etienne ne devrait pas être invoquée pour défendre la continuité de frontières et de régimes; mais elle peut servir de preuve de la continuité.

nationale de la Croatie malgré les empiétements de tous ses voisins, de la Bohême malgré les guerres hussites et la Montagne Blanche, de la Hongrie malgré Mohács et Trianon. D'autre part, il est presque paradoxal que la civilisation occidentale, d'habitude désireuse d'expansion comme n'importe quelle autre, ait toujours hésité d'accorder son droit de cité aux peuples au delà des frontières du monde romano-germanique, tandis que leurs voisins orientaux ne demandent pas mieux que de les accueillir, mais pour les noyer finalement dans la mer russe. Les considérations purement politiques qui se mêlent à tous ces problèmes, compliquent singulièrement leur étude historique. Raison de plus pour chercher des remèdes de caractère scientifique.

Un premier pas, modeste mais pratique, semble avoir été fait dans cette direction par la tentative de donner enfin à tous ces pays — objets de tant de controverses — un nom commun sans équivoque. Ce nom „d'Europe centrale orientale” — non pas „centrale et orientale” — n'est peut-être pas beau, surtout en langue française; mais il distingue au moins nettement toute cette région d'une part de l'Europe centrale occidentale, foncièrement allemande, et d'autre part de l'Europe orientale russe. Rien de plus justifié que la décision prise notamment par certaines universités des Etats Unis, où les études régionales se développent avec beaucoup de succès, de séparer l'étude de l'„East Central Europe” des „Russian Institutes”, plus anciens et plus nombreux.

Cependant, il ne serait pas désirable que, sur le plan international, l'étude de cette région, enfin reconnue comme champs de recherche digne d'attention, se poursuive dans l'isolement. Les études byzantines peuvent se permettre un tel „isolement splendide”, bien que même dans le cas d'une discipline reconnue et respectée depuis longtemps, les congrès spéciaux qui lui sont consacrés, retardent peut-être son intégration dans l'ensemble des études historiques. Pour l'Europe centrale orientale il ne saurait être question de congrès particuliers ni de la création d'une section spéciale de la Commission internationale des Etudes Slaves où actuellement même l'histoire des pays non-slaves de l'Europe, dite orientale, trouve un refuge provisoire.

Pour obtenir l'intégration, si difficile, d'une douzaine de pays si longtemps négligés dans l'histoire de l'Europe et par conséquent dans l'histoire mondiale, il faudrait mettre fin à

la distinction invétérée entre une Europe „européenne“, c'est à dire purement et exclusivement occidentale, et une Europe de seconde classe, qui mérite à peine ce nom. Le cas de la Russie est très instructif à cet égard. Malgré toutes les discussions sur l'éternelle question si la Russie était véritablement européenne — question à laquelle beaucoup de Russes ont répondu négativement —, elle a profité de son rôle de grande puissance incontestable depuis Pierre le Grand pour faire entrer toute son histoire, même intérieure, depuis cette époque, voire depuis celle d'Ivan le Terrible, dans le cadre général de l'histoire européenne. L'étude des sciences historiques en a profité à son tour, malgré l'espèce de vide qui est resté entre le champs d'études consacrées au monde occidental dans le sens habituel de ce terme et celui des études russes. Celles-ci s'étendent peu à peu, même en Occident, à l'histoire tout entière des Slaves orientaux depuis les origines, l'envisageant d'ailleurs assez arbitrairement du point de vue de la Russie moderne et de sa continuité qui daterait du temps de Rurik tout au moins.

Sans toucher ici à cette dernière question, litigieuse entre toutes, on peut demander une intégration semblable, tout aussi utile au progrès des sciences historiques, en faveur des pays de l'Europe centrale orientale, au moins depuis leur christianisation qui les a mis en contact, dès lors ininterrompu, avec la civilisation gréco-latine. Certes, aucun de ces pays n'a atteint une expansion aussi grande que la Russie moderne. Mais qui songerait à exclure de l'histoire de l'Europe occidentale la Bourgogne, avec ses prolongements belge et néerlandais, ou la Confédération helvétique, parce que ni Charles le Téméraire ni le Cardinal Schiner n'ont réussi à créer une „grande puissance?“.

Il suffira de nouveau de quelques exemples pour prouver quels avantages pour l'étude d'une histoire européenne vraiment universelle dans l'espace comme dans le temps, résulteraient de son élargissement proposé ici. Au congrès historique de Rome, en 1955, le problème des croisades a reçu une fois de plus une attention bien méritée. Ces expéditions d'outre-mer ont toujours servi d'exemple d'un effort commun de diverses nations européennes, mais en même temps de preuve que leur solidarité était limitée dans des cas pareils au monde romano-germanique. Ne serait-il pas temps de rendre justice à l'effort semblable, exclusivement défensif mais beaucoup plus long, qui a été fait par tant de peuples de l'Europe centrale orientale,

y compris dans ce cas tous les Slaves orientaux, pour arrêter une longue série d'invasions asiatiques? On se rendrait compte que leur rôle de „boulevards de la chrétienté“ est un fait positif de plus, qui n'existe pas seulement dans leur imagination et dans leur propagande.

D'autre part, le congrès actuel qui a mis à l'ordre du jour le problème du fédéralisme et de l'Etat fédéral dans l'histoire générale, aura sans doute l'occasion de constater que quoi qu'on pense de l'union polono-lithuanienne, il serait difficile de passer sous silence une expérience en fédéralisme qui a duré quatre siècles, exerçant une forte attraction sur les pays voisins et laissant aux historiens des témoignages documentaires exceptionnellement riches et facilement accessibles. On y trouverait également des illustrations facilitant l'étude des „grands thèmes“ d'acculturation et de nationalisme — celui-ci bien avant le XIXe siècle, au moins sous la forme de conscience nationale —, que le présent congrès a choisi comme sujets principaux.

Le dernier de ces thèmes, concernant le „bilan du monde en 1815“, s'imposait à un congrès historique convoqué à Vienne exactement cent ans après le congrès diplomatique qui y procéda à l'établissement d'un ordre nouveau en Europe. On a eu bien raison de prévoir un examen spécial du rôle joué alors par la Russie. Mais non seulement verra-t-on apparaître derrière Alexandre Ier l'ombre troublante d'un homme d'Etat polonais et sera-t-on frappé de voir que l'acte final du Congrès de 1815 commence par une longue série d'articles relatifs à la question polonaise: peut-être se rappellera-t-on aussi à cette occasion qu'exactement trois cents ans plus tôt un autre congrès de Vienne, perdu de vue dans l'étude de l'histoire européenne, avait recherché d'autres solutions plus équitables et plus favorables à la sécurité de l'Occident. Bien des dispositions de 1515 sont restées lettres mortes ou ont donné des résultats difficiles à prévoir; mais en tout cas elles expliquent l'origine de cet empire danubien des Habsbourg que Metternich représentait avec tant d'éclat en 1815, les vicissitudes des rapports de l'Autriche avec la Prusse et la Russie, et la difficulté permanente d'assurer cet équilibre européen général auquel tenaient déjà les prédécesseurs lointains de Castlereagh.

On trouverait facilement d'autres exemples de cette unité de l'histoire européenne à travers les âges et au delà des limites orientales qu'on lui donne d'habitude. Et ceci est une occasion de plus pour rendre hommage à la mémoire du grand historien

autrichien qui aurait choisi ces exemples avec le plus de compétence et le plus d'objectivité à l'égard de tous les peuples du monde slave, de l'Europe orientale et de l'Europe centrale: à la mémoire si vivante et si poignante de Heinrich Felix Schmid.

MARIAN KUKIEL

OD WIEDNIA
DO MACIEJOWIC

STUDIA I SZKICE HISTORYCZNE

POLSKA FUNDACJA KULTURALNA

LONDYN, 1965

PRICE: 15/-

HENRYK PASZKIEWICZ

THE MAKING
OF THE
RUSSIAN NATION

DARTON, LONGMAN & TODD
LONDON, 1963

HENRY REGNERY COMPANY
CHICAGO, 1963

PRICE: £ 4. 4. 0

\$ 12.50

ELEMENTA AD FONTIUM EDITIONES

Unpublished Sources to Medieval and Modern History
14th - 17th Centuries Europe

issued by

The Polish Historical Institute in Rome

PUBLISHED VOLUMES

- Vol. I — *Polonica ex Libris Obligationum et Solutionum Camerae Apostolicae*. Collegit J. Lisowski, pp. XV + 292, 704 docs. (A.D. 1373-1565) Ind. nom. propr. 1960. (From Archivio Secreto Vaticano).
- Vol. II — „*Liber Disparata Antiqua Continens*“. Praes. E. Winkler, pp. XVIII + 190, 281 docs. (before 1424) 19 facs. Ind. nom. propr. 1960. (From Archivio del Capitolo Trent.).
- Vol. III — *Repertorium Rerum Polonicarum ex Archivo Orsini in Archivo Capitolino*, I pars. Coll. W. Wyhowska - De Andreis, pp. XVIII + 162, 1144 docs. (A.D. 1565-1787) 29 repr. phot. 4 ils. Ind. nom. propr. ind. chron. 1961. (From Archivio Capitolino Roma).
- Vol. IV — *Res Polonicae Elisabetha I Angliae Regnante Conscriptae ex Archivis Publicis Londoniarum*. Ed. C. H. Talbot, pp. XVI + 311, 166 docs. (A.D. 1578-1603) 9 rep. phot. Ind. nom. propr., in. chron. glossarum verb. ang. antiqu. 1961, (From Public Record Office, London).
- Vol. V — *Repertorium Rerum Polonicarum ex Archivo Dragonetti de Torres in Civitate Aquilana*. Ed. P. Collura, pp. XI + 86, 483 docs. (A.D. 1568-1682) 3 rep. phot. 1 ills. 1962. (From Arch. Dragonetti de Torres, Aquila).
- Vol. VI — *Res Polonicae Iacobo I Angliae Regnante Conscriptae ex Archivis Publicis Londoniarum*. Ed. C. H. Talbot, pp. XI + 396, 281 docs. (A.D. 1603-1629) 8 rep. phot. Ind. nom. propr., ind. chron. glossarum verb. ang. antiq.
- Vol. VII — *Repertorium Rerum Polonicarum ex Archivo Orsini in Archivo Capitolino*, II pars. Coll. W. Wyhowska - De Andreis, pp. XIV + 250, 1205 docs. (A.D. 1641-1676) 9 rep. phot. 2 ils. Ind. nom. propr., ind. chron. 1962. (From Archivio Capitolino, Roma).
- Vol. VIII — *Documenta Polonica ex Archivo Generali Hispaniae in Simancas*. I pars. Ed. V. Meysztoń, pp. X + 214, 157 docs. (A.D. 1514-1576, 1720-1791) 6 rep. phot. 1 il. Ind. nom. propr. ind. chron. 1953.

- Vol. IX — *Res Polonicae ex Archivo Regni Daniae*. I pars. Coll. L. Koczy, pp. XII + 184, 98 docs. (A.D. 1526-1572) rep. phot. Ind. nom. propr. 1964. (From Rijsarkivet, K).
- Vol. X — *Repertorium Rerum Polonicarum ex Archivo Orsini in Archivo Capitolino*, III pars. Coll. W. Wyhowska-De Andreis, pp. XVI + 343, 1399 docs. (A.D. 1568-1676) 11 rep. phot. 1 il. Ind. nom. propr. Ind chron. 1964. (From Archivio Capitolino, Roma).
- Vol. XI — *Documenta Polonica ex Archivo Generali Hispaniae in Simancas*. II pars. Ed. V. Meysztowicz, pp. VIII + 287, 214 docs. (A.D. 1567-1578) 7 rep. phot. Ind. nom. propr., ind. chron. 1964.
- Vol. XII — *Documenta Polonica ex Archivo Generali Hispaniae in Simancas*, III pars. Ed. V. Meysztowicz. Ind. nom. propr. ind. chron. 1964.

SUBJECTS DEALT WITH

HOLY SEE. Vol. I of the „Elementa“ collects sources relating to the fiscal policy and diplomatic activity of the Holy See in the 14th-16th centuries.

Vols. III, VII and X present summaries of about 3500 documents from the archives of Virginio Cardinal Orsini, protector of France, Poland and Portugal at the Holy See. These volumes deal with political, military and economical matters in France, Germany, Sweden, Moscow, Turkey, etc.

Vol. V, important to the history of Papal diplomacy in the first half of the 17th century, contains summaries of documents forming the correspondence of Cardinal Cosimo de Torres, protector of Poland at the Holy See.

ENGLAND. Vols. IV and VI contain correspondence of Elisabeth I, James I and their statesmen with European powers. This correspondence (from 1578 to 1629) deals mainly with England's international policy, in which religious and commercial questions played an important role. England's efforts to participate in Baltic trade, her rivalry with the Hanseatic towns, first commercial contacts with Muscovy under Ivan the Terrible, etc., are all reflected in both volumes.

POLAND. Vol. II contains the codex of Alexander, bishop of Trent, compiled in Poland (1423-1424). This volume also includes facsimilea of a Polish-Latin dictionary and of other texts important to the history of Slavonic languages.

All volumes of the „Elementa“ series touch upon aspects of Polish history.

SPAIN. Vols. VIII, IX and XII contain various documents, mainly of the reign of Philip II, relating to the whole political scene in Europe during the 16th century, as seen from the point of view of the Habsburg dynasty.

DENMARK. Vol. IX illustrates the importance of the Danish Straits in the history of the Baltic region during the second half of the 16th century. The published documents refer to the political, military and commercial relations between countries concerned in the Baltic problem, Muscovy, Poland, Sweden, England, the Hanseatic towns.

VOLUMES FORTHCOMING IN 1965:

- XIII — *Res Polonicae ex Archivo Musei Britannici*, I pars. Ed. C. H. Talbot.
- XIV — *Documenta Polonica ex Archivo Generali Hispaniae in Simancas*, IV pars. Ed. V. Meysztowicz.
- XV — *Collectanea et rebus Polonicis Archivi Orsini in Archivo Capitolino*. Ed. W. Wyhowska - De Andreis.

WHILE THE PUBLICATION OF MATERIAL
COLLECTED IN THE COUNTRIES MENTIONED
ABOVE WILL CONTINUE, FURTHER PLANS
ALSO INCLUDE THE USE OF ARCHIVES

in

BELGIUM, FRANCE, HOLLAND,
ITALY, SWEDEN and TURKEY

Price Vol. V \$ 4.50, £ 1.10.0. Lire 2600

other volumes \$ 9.50, £ 3.3.0. Lire 5500

THE POLISH HISTORICAL INSTITUTE

284, VIA DEGLI SCIPIONI, ROME



